

KOMMUNAL

Offizielles Organ des Österreichischen Gemeindebundes

Wir sind
Österreich

1 · 2011

THEMA

Getränkesteuer: Eine neue Facette
für die unendliche Geschichte ▶ 11

PRAXIS

Sanierung – Renovierung – Neubau:
Verfallen die Gemeindeämter? ▶ 38

CHRONIK

Gemeindebund-Pilgerfahrt: Israel,
wo Orte keine Worte brauchen ▶ 52

THEMA

Freiwillig: Eine Frage der Ehre

2011 wurde von der EU als Jahr der Freiwilligkeit titulierte. Die Gemeinden sind zwar noch die „Schulen der Freiwilligkeit“, aber auch hier fällt es zunehmend schwerer, die Jugend zur Mitarbeit zu bewegen. Ein Standortbericht.

SEITE 8

DVR: 0930 423



PREISTRÄGER 2010
Großer Preis des
MITTELSTANDES

espas ®
SPIELGERÄTE & STADTMOBILIAR

Wir wünschen Ihnen
ein frohes neues Jahr!

Der **espas** Gesamtkatalog 2011

**Wir bieten Ihnen eine große Auswahl an
Spielgeräten & Stadtmobiliar**

Alles drin, auf über 280 Seiten. In unserem Gesamtkatalog finden Sie Spielgeräte für die ganz kleinen und die etwas größeren Kinder – von Kriechröhren bis hin zu Turmkombinationen. Wir bieten klare Formen, attraktive Farben und ein ansprechendes Design in Verbindung mit hochwertiger Qualität und einem hervorragendem Preis-/Leistungsverhältnis.



Für Ihre Sicherheit lassen wir alle unsere espas-Spielgeräte TÜV-zertifizieren und produzieren unsere Waren zu 100% in unserem Werk in Kassel.



**Bestellen Sie Ihren
kostenlosen espas
Gesamtkatalog
2011 und lassen Sie
sich von unserem
Team beraten!**

Sie erreichen uns
montags bis freitags
von 8 Uhr bis 17 Uhr
telefonisch unter
+49 (0)561/574 63 90
und rund um die Uhr
unter **info@espas.de**.

Ihr espas Team

Besuchen Sie uns auch im Internet auf www.espas.at!

Ein guter Start und positive Finanz-Prognosen für 2011

Freiwilliges Ja(hr)?

Das neue Jahr hat mit einer guten Nachricht begonnen: Zunächst konnten wir das Jahr 2010 mit einem leichten Plus bei den Bundesertragsanteilen abschließen, und dann kam auch bereits das erfreuliche Ergebnis für Jänner (plus elf Prozent). Auch die Prognose für das Jahr 2011 gibt Hoffnung, dass es bei den Gemeindefinanzen nach zwei äußerst düren Jahren wieder aufwärts geht. Insgesamt rechnen die Experten mit einem Zuwachs von über fünf Prozent bei den Steuereinnahmen, womit wir den Stand des guten Jahres 2008 erreichen. Trotzdem dürfen wir uns nicht sorglos zurücklehnen und meinen, es müsse nichts getan werden. Der „warme Geldregen“, wie er kürzlich in einer Zeitung bezeichnet wurde, wird nämlich bei Weitem nicht ausreichen, um die vielen neuen und wachsenden Aufgaben zu finanzieren. Das zeigt ja der dramatische Finanzbericht der Gemeinden, der im Dezember veröffentlicht wurde.

Zwei Drittel aller Kommunen haben es nicht mehr geschafft, ihre Haushalte auszugleichen. Die Ursache dafür liegt nicht nur bei sinkenden Einnahmen, sondern vor allem bei explodierenden Ausgaben, und da wiederum in drei Bereichen, nämlich in der Kinderbetreuung, der Gesundheit und im Sozialen. Die Organisation und Finanzierung der Pflege unserer älteren und kranken Menschen werden die gesamte Gesellschaft in einem Maße fordern, das nicht mit ein paar Einzelmaßnahmen zu schaffen ist, sondern eine grundlegende Reform und das heißt neues Geld braucht. Wer das jetzt verdrängt und neuerlich auf die lange Bank schiebt, handelt verantwortungslos und wird von den Wählern auch abgestraft werden. Und deshalb verurteilen wir auch das gegenwärtige Taktieren und wollen endlich Lösungen, die es den

Gemeinden auch ermöglichen, den Bürgerinnen und Bürgern einen Lebensabend in Würde zu sichern. Und dazu brauchen wir nicht nur das notwendige Geld, sondern auch die Mitarbeit vieler Helferinnen und Helfer. Derzeit werden mehr als 80 Prozent der Pflegebedürftigen zu Hause betreut. Und das meist ohne Abgeltung und vor allem freiwillig von Familienangehörigen. Das sind diejenigen, die nicht groß in der Öffentlichkeit stehen, sondern im Stillen und mit viel Liebe sich um das Wohl ihrer Nächsten kümmern.

Ihnen gehört natürlich vor allem im Jahr der Freiwilligen ein besonders großes Danke gesagt. 2011 wurde von der Europäischen Union also zum Jahr der Freiwilligenarbeit ausgerufen, und es wird ein ganzer Reigen an Veranstaltungen und offiziellen Dank-Anlässen auf die Freiwilligen niederprasseln. Das tut gut und ist notwendig. Aber viel notwendiger wird es sein, den Menschen im Allgemeinen klar zu machen, dass heute unsere Gesellschaft ohne diese freiwilligen Dienste gar nicht funktionieren könnte. Und dass man nicht diesen Dienst immer auf die anderen abschieben kann, sondern auch selbst dazu bereit sein muss. In den überschaubaren Gemeinden funktioniert das auch noch relativ gut, aber auch bei uns gibt es Probleme. Das beginnt bei der politischen Arbeit, reicht über das Vereinswesen und endet schließlich bei der Sorge um die älteren und kranken Menschen.

Helmut Mödlhammer



Helmut Mödlhammer
Präsident des Österreichischen
Gemeindebundes

Das Jahr der Freiwilligenarbeit muss dazu beitragen, dass seitens der Politik und der Gesellschaft ein klares Ja zu den Diensten der Freiwilligen gesagt wird. Nämlich in der Form, dass man sie nicht nur in diesem speziellen Jahr bedankt und belobt, sondern ihre Bedeutung erkennt und sie von jedem Einzelnen auch einfordert. Sonst wird dieses freiwillige Ja auf Zukunft nicht zu halten sein.



THEMEN

Gemeindebund

- 8 Die Gemeinden als Schule der Freiwilligkeit: Eine Frage der Ehre
- 16 LH Josef Pühringer im KOMMUNAL-Interview: Bund muss federführend sein bei der Pflegefinanzierung
- 25 58. Österreichischer Gemeindetag in Tirol: Kitzbühel im Sommer und 2000 Bürgermeister

Recht & Verwaltung

- 11 Getränkesteuerausgleich 2011: Neuregelung fix! Ab 2012 Verteilung weiter offen
- 14 Geschwindigkeitsüberwachung: Weg frei für Radarüberwachung durch Gemeinden

Finanzen

- 18 Nachhaltig konsolidieren statt kaputtsparen: Lösungsansätze für kommunale Budgets
- 20 Finanzminister Josef Pröll im Interview: Ertragsanteile der Gemeinden werden deutlich steigen



Impressum

Herausgeber:

Österreichischer Gemeindebund,
Löwelstraße 6, 1010 Wien

Medieninhaber:

Österreichischer
Kommunal-Verlag GmbH.,
Löwelstr. 6, 2. Stock, 1010 Wien,
Tel. 01/532 23 88,
Fax 01/532 23 77,
E-Mail:
kommunalverlag@kommunal.at

Geschäftsführung:

Mag. Michael Zipmer

www.kommunal.at

Redaktion:

Tel.: 01/ 532 23 88
Mag. Hans Braun - DW 16
(Chefredaktion & Layout)
hans.braun@kommunal.at
Mag. Helmut Reindl - DW 15
helmut.reindl@kommunal.at
Julya Pollak - DW 37
julya.pollak@kommunal.at

Anzeigenberatung:

Tel.: 01/532 23 88
Mag. Sabine Brüggemann - DW 12
sabine.brueggemann@kommunal.at

Mag. Alexander Palaschke - DW 14
alexander.palaschke@kommunal.at

DTP & Grafik:

Ernst Horvath
ernst.horvath@kommunal.at

Fotos:

www.bilderbox.at; www.photos.com

Redaktionsbeirat:

Mag. Ewald Buschenreiter
(Verbandsdirektor der sozialdemokratischen Gemeindevertreter NÖ)
Mag. Nicolaus Drimmel
(Österreichischer Gemeindebund)
Dr. Gustav Fischer
(BM für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft)
Mag. Petra Hafner (BM für Unterricht, Kunst und Kultur)
Dr. Robert Hink (Generalsekretär des Österreichischen Gemeindebundes)
Dr. Clemes Hüffel (BM für Wissenschaft und Forschung)
Daniel Kosak (Pressereferent des Österreichischen Gemeindebundes)
Robert Lender (BM für Wirtschaft, Familie & Jugend)

Mag. Susanne Metzger (BM für Verkehr, Innovation und Technik)

Bgm. Helmut Mödlhammer
(Präsident des Österreichischen Gemeindebundes)

Mag. Georg Möstl
(BM für Wirtschaft, Familie & Jugend)

Eduard Olbrich (BM für Soziales und Konsumentenschutz)

Mag. Johannes Pasquali
(BM für Finanzen)

Prof. Dietmar Pilz (Finanzexperte des Österreichischen Gemeindebundes)

Mag. Bianca Pörner (BM für Inneres)

Mag. Christian Rupp
(Geschäftsführer IKT-Board im BKA)

Univ.-Prof. Dr. Reinbert Schauer
(Johannes-Kepler-Universität Linz)

Mag. Christian Schneider
(Landesgeschäftsführer des GVJ der VP-NÖ)

Ges. Dr. Harald Stranzl (BM für Europ. und Internationale Angelegenheiten)

Dagmar Strobel (Bundesministerium für Frauen und öffentlichen Dienst)

Mag. Andreas Wallner (BM für Inneres)

Mag. Michael Zipmer (Geschäftsführer Österreichischer Kommunalverlag)

Hersteller:

Leykam Druck, 7201 Neudorf



PEFC zertifiziert:
Dieses Produkt stammt aus nachhaltig bewirtschafteten Wäldern und kontrollierten Quellen – www.pefc.at



Druckauflage: **35.103**
(Halbjahresdurchschnitt 2010)

Persönlich gezeichnete Artikel fallen unter die Verantwortung des Autors und müssen sich nicht unbedingt mit der Meinung von KOMMUNAL decken.

Mit „E.E.“ gekennzeichnete oder unter der Bezeichnung „Service“ laufende Artikel sind bezahlte Informationen und fallen nicht in die Verantwortung der Redaktion.



PRAXIS

Klimafreundliche Mobilität

- 33 Minister Niki Berlakovich im Interview: Es führt kein Weg an klimaschonender Mobilität vorbei

Sanieren – Renovieren – Neubau

- 38 Strategische Planung bei der Sanierung von öffentlichen Gebäuden wichtig: Verfallen die Gemeindeämter?
- 45 Kommunalwirtschaftsforum: Partnerschaft zwischen öffentlicher Hand und Wirtschaft



CHRONIK

- 52 Gemeindebund-Pilgerreise ins Heilige Land: Wo Orte keine Worte brauchen
- 55 Haushaltsreform aus Sicht der Gemeinden: Eine Reform nur um der Reform willen wäre unsinnig
- 56 Aus den Bundesländern
- 60 Personalien, Termine, Buch-Tipps & Info-Mix
- 62 Service & Vorschau



Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser!

„Frage nicht was dein Land für dich tun kann, sondern was du für dein Land tun kannst!“
Ich meine, J.F. Kennedy hat hier nicht fertig gedacht.

Der österreichische Sozialstaat steckt in, oder zumindest vor, einer tiefen Krise. Die Netze sozialer Sicherung lassen sich kaum noch finanzieren; sie geben vielfach falsche Anreize, und ihre Verwaltung ist zu bürokratisch geworden. Darüber herrscht Konsens – und doch ist Abhilfe nicht in Sicht: Die Debatten über notwendige Reformen sind inzwischen zur ermüdenden Routine geworden. Vor allem sind wir in der Struktur noch immer massiv von der freiwilligen gemeinnützigen Arbeit vieler abhängig. Die Menschen werden sich



Michael Zipper
Geschäftsführer

jedoch nur dann weiterhin für die freiwilligen gemeinnützigen Leistungen begeistern, wenn ihnen deutlich ist, wie sehr sie damit in ihrem eigenen Interesse handeln. Und wenn sie Rahmenbedingungen vorfinden, die ihnen bürgerschaftliches Engagement ermöglichen. Dazu gehören Steuerabbau, eine Vereinfachung des Steuersystems, ein Abbau der Bürokratie und eine Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung. Optimale Rahmenbedingungen für freiwilliges Engagement kön-

nen aufgrund der Kleinheit und Bürgernähe vor allem Gemeinden bieten. Hier herrscht die höchste Identifizierung, bestehen für den Einzelnen die größten Möglichkeiten zur persönlichen Einflussnahme, ist die Anonymität am kleinsten und die Wertschätzung am größten. In Österreich laufen wir Gefahr, diese Freiwilligenarbeit als selbstverständlich zu erachten. Aber das ist sie keineswegs. Deshalb sollten unsere Freiwilligen bei jeder Gelegenheit unterstützt, bestärkt und geschätzt werden. Dann werden sie weiter fragen: „Was kann ich für meine Gemeinde tun?“

michael.zipper@kommunal.at

Gemeindebund: Soziale Absicherung für Bürgermeister

Politischer Wille fehlte

Die letzten Gemeinderatswahlen haben gezeigt, dass es einen massiven Mangel an Bürgermeisterkandidaten gibt. Mit ein Grund ist die mangelnde soziale Absicherung. Im Zuge der Budgetbegleitgesetze 2011 sollte die vom Gemeindebund lange geforderte und bereits mehrfach von Regierungsseite zugesagte Änderung der Regelung über die Erstattungsbeiträge bei der Pensionsversicherung für Bürgermeister beschlossen werden. Das scheiterte jedoch am fehlenden politischen Willen der

Regierungsparteien. Nun heißt es, dass die sozialrechtlichen Änderungen noch im Laufe des ersten Halbjahres 2011 erfolgen werden. Die anstehenden Probleme: **Differenzbeitragsvorschreibung:** Die derzeitige Regelung sieht für Bürgermeister keine Möglichkeit der Differenzvorschreibung vor, sondern lediglich eine Beitragserrstattung nach Ausscheiden aus der Funktion. **Ruhebestimmungen:** Der Bezug des Bürgermeisters führt zu einem Entfall der vorzeitigen Alterspension.



Wenn etwas passiert, steht einem Bürgermeister schnell das Wasser bis zum Hals.

Damit wird die Mandatsausübung gerade der interessierten Personengruppe schlichtweg uninteressant. **Arbeitslosenversicherung:** Da Bürgermeister in der Ar-

beitslosenversicherung nicht pflichtversichert sind, haben sie im Falle der Erwerbslosigkeit grundsätzlich keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld.



Foto: Bundesheer 2002

Soldaten 2002 beim Sandsack„schupfen“. Die Leistungen des Heeres im Katastrophenschutz sind unbestreitbar.

Umfrage: Überwältigendes Echo aus den Gemeinden

Bürgermeister sind sich einig: Wir brauchen Soldaten und Zivildienere

In einer Blitzumfrage unter den Bürgermeistern hat der Gemeindebund die Ortschefs um eine Bewertung der Leistungen des Bundesheeres im Katastrophenfall und um eine Einschätzung des Werts der Arbeit von Zivildienern gebeten. Insgesamt haben sich rund 700 Bürgermeister, also knapp ein Drittel aller Gemeinde-

oberhäupter, daran beteiligt. Fest steht, dass die Gemeinden die Leistungen des Bundesheeres mit einer überwältigenden Mehrheit von 91,4 Prozent für unverzichtbar halten, 89,5 Prozent halten die Leistungen der Zivildienere für ebenso unverzichtbar. Details auf www.gemeindebund.at und im Februar im KOMMUNAL.

3-Länder-Vergleich

Reformpolitik – Österreich holt weiter auf

Seit 2002 erheben das Institut der deutschen Wirtschaft, die Wirtschaftskammer Österreich und Avenir Suisse in Berlin die Reformdynamik Deutschlands, Österreichs und der Schweiz. Der Reformbarometer bewertet die Maßnahmen, die in der Arbeitsmarkt-, Sozial- sowie Steuer- und Finanzpolitik gesetzt werden, nicht aber deren Erfolg. Im Dreiländervergleich hat Österreich in den vergangenen zwölf Monaten (2010) zwar den größten Sprung geschafft, ist aber knapp hinter der Schweiz auf Platz zwei gelandet. Deutschland sackte in seinen Reformbemühungen hingegen vom ersten Platz (2009) auf den letzten ab. Die Schweiz setzte sich besonders wegen der Steuer- und Finanzpolitik mit 114,4 Punkten (plus 4,2 Punkte) an die Spitze.

„Bundesland heute“: Die Redezeiten der Landeshauptleute im Regional-TV

Die Plaudertaschen aus dem Osten

APAMediawatch hat erhoben, wie viel Redezeit die einzelnen Landeshauptleute im vergangenen Jahr in ihren regionalen Nachrichtensendungen hatten. Unschlagbarer Sieger ist seit Jahren Niederösterreichs Landeschef Erwin Pröll. Er hatte auch 2010 in „Bundesland heute“ wieder deutlich am meisten zu sagen: Auf insgesamt 81 Minuten Redezeit kam er dort. Dahinter folgten der Wiener Bürger-

meister Michael Häupl mit 69 Minuten Redezeit und der burgenländische Landeschef Hans Niessl, der auf 55 Redeminuten kam. Beide hatten 2010 Wahlkämpfe zu schlagen. Die weitere Reihenfolge: Josef Pühringer (OÖ), Franz Voves (Stmk.), Gerhard Dörfler (K), Gabi Burgstaller (S), Günther Platter (T) und Herbert Sausgruber (V), der mit 21 Minuten auskam.

Es zeigte sich also, dass die westlichen Landesstudios ihren Chefs deutlich weniger Sendezeit zur Verfügung stellen als jene im Osten. Die SPÖ-Landeshauptleute hatten – nicht zuletzt wegen der Wahlgänge in Wien, der Steiermark und im Burgenland – mit einer Redezeit von gesamt 197,9 Minuten einen Vorsprung auf die ÖVP-Landeschefs, die auf 178,1 Minuten kamen.

Pflegefonds: Regierung stimmt zu

Nun müssen den Worten auch Taten folgen

Erfreut reagierte am 19. Jänner Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer über die geplante Einrichtung eines Pflegefonds. „Ich habe mit großem Interesse registriert, dass Finanzminister Pröll beim Neujahrsempfang der Regierung den Pflegefonds als eines der wichtigsten Vorhaben der Bundesregierung für das erste Halbjahr 2011 genannt hat“, so Mödlhammer. Die Pflegefinanzierung ist eines der dringendsten Probleme der Gemeinden über-



Kanzler Faymann (r.) und Finanzminister Pröll definieren beim Neujahrsempfang der Regierung den Pflegefonds als eines der wichtigsten Vorhaben der Bundesregierung für das erste Halbjahr 2011.

haupt. Bei jährlichen Zuwachsraten im zweistelligen Prozentbereich bei dem Kosten wird die nachhaltige Finanzierung der Pflege zu einer Überlebensfrage. Nach dem Versprechen von Pröll und Bundeskanzler Werner Faymann sehe er einer baldigen Lösung mit

großem Optimismus entgegen. „Ich bin froh darüber, dass die Probleme endlich erkannt wurden. Koalitionsstreit und gegenseitige Befindlichkeiten interessieren niemanden“, so Mödlhammer abschließend.

KOMMUNAL wird im Februar ausführlich berichten.

Foto: Andy Wenzel/BKA/HBF

Industriellenvereinigung

„Experten für eh alles“

Mit provokanten Vorschlägen zur Verwaltungsreform (Stichwort: Gemeindezahl halbieren, Bezirkshauptmannschaften auflösen) geht der Präsident der öö. Industriellenvereinigung, Klaus Pöttinger, der öö. Volkspartei laut einem Bericht der „OÖ Nachrichten“ bereits gehörig auf die Nerven. Nachdem man lange geschwiegen habe, gab es Mitte Jänner einen ersten deutlichen öffentlichen Konter. Vorgebracht hat ihn der VP-Landtagsabgeordnete Peter Csar, der gleichzeitig oberster Personalvertreter im Landesdienst ist. Die feine Klinge hat Csar für seine Attacke nicht gewählt: Er bezeichnete Pöttinger als „selbsternannten Experten für eh alles“, dessen Forderung nach Schließung der Bezirkshauptmannschaften „ebenso einfach wie einfältig“ sei. Er kenne die persönlichen Beweggründe für Pöttingers Agieren nicht, wünsche sich aber mehr Seriosität, denn Pöttingers „inkompetente Zurufe“ seien „entbehrlich und kontraproduktiv“.

Salzburg: Gemeinden überwinden größte Finanznöte

Profitieren vom Aufschwung

Aus Wien fließt wieder mehr Steuergeld in die Gemeindekassen. Vom Wirtschaftsaufschwung profitieren natürlich auch die Kommunen. Laut einem Bericht auf ORF Salzburg war 2009 das Jahr des großen Wehklagens über leere Gemeindekassen. Doch schon 2010 habe sich die Lage wieder deutlich ge-

bessert. Deutliches Zeichen sei, dass es „im Bundesland Salzburg insgesamt nur neun Gemeinden mit einem Abgang gibt, während österreichweit mittlerweile zwei Drittel aller Gemeinden nicht mehr ausgeglichen bilanzieren können“. Nur in Tirol sind die Kommunen insgesamt weniger verschuldet.

Kyoto-Ziel verfehlt

5,1 Mio. Tonnen

Laut der Bilanz der Treibhausgas von 2009 sind 68,8 Millionen Tonnen vorgegeben, Österreich erreicht allerdings einen Wert von 80,1 Millionen. Durch den Zukauf von Verschmutzungsrechten bleibt noch immer ein zu hoher Wert von 5,1 Millionen Tonnen. Für 2010 ist keine Verbesserung in Sicht.

Umweltschutzgebiete

Um 27.000 km² erweitert

Europas Flora und Fauna sind heute besser geschützt als jemals zuvor in der Geschichte der Europäischen Union. Natura 2000, Europas Netzwerk geschützter natürlicher Lebensräume, wurde um fast 27.000 Quadratkilometer erweitert. Derzeit umfasst Natura 2000 knapp 18 Prozent der Landfläche der EU und mehr als 130.000 km² der EU-Meere. www.natura.org

Parlament: Mehrheit soll „persönlich“ gewählt werden

Direktwahl gefordert

Bei einem Symposium im Parlament stellten Vertreter der „Initiative Mehrheitswahlrecht und Demokratie-reform“ ihren neuen Plan vor. Demnach sollen 100 der insgesamt 183 Abgeordneten „persönlich“ gewählt werden. Die jetzigen Wahlkreise würden dabei ebenso wie das Verhältniswahlrecht beibehalten, zumal die Verwirklichung eines Mehrheitswahlrechts unrealistisch erscheint.



Eine Initiative fordert, dass sich die Bürger 100 der 183 Abgeordneten selbst aussuchen dürfen.



Umwelt: Ein guter Tag für Lachs und Fischotter.

Die Gemeinden als Schule der Freiwilligkeit

Eine Frage der Ehre





In unseren Kommunen zeigt es sich, dass gelebte gegenseitige Unterstützung schon immer eine Strategie der lokalen Gemeinschaften war. Nämlich, um ein Mehr an Lebenswert zu schaffen, um sich gegenseitig beizustehen und sich für Schicksalsschläge gemeinsam zu wappnen.

Gelingt es uns, aus dem Europäischen Jahr der Freiwilligenarbeit einen Nutzen für unser Gemeinwesen zu ziehen, oder stolpert unsere Gesellschaft über ihre eigene Orientierungslosigkeit in den Eigennutz hinein.

Mag. Nicolaus Drimmel

Hurra, wir sind im Freiwilligenjahr angekommen. 2011 wurde von der Europäischen Union als das Jahr der Freiwilligenarbeit ausgerufen. Man sollte meinen, dass nunmehr alle Gesellschaftsschichten an einem Strang ziehen und Initiativen zur Verbesserung von Rahmenbedingungen für Menschen schaffen, die der Gesellschaft durch eigene Leistung und ohne direkte Gegenleis-

Es ist gerade für die Gemeinden wichtig, wenn es um die Fragen geht, ob man freiwilliges Engagement vermitteln kann?

tung tagtäglich den Wert ihrer eigenen Arbeit schenken. Jugendforscher weisen immer wieder darauf hin, dass es für die heutige junge Generation aber leider nicht immer selbstverständlich ist, sich freiwillig zu engagieren. Es ist daher gerade für die Gemeinden ein wichtiges Thema, wenn es um die Fragen geht: kann man freiwilliges Engagement vermitteln? Gibt es so etwas wie Schulen der Freiwilligkeit?

Wir sprechen bei der Freiwilligenarbeit nicht über Randgruppen, in Österreich gibt es einen besonders großen Anteil von Menschen, die sich freiwillig engagieren. Das **www.freiwilligenweb.at** weist stolz auf einen Wert von über 40 Prozent hin. Sind die Österreicher deshalb im Lichte der genannten Jugendstudien eine Spezies von gestern, oder haben wir es geschafft, das zutiefst menschliche Bedürfnis zu kanalisieren, unser Leben in der näheren Lebensumgebung aktiv mitzugestalten. Die Gemeinden spielen bei der Schaffung von Strukturen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt eine besondere Rolle.

In unseren Kommunen zeigt es sich, dass gelebte gegenseitige Unterstützung schon immer eine Strategie der lokalen Gemein-

schaften war. Nämlich, um ein Mehr an Lebenswert zu schaffen, um sich gegenseitig beizustehen und sich für Schicksalsschläge gemeinsam zu wappnen. Freiwilligkeit ist dabei der Kern der Kultur des Zusammenlebens, es ist der Klebstoff, der zusammenhält. Die Europäer sagen dazu auch Kohäsion. Die Freiwilligenarbeit gibt unseren Gemeinden zu einem bedeutenden Teil Sinn und Orientierung.

Die Gestaltung des näheren Lebensumfeldes ist eine zutiefst politische und gemeinwohlorientierte Aufgabe, unsere Gemeinden leben von dieser Motivation ihrer Bürgerinnen und Bür-

ger. Ansonsten würde man ja aneinander vorbeileben. Nicht zuletzt deswegen sind auch alle, die sich kommunalpolitisch engagieren, Freiwillige im weiteren Sinn. Es sind Menschen, die begriffen haben, dass eine Gesellschaft und ein Staat nur dann funktionieren kann, wenn nicht nur genommen wird, sondern vor allem, wenn Menschen einen Teil ihres Lebens für die Allgemeinheit opfern.

Freiwilligenarbeit beginnt schon bei der informellen Nachbarschaftshilfe, und sie hängt ganz bedeutend von der menschlichen Prägung und Erziehung ab. Schon die Pfadfinder mit ihrer guten Tat, erst jüngst die Sternsinger oder die Feuerwehrjugend zeigen erfolgreich, dass auch junge Menschen etwas bewegen können.

Es gibt daher in Österreich nicht nur die Tradition der freiwilligen Schutz- und Wehrverbände, sondern die Freiwilligenarbeit setzt auch gestalterische Kraft frei. So wird die Schaffung und Sicherung des Lebensraumes jenen überlassen, die auch unmittelbar dort leben bzw. betroffen sind. Freiwilligkeit in der Gemeinde, so die einhellige Meinung vieler, bringt eine besondere Qualität in unser Leben.



Freiwillige sind Menschen, die begriffen haben, dass eine Gesellschaft und ein Staat nur dann funktionieren kann, wenn nicht nur genommen wird, sondern vor allem, wenn Menschen einen Teil ihres Lebens für die Allgemeinheit opfern.

Bitte vor den Vorhang

Der Österreichische Gemeindebund hat sich 2011 zum Ziel gesetzt, viele gute Beispiele aus unseren Gemeinden zu sammeln und vor den Vorhang zu bitten. Über die Redaktion von **www.kommunalnet.at** werden die Gemeinden ermuntert, ihre Beispiele von Freiwilligen-Projekten zu schicken. Diese Beispiele werden vorgestellt. Auch um anderen Gemeinden Ideen zu geben und ähnliche Projekte zu initiieren. Solche Leistungen fragen nicht nach Entlohnung oder ob es etwas „bringt“. Es tut aber gut, auch einmal Anerkennung für die vielen Stunden freiwilliger Arbeit zu erhalten, obgleich sie nicht für diese Anerkennung geleistet werden, sondern aus persönlicher ehrlicher Überzeugung. Solche Menschen sind von unschätzbarem Wert, denn sie vermitteln die Freude an ihrer Arbeit durch Vorbild. Das Vorbild ist ein guter Lehrer. Damit ist die Frage nach der Schule der Freiwilligkeit aber nur zum Teil beantwortet.

Das Wichtigste ist die frühe Prägung der Kinder und Jugendlichen insofern, als man sie in ihrem Mut fördert, ihre eigene Umgebung spielerisch zu formen und damit gestalterisch zu wir-



OReg.Rat Mag. Nicolaus Drimmel ist Jurist im Österreichischen Gemeindebund und leitet die Abt. Recht und Internationales

Getränkesteuerausgleich 2011 fixiert

Neuregelung fix! Ab 2012 Verteilung weiter offen

Am 22. Dezember 2010 wurde die Neuregelung der Unterverteilung des Getränkesteuerausgleichs für den Zeitraum 1. Jänner bis 31. Dezember 2011 im Rahmen des Budgetbegleitgesetzes im Nationalrat beschlossen. Die Verteilung von über 400 Millionen Euro auf die einzelnen Gemeinden musste nach der Aufhebung einzelner FAG-Passagen durch den VfGH neu geregelt werden.

Konrad Gschwandtner

Bereits Mitte 1999, als sich die Aufhebung der Getränkeabgabe durch den EuGH abzeichnete, wurden von den kommunalen Interessensvertretern legislative Maßnahmen zur Absicherung dieser Einnahmen, die im Jahr 1999 rund 409 Millionen Euro betragen, gefordert. Darunter befand sich auch die Forderung der Gemeinden, eine EU-konforme neue Getränkesteuer einzuführen, der jedoch vom damaligen Finanzminister Karl-Heinz Grasser nicht entsprochen wurde, der sich für eine Abbildung der Situation in Form eines Ausgleichs für die fehlende Steuer aussprach. Der erste volle Getränkesteuerausgleich fand im Jahr 2001 in Höhe von knapp über 300 Millionen Euro statt. Im Jahr 2011 wird mit etwas über 400 Millionen erstmals das damalige Aufkommen der Getränkeabgabe annähernd erreicht werden. Die Finanzierung erfolgt damals wie heute über einen Prozentanteil aus den Ein-

nahmen an der Umsatzsteuer, wodurch eine laufende Valorisierung der Mittel gegeben ist. Aus den gemeindewesischen Einnahmen der Jahre 1993 bis 1999 ergeben sich die Anteile des Getränkesteuerausgleichs für die einzelnen Länder. Diese

Im Jahr 2011 wird mit etwas über 400 Millionen erstmals das Aufkommen der Getränkeabgabe aus dem Jahr 2001 annähernd erreicht werden.

Einnahmen, die auch bis Ende 2010 für die Verteilung dieser Ländertöpfe auf die Gemeinden maßgeblich waren, wurden im Dezember 2009 Inhalt einer Gesetzesprüfung durch den Verfassungsgerichtshof (VfGH).

Teilweise Aufhebung des Getränkesteuerausgleichs und potenzielle Folgen

Im März 2010 wurde durch den VfGH die Verteilung dieser Ländertöpfe auf die Gemeinden mit Wirkung 31. Dezember 2010 aufgehoben, da dieser die Verteilungsgrundlage als nicht

ken. Die Kinder entwickeln schon klare Phantasien, wie ihr Leben in Zukunft aussehen soll. Wir können dabei feststellen, dass es immer von dem gleichen Wunsch nach Glück und Geborgenheit geprägt ist. Nicht nur Politiker haben Träume. Der Österreichische Gemeindebund wird heuer zudem einen Wettbewerb veranstalten, der Jugendliche der neunten Schulstufe einlädt, ihre Gemeinde in zehn Jahren zu beschreiben. Mit dem Wettbewerb „Meine Gemeinde in zehn Jahren“ sollen die besten Ideen, Phantasien und Vorschläge in einem bundesweiten Wettbewerb gesammelt und prämiert werden. Neben dem Vorbild und der Orientierung kann die Freude an der Freiwilligenarbeit aber am besten durch das eigene aktive Tun vermittelt werden. Aktionen wie 72 Stunden ohne Kompromiss können den Jugendlichen zeigen, wie viel Spaß auch eine ehrenamtliche Tätigkeit machen kann. Für das aktive Hineinschnuppern in diese Arbeit müssen aber Freiwilligen-Strukturen vorhanden sein. Soweit die Gemeinden können, werden sie diese Strukturen begünstigen, sie sind die Schulen der Freiwilligkeit.

Best-Practice-Beispiele und Ideen

Schicken Sie uns interessante oder erfolgreiche Beispiele der Freiwilligenarbeit aus Ihrer Gemeinde an redaktion@kommunalnet.at. Wir wollen über das ganze Jahr 2011 hinweg solche Beispiele und Ideen vorstellen, auch um andere Gemeinden zu ermuntern, neue Projekte anzugehen. Die Projekte müssen nicht zwangsläufig von der Gemeinde initiiert sein.

mehr sachgerecht ansah. In Ausgabe 4/2010 hat KOMMUNAL darüber berichtet. Ende April 2010 wurde den Gemeindevertretern von Bund und Ländern zugesagt, dass einer zwischen Städtebund und Gemeindebund vereinbarten verfassungskonformen Neuregelung beigetreten

Die Grundposition des Österreichischen Gemeindebundes war und ist es, die künftige Verteilung der Mittel in Relation zu den gegenwärtigen Umsätzen zu setzen.

wird und dass der Getränkesteuerausgleichstopf als Anteil der Umsatzsteuereinnahmen inklusive der Ländertöpfe weiterhin erhalten bleiben wird. Die Konsequenz einer Nichteinigung auf eine neue „Unterverteilung“ hätte für viele ländliche und touristische Gemeinden jedoch teilweise verheerende Auswirkungen gehabt, da das Finanzausgleichsgesetz in diesem Fall eine Verteilung der Mittel auf die Gemeinden nach dem abgestuften Bevölkerungsschlüssel (aBS) vorsieht, welcher Gemeinden über 10.000 Einwohner klar bevorzugt. Dass dies finanziell nicht tragbar wäre, zeigt etwa das Beispiel der Tourismusgemeinde Sölden, die mit einem Schlag knapp 40 Prozent ihrer Einkünfte aus dem Finanzausgleich verloren hätte. Insbesondere für 346 österreichische Gemeinden, deren Einnahmen aus dem Getränkesteuerausgleich zwischen zehn und 68 Prozent

ihrer gesamten Ertragsanteile ausmachen, würde eine systemfremde Verteilung der Mittel (nicht nach dem Aufkommen sondern etwa nach Einwohnern) teils dramatische Verluste bedeuten.

Schwieriger Verhandlungsprozess

Allgemeine Zielsetzung der im April 2010 gestarteten Verhandlungen war eine bundesweite Neuregelung für den Rest der Finanzausgleichsperiode. Zwischen Städtebund und Gemeindebund herrschte Konsens, dass die Verluste der einzelnen Gemeinden bei einer Neuregelung so gering wie möglich gehalten werden sollten. Die Grundposition des Österreichischen Gemeindebundes war und ist es, die künftige Verteilung der Mittel in Relation zu den gegenwärtigen Umsätzen zu setzen. Die Einschätzung, dass dies die einzige Möglichkeit einer gerechten Verteilung darstellt, teilen auch der Verhandlungspartner Städtebund sowie das Finanzministerium. Gleichzeitig wären auch die weiterhin vorhandenen Bedenken des VfGH gegenüber einer Benachteiligung jener Gemeinden, die in der Zeit des Bestehens der Getränkesteuer keine oder wenige Umsätze verzeichneten, ausgeräumt. Obwohl der Bund am 29. April 2010 zugesagt hat, dass er der Einigung von Städtebund und Gemeindebund beitreten wird, sah er eine Erhebung von Getränkeumsätzen für sich selbst

und die meldepflichtigen Unternehmen jeweils sehr kritisch und setzte hinsichtlich einer solchen Erhebung keinerlei Initiativen. Auch entfernte sich das Bundesministerium für Finanzen (BMF) von der Position, wonach der Getränkesteuerausgleich ein Ersatz für die aufgehobene Getränkeabgabe ist, und somit auch nach gänzlich anderen Kriterien verteilt werden kann. Immerhin legte es jedoch dar, dass die Anordnung einer Umsatzerhebung auf finanzausgleichsrechtlicher Basis problemlos zu normieren wäre, fügte jedoch im gleichen Atemzug hinzu, dass das Ressort aber nicht gewillt ist, den betreffenden Vollziehungsmehraufwand aus Bundesmitteln zu finanzieren.

Nachdem bereits im Spätsommer die Bundessparte Tourismus und Freizeit der WKÖ sowie die großen Lebensmittelketten Unterstützung eine Umsatzerhebung, also die Übermittlung von Getränkeumsatzzahlen, zugesagt haben und auch seitens der Bundessparte Handel Gesprächsbereitschaft signalisiert wurde, kam es am Anfang November 2010 zu einer Besprechung. In der Sitzung selbst war von der signalisierten Gesprächsbereitschaft aber nichts mehr zu merken. Die anwesenden Vertreter in der WKÖ-Sparte Handel argumentierten gar: „Das ist kein Problem der Wirtschaft.“ und „Es wird kaum ein Unternehmen geben, das einer solchen Datenerhebung zustimmen wird.“



Konrad Gschwandtner, Bakk. BA, ist Jurist beim Österreichischen Gemeindebund in der Abteilung Recht und Internationales

Anzahl der Gemeinden und Höhe der Verluste durch die Neuregelung

	Anzahl Gemeinden	Verluste je Größenklasse (in Euro)
bis 500 Einwohner	13	-6.063,57
501 bis 1.000 EW	27	-43.117,78
1.001 bis 2.500 EW	67	-135.999,24
2.501 bis 5.000 EW	26	-102.905,90
5.001 bis 10.000 EW	19	-151.034,39
10.001 bis 20.000 EW	14	-165.744,70
20.001 bis 50.000 EW*	1	-37.143,00
ab 50.000 Einwohner*	1	-66.885,46
Gesamt	168	-708.894,04

* Bei den beiden großen Städten handelt es sich um Krems an der Donau (NÖ) und Innsbruck.

In Anbetracht der Tatsachen, dass eine Neuregelung bis Ende des Jahres herbeigeführt werden musste, was bei den Reaktionen der Wirtschaftskammer nicht wahrscheinlich erschien und dass aufgrund der ansonsten via aBS zur Verteilung kommenden Mittel des Getränkesteuerausgleichs der Österreichische Städtebund eine sehr abwartende Haltung in den Verhandlungen einnahm, musste sich der Gemeindebund in den letzten sieben bis acht Wochen des Jahres 2010 den alternativen Verteilungsvarianten zuwenden.

Die erreichte Einigung für das Jahr 2011

Am 2. Dezember 2010 einigten sich der Österreichische Gemeindebund und der Österreichische Städtebund auf die „Unterverteilung“ für das Jahr 2011 unter der Prämisse, sich weiterhin um eine Umsatzerhebung zu bemühen. Trotz anfänglicher Unstimmigkeiten seitens des BMF über die Umsetzung, wurde die Neuregelung der aufgehobenen FAG-Regelung dann doch wie vom Bund im April zu-

Von den einzelnen Ländertöpfen der heuer gesamt 407,6 Millionen Euro werden in diesem Jahr zehn Prozent der Mittel nach einem neuen Schlüssel, der Rest wie in den Jahren zuvor verteilt.

gesagt im Sinne der Einigung der kommunalen Spitzenverbände rechtzeitig im Nationalrat beschlossen.

Von den einzelnen Ländertöpfen der heuer gesamt 407,6 Millionen Euro werden in diesem Jahr zehn Prozent der Mittel nach einem neuen Schlüssel, der Rest wie in den Jahren zuvor verteilt. Dieser neue Schlüssel ergibt sich für die Gemeinden der Länder Burgenland, Niederösterreich, Oberösterreich und Steiermark aus 50 Prozent Volkszahl und 50 Prozent aBS. In den anderen Bundesländern außer Wien (für Wien ist keine Unterverteilung erforderlich), die über allesamt über eine überdurchschnittliche Nächtigungszahl pro Einwohner verfügen, wird dieser Schlüssel um die Vorwegverteilung 0,1 Euro pro Nächtigung ergänzt. Für alle Gemeinden gilt ein zweiprozentiger Verlustdeckel. Die obenstehende Tabelle zeigt nun die negativen finanziellen Auswirkungen der heuer gültigen Regelung auf die 168 „Verlierergemeinden“ nach Größenklassen und Bundesländern. Die Verluste fallen nicht zuletzt aufgrund der sich sehr positiv entwickelnden Umsatzsteuereinnahmen, an welche der Getränkesteuerausgleich gekoppelt ist, insgesamt erfreulich gering aus, wobei einige

Langfristige Regelung – Handel und Bund haben es in der Hand

Die Bedenken der Wirtschaftskammer über den Verwaltungs-

mehraufwand, für eine alle sechs Jahre stattfindende einmalige Meldung des Jahresgetränkeumsatzes ihre Klein- und Mittelbetriebe in Handel und Gewerbe (Pauschalierer könnte man beispielsweise generell ausnehmen) auszuräumen, wird

Die Regelung für 2011 ist zwar gerade erfolgt, doch bereits jetzt muss über Nachfolgeregelungen nachgedacht werden, die sowohl umsetzbar, finanziell vertretbar als auch langfristiger Natur sind.

ebenso eine Aufgabe des Österreichischen Gemeindebundes für die nächsten Monate sein, wie das BMF davon zu überzeugen, dass die Vollziehung (Kontrolle der gemeldeten Umsatzzahlen) nicht abgabenrechtliche Prüfungs- und Sanktionsdimensionen annehmen und somit auch keine bedeutenden Kosten ergeben muss.

Die Regelung für 2011 ist zwar gerade erfolgt, doch bereits jetzt muss über Nachfolgeregelungen nachgedacht werden, die sowohl umsetzbar, finanziell vertretbar als auch langfristiger Natur sind. Denn die Gemeinden mit hohem Anteil am Getränkesteuerausgleich würden ohne die nötige Umsatzerhebung mit Sicherheit nicht so glimpflich wie heuer davonkommen.

KOMMUNAL hält Sie auf dem Laufenden.

Entscheidung bei Geschwindigkeitsüberwachung liegt bei Ministerin Bures

Weg frei für Radarüberwachung durch Gemeinden

Seit gut zweieinhalb Jahren ist es Gemeinden untersagt, automatisierte Geschwindigkeitsüberwachungen auf ihren Gemeindestraßen durchzuführen. Allen Statistiken, Unfallzahlen und Anrainerbeschwerden zum Trotz gibt es noch immer keine gesetzliche Grundlage dafür.

Robert Hink

Bewegung in den bisherigen Stillstand haben nun die Länder gebracht, die aufgrund der letzten Landeshauptleutekonferenz ihre Position zur Forderung des Österreichischen Gemeindebundes dargelegt haben. Dabei hat sich gezeigt, dass nahezu alle Länder die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage befürworten. Jetzt ist das Verkehrsministerium am Zug.

Höhere Strafen sind sicher ein Mittel gegen Raserei im Ortsgebiet. Aber was nützen höhere Strafen, wenn nicht kontrolliert wird? Nur verstärkte Kontrolle fördert die Disziplin der Autofahrer.

Die Geschwindigkeitsbeschränkungen innerhalb des Ortsgebietes werden selten eingehalten. Diese Tatsache ist nicht nur eine subjektive Wahrnehmung der schwächeren Verkehrsteilnehmer, der Radfahrer und der Fußgänger, sondern wird auch durch umfangreiche Probemesungen des Kuratoriums für Verkehrssicherheit bestätigt. Die Mehrzahl der Unfälle, die sich auf Österreichs Straßen ereignen, ist auf überhöhte Geschwindigkeit zurückzuführen. Dass die Zahl der Unfälle mit Personenschaden gerade im Ortsgebiet und damit überwiegend auf Gemeindestraßen dramatisch ist, verwundert nicht, zumal das Zusammentreffen des



Dr. Robert Hink ist Generalsekretär des Österreichischen Gemeindebundes

Autofahrers mit dem schwachen Verkehrsteilnehmer im Ortsgebiet besonders evident ist. Höhere Strafen für Geschwindigkeitsübertretungen sind sicher ein Mittel um der zunehmenden Raserei Herr zu werden. Strafen alleine sind aber, wie auch die Zahlen belegen, nicht ausreichend. Nur eine verstärkte Kontrolle fördert die Disziplin der Autofahrer.

Sicherheit muss Vorrang haben

Die Themen Verkehrssicherheit und Maßnahmen zum Schutz der Verkehrsteilnehmer wurden in den letzten Monaten von den politischen Entscheidungsträgern des Bundes, aber auch der Länder nicht zuletzt aufgrund der jüngsten Ereignisse an Fußgängerübergängen und im Kreuzungsbereich vermehrt aufgegriffen. Da das ressortzuständige Verkehrsministerium eine Anpassung der StVO von der Zustimmung der Länder abhängig gemacht hat, wurden im vergangenen Jahr intensive Gespräche mit den Verantwortlichen der Länder geführt. Erfreulich dabei ist, dass die seitens des Österreichischen Gemeindebundes vorgebrachten Argumente zu einem entscheidenden Umdenken in den Ländern geführt haben. Diese konnten von der Sinnhaftigkeit und Notwendigkeit einer entsprechenden Novellierung der StVO überzeugt werden. Einzig das Land Kärnten lehnt weiterhin eine automatisierte

Geschwindigkeitsüberwachung durch Gemeinden in ihrem Bundesland ab.

Neuer Vorschlag eingebracht

Sämtliche Länder bis auf Kärnten sind sich einig, dass den Gemeinden im Sinne einer effizienten Verkehrsüberwachung die Möglichkeit eröffnet werden soll, auf ihren Gemeindestraßen automatisierte Geschwindigkeitsüberwachungen durchzuführen.

Einzelne Länder haben wichtige Punkte in die Diskussion eingebracht, die vom Österreichischen Gemeindebund aufgegriffen wurden und letztlich zu einem neuen Vorschlag geführt haben, mit dem auch das Land Kärnten leben könnte. Gemäß diesem Vorschlag soll die StVO die Länder ermächtigen, mittels Verordnung ihren Gemeinden die Kompetenz zur Überwachung der Geschwindigkeiten zu übertragen.

Übertragungsverordnungen im Zusammenhang mit der Überwachung der Einhaltung straßenpolizeilicher Vorschriften sind grundsätzlich nichts Neues. So hat das Land Vorarlberg eine Verordnung erlassen, die mehreren Gemeinden die Überwachung straßenpolizeilicher Vorschriften überträgt.

Das Land Niederösterreich hat mehrere Verordnungen erlassen, in denen einzelnen Gemeinden diese Möglichkeit eröffnet wird. Die derzeitige Verordnungsermächtigung der Länder – und das setzt das Problem an – besteht aber nur insoweit, als die jeweiligen Gemeinden einen eigenen Gemeindevachkörper haben. Und genau diese Voraussetzung soll in Zukunft im Zusammenhang mit der standortbezogenen (punktuellen) automatisierten



Der vom Österreichischen Gemeindebund eingebrachte Vorschlag umfasst außerdem – wie auch von den Ländern gefordert – nur die punktuelle Geschwindigkeitsüberwachung und nicht die automatisierte Verkehrsüberwachung insgesamt, die ja weit über die automatisierte Geschwindigkeitsüberwachung hinausgeht.

Geschwindigkeitsüberwachung entfallen.

Restliche Bedenken der Länder ausgeräumt

Vor dem Hintergrund teils bestehender Landesverkehrsüberwachungspläne sollen die Länder selbst entscheiden können, ob und inwieweit sie ihren Gemeinden per Verordnung diese Kompetenz übertragen möchten. Aufgrund des dadurch wirksam werdenden übertragenen Wirkungsbereiches unterliegen die Gemeinden nicht nur der Aufsicht der Landesbehörden, sondern sind diesen gegenüber sogar weisungsgebunden. Die Länder wären überdies in der Lage, landesweit einheitliche Kriterien für die Standortbeurteilung aufzustellen. Der vom Österreichischen Gemeindebund einge-

brachte Vorschlag umfasst außerdem – wie auch von den Ländern gefordert – nur die punktuelle Geschwindigkeitsüberwachung und nicht die automatisierte Verkehrsüberwachung insgesamt, die ja weit über die automatisierte Geschwindigkeitsüberwachung hinausgeht.

Jetzt ist das Verkehrsministerium gefordert

Der Österreichische Gemeindebund ist mit seinem Vorschlag zur entsprechenden Anpassung der StVO bereits an die zuständige Verkehrsministerin herantreten. Da die seitens des Verkehrsministeriums geforderte Abstimmung mit den Ländern erfolgreich verlaufen ist und die Verkehrsministerin mehrmals mitgeteilt hat, dass sie einer Radarüberwachung durch Gemeinden positiv gegenübersteht, sollte einer zügigen Umsetzung dieses Vorhabens nichts mehr im Wege stehen.

Vor dem Hintergrund teils bestehender Landesverkehrsüberwachungspläne sollen die Länder selbst entscheiden können, ob und inwieweit sie ihren Gemeinden per Verordnung diese Kompetenz übertragen möchten.

Fact-Box: Chronologie

15. Juni 2007: Verfassungsgerichtshof erklärt „Section-Control“ mangels ausreichender Rechtsgrundlage für rechtswidrig

11. Juli 2008: Datenschutzkommission erklärt Radarüberwachung durch Gemeinden mangels Vorliegens einer gesetzlichen Grundlage datenschutzrechtlich für unzulässig

9. Dezember 2008: Verfassungsgerichtshof erklärt den Einsatz von videogestützter Geschwindigkeits- und Abstandsmesssysteme mangels Rechtsgrundlage für rechtswidrig

26. März 2009: Novelle der StVO tritt in Kraft, die zuständigen Behörden die rechtliche Grundlage unter anderem für die automatisierte „Section-Control“, die „Abstandsmessung“ und die „Punktueller Geschwindigkeitsüberwachung“ bietet

3. Juli 2009: Besprechung mit dem BMVIT, dem Städtebund und den Ländern über einen Vorschlag des Österreichischen Gemeindebundes zur Änderung der StVO

8. September 2009: Verwaltungsgerichtshof hebt Bescheid der Datenschutzkommission vom 11. Juli 2008 wegen Rechtswidrigkeit seines Inhalts auf

4. Jänner 2010: Österreichischer Gemeindebund veröffentlicht Ergebnisse einer Umfrage zur Radarüberwachung durch Gemeinden; diese bestätigen die Notwendigkeit einer raschen Novellierung der StVO

30. Juni 2010: Datenschutzkommission hält in einem neu ergangenen Bescheid an ihrer Rechtsansicht fest und erklärt die automatisierte Radarüberwachung mangels Vorliegens einer gesetzlichen Grundlage weiterhin für unzulässig

31. August 2010: Besprechung mit dem BMVIT, dem Städtebund und den Ländern; BMVIT stellt eine Änderung der StVO in Aussicht, wenn Einigkeit mit den Ländern besteht

3. Jänner 2011: Österreichischer Gemeindebund bringt neuen Vorschlag ein; dieser berücksichtigt restliche Bedenken einzelner Länder

Josef Pühringer zu den drängendsten Fragen der Kommunalpolitik

Bund muss federführend bei der Pflegefinanzierung sein

Seit 1. Jänner hat der oberösterreichische Landeshauptmann Josef Pühringer den Vorsitz der Landeshauptleutekonferenz übernommen. Im KOMMUNAL-Interview bezieht er Stellung zu Fragen der Pflegefinanzierung, zum Stabilitätspakt und zum Thema Reorganisation des Schulbereichs.

Hans Braun

Herr Landeshauptmann, seit 1. Jänner haben Sie den Vorsitz bei der Landeshauptleutekonferenz übernommen. Was wollen Sie bis Sommer 2011 erreichen?

Josef Pühringer: Es geht mir vor allem einmal darum, dass jetzt das, was unter Erwin Pröll vorangetrieben wurde, nämlich die Einigung über den Stabilitäts-

Nach den Worten von Finanzminister Josef Pröll muss in Österreich jeder seinen Teil zur Reduzierung des Budgetdefizits leisten. Wie sieht der Beitrag der Länder aus?

Die Länder bekennen sich zum Stabilitätspakt und werden auch ihren Beitrag leisten. Ich bin überzeugt, dass wir hier zu einer Lösung kommen. Vor Weihnachten waren wir dem Ziel bereits relativ nahe, dann kam die Brüs-

seler Entscheidung, dass die öffentlichen Krankenhausesellschaften ins Budget einzurechnen sind. Jetzt muss das gesamte Zahlenwerk neu gerechnet werden. Aber wir werden uns einigen, denn den Ländern ist bewusst, dass sie auch einen Bei-

trag zu leisten haben. Wir sind für korrekte Berechnungen und Vereinbarungen, die auch zu halten sind.

Gemeinden und Länder leiden vor allem unter der Explosion der Pflegekosten. Wie wird das enden?

Da gibt es mehrere Modelle. Das mehrheitsfähigste Modell scheint mir der Pflegefonds zu sein, in den die Gelder, die bisher aufgewendet werden, hineingeleitet werden, und wo zusätzlich neues Geld von Bund, Ländern und Gemeinden dazu-

kommt. Dieses muss nach dem Schlüssel des Finanzausgleichs in den Pflegefonds eingebracht werden – also zwei Drittel Bund, ein Drittel Länder und Gemeinden. Denn das schreiende Problem der Pflege wurde ja auch vom Bund herbeigeführt, indem er das Pflegegeld seit 1993 nur dreimal valorisiert hat. Daher muss er auch federführend bei der Finanzierung sein.

Sie haben angekündigt, das Thema Pflege im ersten Halbjahr 2011 zu forcieren. Werden Sie versuchen, es auch abzuschließen?

Wir sind relativ weit. Aber im ersten Quartal 2011 ist eine Lösung durchaus denkbar.

Zum Thema Stabilitätspakt: Staatssekretär Lopatka fand es Medienberichten zufolge Anfang Jänner schwierig, mit den Ländern zu verhandeln. Beruht das auf Gegenseitigkeit?

Unterstellungen an den Partner, er sei unwillig, sind nicht angebracht und bringen uns nicht weiter. Die Verhandlungen zum Stabilitätspakt sind schwierig, aber Landeshauptmann Sausgruber hat in den vergangenen Jahren immer ergebnisorientiert verhandelt. Daher halte ich eine Lösung zum jetzigen Zeitpunkt für durchaus realistisch.

Wie soll es beim Thema „Reorganisation des Schulbereichs“ weitergehen? Vor allem das Dienstrecht, die Lehrpläne und die Zuständigkeiten harren einer Vereinheitlichung.

Vorab ist mir wichtig, zwischen der Bildungspolitik und der Schulverwaltung zu unterscheiden. In die Bildungspolitik werde ich einige Ideen einbringen, wie zum Beispiel die Ausbildungspflicht nach dem 15. Lebensjahr. Denn es kann nicht sein, dass 15 Prozent der Öster-



Bei der Pflegefinanzierung müssen wir vor allem den Gemeinden die Gewissheit geben, dass sie in dieser wichtigen Frage nicht allein gelassen werden, denn sie sind die Hauptzahler.

Josef Pühringer über eines seiner Hauptziele bis zum Sommer 2011

pakt und die Pflegefinanzierung, in diesem halben Jahr finalisiert wird. Und das möglichst bald, denn das muss erledigt werden, und zwar in einem. Bei der Pflegefinanzierung müssen wir vor allem den Gemeinden die Gewissheit geben, dass sie in dieser wichtigen Frage nicht allein gelassen werden, denn sie sind die Hauptzahler. Und zum zweiten haben wir dem Bund unseren Beitrag zur Stabilität der Staatsfinanzen zugesichert, und den müssen wir jetzt leisten.



Josef Pühringer: „Die Verhandlungen zum Stabilitätspakt sind schwierig, aber Landeshauptmann Sausgruber hat in den vergangenen Jahren immer ergebnisorientiert verhandelt. Daher halte ich eine Lösung zum jetzigen Zeitpunkt für durchaus realistisch.“

reicher mit 15 Jahren zum Lernen aufhören. Einen besonderen Schwerpunkt müssen wir auch – das zeigt uns PISA – auf das Lesen, Schreiben und Rechnen legen. Eventuell mit einer verlängerten Volksschule oder anderen Maßnahmen. Aber das Erlernen der Grundtechniken ist von ganz entscheidender Bedeutung für

das spätere Berufsleben. Und wir brauchen in der Mittelschule, vor allem in der Oberstufe, einen Paradigmenwechsel. Wir dürfen nicht länger die Probleme der Schüler in den Vordergrund stellen, sondern ihre Talente und Fähigkeiten. Bei der organisatorischen Frage trete ich für klare Zuständigkeiten

ein: Grundsätze beim Bund, Ausführung bei den Ländern.

Wo ist in dem Zusammenhang Ihrer Meinung nach der Platz der Gemeinden? Was soll deren Aufgabe sein, vor allem, wenn die „Neue Mittelschule“ kommt?

Das Gefüge einer Gemeinde ist auch als eine Gemeinschaft zu sehen, die ja in erster Linie im frühesten Kindesalter, also im Kindergarten und in der Grundschule, entsteht. In dieser Gemeinschaft ist es auch die Aufgabe der Kommunen, als Pflichtschulhalter gemeinsam mit dem Land für die grundlegende Ausbildung unserer Jüngsten Sorge zu tragen. Ob und in welcher Form durch die Einführung einer „neuen Mittelschule“ sich in den Pflichten und Aufgaben der Gemeinden Änderungen ergeben, muss diskutiert werden, wenn konkrete Details zur Umsetzung bekannt sind. Gemeinde- und Städtebund sind selbstverständlich als Vertreter der Schulerhalter einzubinden.

Sind beim Thema „Schule“ die Bundesländer wirklich alle einer Meinung?

Wenn Sie den Vorschlag zur Veränderung der Lehrer ansprechen: dazu gibt es einen einstimmigen Beschluss der Landeshauptleute vom November 2009 in Frauenkirchen. Ich stehe zu diesem Beschluss. Sollte sich herausstellen, dass in dieser Causa der „große Wurf“ nicht möglich ist, dann muss man eben mehrere kleinere machen und Einzelbereiche erledigen.

Ob und in welcher Form durch die Einführung einer „Neuen Mittelschule“ sich in den Pflichten und Aufgaben der Gemeinden Änderungen ergeben, muss diskutiert werden ...

Pühringer unterstreicht vor den Detailverhandlungen, dass die kommunalen Interessenvertretungen jedenfalls einzubinden sind.

Lösungsansätze für die prekäre Budgetlage von Kommunen

Nachhaltig konsolidieren statt kaputtsparen

Viele Beiträge zum Sparen und zur Verwaltungsreform liegen auf dem Tisch. Doch welche Schritte sind zu tun, um die durchwegs bekannten Potenziale auch zu heben? Wie kann die Umsetzung einer Haushaltskonsolidierung gelingen?

Peter Pilz & Andreas Pözl

Bereits ein Drittel aller Gemeinden konnte 2010 keinen ausgeglichenen Voranschlag vorlegen und die Zahl der Abgangsgemeinden steigt weiter an. Im Jahr 2013 sollen die Mehrzahl der Gemeinden ihren Haushalt nicht mehr ausgleichen können. Die politischen Lösungsansätze für diese schwierige Situation sind ambivalent. Passive Ansätze sind durch Zaudern und Zögern gekennzeichnet, in der Hoffnung dass es rasch wieder aufwärts geht oder sich andere Sündenböcke finden lassen. Letztendlich verschleppen und verschlimmern solche Ansätze aber nur die Situation und führen dazu, dass es gar keinen Spielraum für neue Projekte mehr gibt. Aktives und zügiges Handeln schafft langfristig wieder Gestaltungsräume für Politik und Verwaltung. Dies erfordert aber politischen Mut und zwingt zu Maßnahmen und Botschaften, die zu Unmut in der Bevölkerung führen können. Doch

Endlich zur Konsolidierung durchgerungen, zeigt sich erst die wahre Lage und stellt sich oft die Frage, wo gespart werden und wem etwas „weggenommen“ werden soll.

sind einschneidende Sparmaßnahmen oder Leistungskürzungen der Bevölkerung wirklich nicht zumutbar? Ist die Bewusstseinsbildung nicht schon längst so weit, dass an aktivem Handeln kein Weg vorbei führt? Endlich zur Konsolidierung durchgerungen, zeigt oft die wahre finanzielle Zwangslage der in der sich die Gemeinde befindet. Danach stellt sich die Frage, wo gespart werden soll und wem etwas „weggenommen“ werden soll. Dabei sollte weder dem Florianiprinzip gleich dort gespart werden wo es am meisten brennt, noch dem Rasenmäherprinzip gleich, alle Einheiten gleichmäßig gestutzt

werden. Denn solche Maßnahmen sind weder effizient noch gerecht.

In sechs Schritten den Haushalt konsolidieren

Aus der Praxis heraus empfiehlt es sich bei einer Haushaltskonsolidierung in sechs Schritten vorzugehen (siehe Grafik unten). Der Anfang einer nachhaltigen Haushaltskonsolidierung sollte eine Analyse des Ist-Zustandes sein, dabei sollen nur die wesentlichen Fakten auf den Tisch. Bei einer Haushaltskonsolidierung werden die Eckdaten des aktuellen Haushalts und des beeinflussbaren Budgets (errechnet sich aus den Ausgaben des ordentlichen Haushaltes abzüglich Umlagen, Schuldendienst und bestimmten Durchläufern) ermittelt sowie eine kompakte SWOT-Analyse durchgeführt. Ebenso sollte eine plausible Mittelfristprognose – welche nicht nur die Einnahmen und Ausgaben der Vorjahre fortschreibt – über drei bis fünf Jahre erstellt werden, damit Klarheit über die finanzielle Zukunft der Gemeinde geschaffen wird. Die Prognose soll darüber Antworten geben, was passieren

Die sechs Schritte zur Haushaltskonsolidierung



Der Anfang einer nachhaltigen Haushaltskonsolidierung sollte eine Analyse des Ist-Zustandes sein, dabei sollen nur die wesentlichen Fakten auf den Tisch.



Dr. Peter Pilz und Dr. Andreas Pözl begleiten seit mehreren Jahren ambitionierte Reformvorhaben in der öffentlichen Verwaltung
 ppilz@kommunales.at
 andreas.poelzl@ICG.eu.com



Bei Kürzungen sollte weder dem Florianiprinzip gleich dort gespart werden, wo es am meisten brennt, noch dem Rasenmäherprinzip gleich, alle Einheiten gleichmäßig gestutzt werden. Solche Maßnahmen sind weder effizient noch gerecht.

würde, wenn keine Verbesserungsmaßnahmen gesetzt werden und wie groß das Budgetloch ist und wie es sich entwickeln wird. Damit lässt sich der tatsächliche Konsolidierungsbedarf über den Zeitraum der Mittelfristprognose ermitteln, welcher damit ein Ziel für die Haushaltskonsolidierung vorgibt.

Sich an der Zukunft orientieren

Die strategische Positionierung gibt die Ausrichtung vor (siehe Grafik oben). Sie stellt klar, wo die Gemeinde in fünf Jahren strategisch, organisatorisch und finanziell stehen soll und mit

Schritt 3: Strategische Positionierung



Die strategische Positionierung stellt klar, wo die Gemeinde in fünf Jahren strategisch, organisatorisch und finanziell stehen soll und mit welchen Leitstrategien und Maßnahmen diese strategischen Ziele erreicht werden sollen.

welchen Leitstrategien und Maßnahmen diese strategischen Ziele erreicht werden sollen. Dies gibt die notwendige Orientierung und bündelt Kräfte. Das Konsolidierungsziel entwickelt mehr Betroffenheit, wenn es auf das beeinflussbare Budget bezogen wird. Dies macht die Höhe der Einsparung für alle greifbar.

Potenziale suchen und finden

Für das Auffinden der Potenziale hat sich eine echte Aufgabenreform als vorgelagerter Optimierungsschritt vielfach bewährt. Zentrale Vorgabe: ein wirklich ambitioniertes Konsolidierungsziel, zum Beispiel minus 30 Prozent. Die entdeckten Potenziale sollten in Summe je-

denfalls das tatsächliche Ausmaß der notwendigen Einsparungen überschreiten. Schließlich muss ein Minimum an politischem Spielraum erhalten bleiben. Erst nach diesem Schritt der Aufgabenreform kommen andere, aber ebenso wichtige Verbesserungsmaßnahmen wie Organisations-/Rechtsformoptimierungen und Ausgliederungen, Strukturreformen, PPP-Modelle, Prozessoptimierung und Benchmarking. Viel Potenzial liegt auch noch in der verwaltungsübergreifenden

Zusammenarbeit und in der Nutzung von gemeinsamen „Shared Services“ von mehreren Gebietskörperschaften. Hier ist vor allem auf der Gemeindeebene noch ein erhebliches Potenzial zu finden. Die Ergebnisse der ersten

fünf Schritte werden in einem Konsolidierungskonzept zusammengefasst. Die Konsolidierungsstrategie zeigt das „Big Picture“ mit wesentlichen Ansatzpunkten und Stoßrichtungen. Ein Fahrplan für die Umsetzung dokumentiert Schritte und Zeitpunkte bis zur Realisierung auf. In der Regel ist das auch der Zeitpunkt für die politischen Beschlussfassungen. In der Umsetzung braucht es ein konsequentes Projektmanagement und -controlling sowie viel Fingerspitzengefühl beim Change Management. Eine vollständige Umsetzung der Konsolidierung sollte binnen drei bis fünf Jahren erreichbar sein. Dafür braucht es ein hundertprozentiges Commitment der politischen Entscheidungsträger zu den gesteckten Konsolidierungszielen.

Finanzminister Josef Pröll im Gespräch

Ertragsanteile der Gemeinden werden deutlich steigen

Das alles beherrschende Thema zu Jahresbeginn 2011 waren – und sind noch – die Finanzen. Die Gemeinden schwanken zwischen Hoffen und Bangen. Bangen, was sie nach dem Krisenjahr 2010 noch alles zu bewältigen haben, und Hoffen, dass 2011 wieder ein gutes Jahr wird für die größten öffentlichen Investoren in Österreich. Für KOMMUNAL stellte Hans Braun einige Fragen an Finanzminister Josef Pröll.

Herr Minister, Sie haben gesagt, dass alle ihren Beitrag zum Stabilitätspakt leisten müssen. Welchen Beitrag erwarten Sie denn genau von den Gemeinden?

Josef Pröll: Die Verhandlungen über den neuen Stabilitätspakt werden wohl erst in einigen Monaten abgeschlossen sein. Doch schon jetzt ist klar: Die Diskussionsbereitschaft aller Vertragspartner ist absolute Voraussetzung. Der Bund hat sich durch die Sparmaßnahmen im Budget-

zeigen müssen. Ich kann nicht oft genug betonen: Wir sitzen alle im gleichen Boot und wir sind alle denselben Bürgerinnen und Bürgern verantwortlich. Jeder muss seinen Beitrag leisten!

Gäbe es aus Ihrer Sicht Anlässe, den Finanzausgleich aufzuschnüren? Und wenn ja, welche?

Ein „Aufschnüren“ im Sinne einer großen Novelle wird es nicht geben. Aber kleinere Anpassungen waren und sind natürlich immer wieder vorzunehmen. Im vor kurzem beschlossenen Budget-

Ich kann nicht oft genug betonen: Wir sitzen alle im gleichen Boot und wir sind alle denselben Bürgerinnen und Bürgern verantwortlich. Jeder muss seinen Beitrag leisten!

begleitgesetz 2011 die Basis für einen ambitionierten Haushaltpfad geschaffen – Länder und Gemeinden werden daher auch vergleichbare Anstrengungen

begleitgesetz haben wir etwa – wohlgermerkt im Einvernehmen mit Städte- und Gemeindebund – den Getränkesteuerausgleich angepasst oder auch den Anteil





„Auf Basis des BVA 2011 werden die Ertragsanteile der Gemeinden gegenüber dem Jahr 2010 durchschnittlich um acht Prozent steigen.“ Josef Pröll.

von Ländern und Gemeinden an der neuen Stabilitätsabgabe normiert. Das Finanzausgleichsgesetz 2008 hat in seiner ursprünglichen Fassung die Sta-

um ihren Beitrag zur Erreichung ambitionierter Ziele eines neuen Stabilitätspakts zu leisten.

Mein Appell an die Gemeinden ist daher, diese Mehreinnahmen bei den Ertragsanteilen auch zu verwenden, um ihren Beitrag zur Erreichung ambitionierter Ziele eines neuen Stabilitätspakts zu leisten.

bilitätsabgabe ja zunächst als ausschließliche Bundesabgabe qualifiziert.

Die Gemeinden waren in der Vergangenheit die einzigen, die einen Überschuss nach den Maastricht-Kriterien erwirtschaftet haben. Damit sie ihr Null-Defizit halten können, brauchen sie aber mehr Mittel. Womit können die Gemeinden rechnen?

Die Ertragsanteile der Gemeinden werden gegenüber dem Jahr 2010 deutlich steigen. Für diese positive Entwicklung sind vor allem drei Faktoren entscheidend: Erstens werden die vereinbarten Mehreinnahmen für die zweite Etappe der laufenden Finanzausgleichsperiode von 105 Millionen Euro erhöht werden – von denen durch die Abflachung des abgestuften Bevölkerungsschlüssels 100 Millionen Euro ausschließlich den kleinen Gemeinden der untersten Stufe zugute kommen. Zweitens betragen die Mehreinnahmen aus den steuerlichen Maßnahmen, die zusammen mit dem Betrugsbekämpfungspaket von 154 Millionen Euro im Jahr 2011 bis 276 Millionen Euro im Jahr 2014. Der dritte entscheidende Faktor ist die – durch unsere umfassenden Konjunkturbelebungsprogramme – sich wieder bessernde Wirtschaftslage. Auf Basis des BVA 2011 werden die Ertragsanteile der Gemeinden gegenüber dem Jahr 2010 durchschnittlich um acht Prozent steigen. Bei kleinen Gemeinden sollte der Prozentsatz auf Grund der Abflachung des abgestuften Bevölkerungsschlüssels aber sogar noch darüber liegen. Mein Appell an die Gemeinden ist daher, diese Mehreinnahmen auch zu verwenden,

Der Bereich „Pflege“ ist das große Sorgenkind der Kommunen. Hier sind immense Zuwächse zu verzeichnen, und diese Belastungen sind für die Gemeinden alleine zu groß. In welcher Höhe

werden die neu zu schaffenden Landespflegefonds dotiert werden? Und woher sollen die Mittel für diese Fonds kommen?

Auf Grund der demografischen Entwicklung ist in der nächsten Zeit mit einem Anstieg an Pflegebedürftigen zu rechnen. Eine der größten Herausforderungen der österreichischen Gesundheits- und Sozialpolitik ist es daher, die Finanzierung einer qualitativ hochwertigen Pflege und Betreuung in einer alternden Gesellschaft für die Zukunft zu gewährleisten. Derzeit ist die Frage der nachhaltigen Finanzierung der Pflege Gegenstand intensiver Beratungen zwischen Bund und Ländern. Ziel ist, in sachlicher und partnerschaftlicher Abstimmung, eine nachhaltige Lösung der Frage der Pflegefinanzierung herbeizuführen. Ich versichere Ihnen aber, wir



Foto: BMF/Schneider

Derzeit ist die Frage der nachhaltigen Finanzierung der Pflege Gegenstand intensiver Beratungen zwischen Bund und Ländern. Ziel ist, in sachlicher und partnerschaftlicher Abstimmung, eine nachhaltige Lösung der Frage der Pflegefinanzierung herbeizuführen.

arbeiten mit ganzer Kraft daran, die zentralen Herausforderungen für die Zukunft Österreichs zu meistern – dazu gehört zweifellos auch der so wichtige Bereich der Pflege.

Thema Getränkesteuersatz: Wie wird denn die Neuregelung ab 1. Jänner 2011 aussehen?

Die Neuregelung für 2011 sieht eine Verteilung von 90 Prozent des Getränkesteuerausgleichs nach den bisherigen Schlüsseln und die Verteilung der dadurch frei werdenden Anteile nach den Kriterien Einwohnerzahl, abgestufter Bevölkerungsschlüssel und – in den Fremdenverkehrsländern – Nächtigungsstatistik vor. Die Verteilung nach der Nächtigungsstatistik hat den Charme, dass damit der Mehraufwand für Fremdenverkehrsgemeinden auf eine einfach zu vollziehende Art und Weise berücksichtigt werden kann. Sollte es für Gemeinden auf Grund dieser Neuregelung außergewöhnlich hohe Mindereinnahmen geben, werden die Ertragsanteile jedenfalls so weit aufgestockt werden, dass der Getränkesteuerausgleich um nicht mehr als zwei Prozent – und die Ertragsanteile insgesamt jedenfalls nicht – gegenüber dem Jahr 2010 sinken. Ich bin zuversichtlich, dass in den weiteren Gesprächen der Finanzausgleichspartner auch für die längerfristige Neuregelung ab dem Jahr 2012 eine für alle Seiten zufriedenstellende sowie praktikable und zweckmäßige Lösung gefunden wird.

Wie wird die künftige Dotation des Katastrophenfonds aussehen und welche Mittel werden für die Siedlungswasserwirtschaft zur Verfügung stehen? Und wie werden diese Mittel zweckgebunden sein?

Die Bestimmungen über die Dotierung des Katastrophenfonds und die Zweckbindung bleiben unverändert, so dass auch dieser von den erwarteten Steigerungen beim Abgabenaufkommen profitieren wird. Damit sollte der Engpass des vergangenen Jahres überwunden sein. Da außerdem im Jahr 2010 außergewöhnlich hohe Beiträge – vor allem für Schäden im Vermögen der Länder und Gemeinden des

Die Bestimmungen über die Dotierung des Katastrophenfonds und die Zweckbindung bleiben unverändert, so dass auch dieser von den erwarteten Steigerungen beim Abgabenaufkommen profitieren wird.

Vorjahres – zu leisten waren, haben wir im Jahr 2010 von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, die Dotierung zu Lasten des Bundes um bis zu 40 Millionen Euro zu erhöhen.

Damit konnte sichergestellt werden, dass der Prozentsatz von 50 Prozent, mit dem sich der Katastrophenfonds an Schäden der Länder und Gemeinden beteiligt, bestehen bleibt. In der Siedlungswasserwirtschaft beträgt der Zusagerahmen als Ergebnis der Regierungsverhandlungen für die Jahre 2010 und 2011 130 Millionen Euro und für das Jahr 2012 95 Millionen Euro. Damit wird zum einen ein Beitrag zum Konsolidierungsbedarf des Bundes geleistet, zum anderen aber auch darauf reagiert, dass in der Wasserwirtschaft ein Rückgang der Projektansuchen zu verzeichnen ist. An der Zweckbindung der mit dem Finanzausgleichsgesetz 2008 dotierten Mittel ändert sich dadurch jedoch nichts!

Im Budget sind 100 Millionen Euro für die Neuauflage eines thermischen Sanierungspakets vorgesehen. Werden die Gemeinden, die ja immerhin rund 70.000 Gebäude besitzen bzw. verwalten, auch davon profitieren können?

Im Jahr 2011 werden für Maßnahmen zur thermischen Sanierung von Objekten insgesamt 100 Millionen Euro zur Verfügung stehen. Für die Folgejahre 2012 bis 2014 sind Mittel in gleicher Höhe vorgesehen. Dies hat unter anderem positive Auswirkungen auf die Bauwirtschaft, die Sicherung bestehender und Schaffung neuer Arbeitsplätze, die Verbesserung der Wohnqualität der Bevölkerung inklusive nachhaltiger Senkung der Betriebs- und Energiekosten sowie auch für die Erfüllung der klimapolitischen Verpflichtung Österreichs – die Senkung der Treibhausgasemissio-

nen bis 2020 um 16 Prozent. Bei der thermischen Sanierung des Konjunkturpakets II gab es eine 40:60-Verteilung zwischen Betrieben (auch Gemeindebetriebe) und Wohnbau. Die entsprechenden Details der Förderaktion 2011 werden derzeit von den inhaltlich zuständigen Ressortministern – dem Wirtschafts- und dem Lebensministerium – ausgearbeitet.

Laut Pressekonferenz von Prof. Felderer vom Staatsschuldenaussschuss vom 16. Dezember sollen Länder, Gemeinden und öffentliche Unternehmen auf die Erfahrungen der Österreichischen Bundesfinanzierungsagentur zurückgreifen. Wie kann das funktionieren und was würde die Gemeinden das kosten?

Für Länder besteht derzeit die Möglichkeit, Bundesmittel über die Österreichische Bundesfinanzierungsagentur (OeBFA) zu Bundeskonditionen weitergereicht zu bekommen. Voraussetzung ist, dass sie den Bedarf dafür rechtzeitig anmelden. Zudem übernimmt die OeBFA bei öffentlichen Unternehmen, welche mit Bundesgarantie emittieren, die Marktkonformitätsprüfung. Das heißt, die OeBFA prüft, ob die Konditionen der Emission dem Marktniveau entsprechen, bevor das BMF die entsprechende Garantie ausstellt. Auch nutzen einige öffentliche Einheiten den Erfahrungsaustausch mit der OeBFA hinsichtlich IT- und Risikomanagementsystemen.

Für Gemeindefinanzierungen hat die OeBFA aber keine gesetzliche Ermächtigung. Hier müsste zuerst der Bedarf, was die Gemeinden genau brauchen, erhoben werden. Eine verstärkte Interaktion mit den Gemeinden wirft auch Ressourcenthemata auf, da die rund 30 Mitarbeiter der OeBFA 2357 Gemeinden gegenüberstehen würden. Zudem ist die OeBFA auf endfällige Transaktionen mit großen Volumina ausgerichtet, während Gemeinden sich typischerweise anders finanzieren. Welche Kosten

für Gemeinden theoretisch anfallen würden hängt davon ab, welcher Bedarf an welchen Leistungen genau besteht.

Der Verfassungsgerichtshof hat zwar die Einheitswerte für die Bemessungsgrundlage der Grundsteuer mit dem Hinweis „noch“ als verfassungskonform erkannt. Dennoch weist das Grundsteueraufkommen die geringste Dynamik aller Abgaben auf. Gibt es seitens des Finanzministeriums Reformbestrebungen, die Einheitswerte zu aktualisieren?

Nachdem der Verfassungsgerichtshof mit seiner Erkenntnis vom 6. Oktober 2010 die Verfas-

Im Jahr 2011 werden für Maßnahmen zur thermischen Sanierung von Objekten insgesamt 100 Millionen Euro zur Verfügung stehen. Für die Folgejahre 2012 bis 2014 sind Mittel in gleicher Höhe vorgesehen.

sungskonformität der derzeitigen Einheitswerte des Grundvermögens in Verbindung mit der Grundsteuererhebung bestätigt hat, sehe ich keine Veranlassung, hier kostenintensive Reformen durchzuführen. Eine wesentliche Verwaltungsvereinfachung streben wir mit der Heranziehung der Gebäude- und Wohnungsregister-Daten (kurz GWR-Daten) für die Einheitsbewertung von Neubauten an. Eine wichtige Neuerung auf Grund des Budgetbegleitgesetzes 2011 ist, dass die Hauptfeststellung der Einheitswerte aus land- und forstwirtschaftlichen Vermögen auf das Jahr 2015 verschoben wird. Dies ist eine sinnvolle Maßnahme zur Verwaltungsvereinfachung, die sowohl die Bürgerinnen und Bürger als auch die Gemeinden und den Bund nachhaltig entlastet und Verwaltungskosten spart.

Anmerkung:

Die wichtigsten Informationen rund um die Einheitswerte des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens können Sie auf den folgenden Seiten dieser Ausgabe von KOMMUNAL nachlesen.



Ausgehend von den Ergebnissen des Budgetbegleitgesetzes 2011 setzen wir mit der Verschiebung der Hauptfeststellung der Einheitswerte einen weiteren wichtigen Schritt, um Verwaltungskosten zu sparen und sowohl die Bürgerinnen und Bürger als auch die Verwaltung nachhaltig und effektiv zu entlasten. So erfolgt bis zum 31. Dezember 2014 keine generelle Neufeststellung der land- und forstwirtschaftlichen Einheitswerte. Die wichtigsten Informationen rund um die Einheitswerte des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens lesen Sie in dieser Ausgabe von Kommunal.

Eine informative Lektüre wünscht Ihnen
Ihr Josef Pröll
Finanzminister

Budgetbegleitgesetz: Hauptfeststellung der Einheitswerte auf 2015 verschoben

Land- und forstwirtschaftliches Vermögen 2015 neu bewertet

Durch eine Novelle des Bewertungsgesetzes 1955 im Rahmen des Budgetbegleitgesetzes 2011 (BGBl. I Nr. 111/2010) wurde die Hauptfeststellung (Neufeststellung) aller Einheitswerte des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens vom 1. Jänner 2010 auf den 1. Jänner 2015 verschoben (§ 20c BewG 1955).

Josef Wagner

Keine generelle Neufeststellung: Die Verschiebung des Hauptfeststellungszeitpunktes bedeutet, dass die bestehenden land- und forstwirtschaftlichen Einheitswerte weiterhin Gültigkeit haben. Vom zuständigen Lagefinanzamt ist jedoch im Einzelfall auf Grund von Änderungen der bewertungsrechtlich relevanten Grundlagendaten oder von Eigentumsverhältnissen eine Fortschreibung oder eine Nachfeststellung mit Bescheid

vorzunehmen. Diese Verschiebung wurde primär aus verwaltungswirtschaftlichen Gründen und im Hinblick auf die bevor-

stehende grundlegende Reform der Regelungs- und Förderungsmaßnahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union (GAP), die Veränderungen in der Ertragssituation der Landwirtschaft bewirken wird, vorgenommen.

Verschiebung bedeutet Verwaltungskosten sparen

Eine Neufeststellung aller Einheitswerte verursacht aber so-



Die Einheitsbewertung ist ein bewährtes System, das verbindliche Grundlagen für eine Vielzahl von Steuern und Beiträgen liefert. Die Einheitswerte des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens gelten bis 2014 weiter.

Ministerialrat Mag. Johann Adametz ist stellvertretender Leiter der für Einheitsbewertung im Finanzministerium zuständigen Fachabteilung (Abt. IV/5) und Vorsitzender des Bewertungsbeirates für das land- und forstwirtschaftliche Vermögen.



Die Verschiebung der land- und forstwirtschaftlichen Hauptfeststellung ist daher eine sinnvolle Maßnahme zur Verwaltungsvereinfachung, die sowohl die Bürgerinnen und Bürger als auch die Gemeinden und den Bund nachhaltig entlastet und Verwaltungskosten spart.

wohl dem Bund (Finanzämtern) als auch den Gemeinden hohe Verwaltungskosten, da im Rahmen einer Hauptfeststellung für sämtliche wirtschaftliche Einheiten neu ermittelte Einheitswerte und Grundsteuermessbeträge festzustellen sind. Dies bedeutet, dass in der Folge von den Gemeinden sämtliche Grundsteuerbescheide für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe neu zu erlassen sind. Betroffen wären rund 570.000 wirtschaftliche Einheiten des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens. Darüber hinaus wären ohne gesetzliche Maßnahmen für rund 200.000 wirtschaftliche Einheiten auch die Einheitswerte für landwirtschaftliche Wohngebäude (übersteigende Wohnungswerte) nach den Vorschriften für das Grundvermögen neuerlich festzustellen, obwohl sich die diesbezüglichen Regelungen nicht geändert haben. Die Verschiebung der land- und forstwirtschaftlichen Hauptfeststellung ist daher eine sinnvolle Maßnahme zur Verwaltungsvereinfachung, die sowohl die Bürgerinnen und Bürger als auch die Gemeinden und den Bund nachhaltig entlastet und Verwal-



Ministerialrat
DI Josef Wagner ist
im Finanzministerium
in der Abteilung IV/5 für
landwirtschaftliche
Bewertung und
Bodenschätzung
zuständig.

Fact-Box I

Gesetzliche Grundlagen der Einheitsbewertung, Bedeutung und Verfahren

Die wesentlichen gesetzlichen Grundlagen für die Einheitsbewertung bilden

- ▶ das Bewertungsgesetz 1955 (BewG 1955) und
- ▶ das Bodenschätzungsgesetz 1970 (BoSchätzG 1970) einschließlich der maßgeblichen rechtsverbindlichen Kundmachungen im Amtsblatt zur Wiener Zeitung (Betriebszahlen der landwirtschaftlichen Vergleichsbetriebe und Weinbauvergleichslagen, Bewertung von Kleinst-, Klein- und Großwäldern, Hektarsätze für Alpen, Ergebnisse der Einschätzung von Musterstücken der Bodenschätzung) sowie
- ▶ die Bundesabgabenordnung (BAO).

Die Einheitsbewertung hat den Zweck, eine einheitliche verbindliche Bemessungsgrundlage für verschiedene Abgaben und Beiträge festzustellen. Dieses verwaltungsökonomische System hat sich über Jahrzehnte bewährt.

Gleichzeitig mit dem Einheitswertbescheid wird nach den Bestimmungen des Grundsteuergesetzes (GrStG 1955) ein davon abgeleiteter Grundsteuermessbescheid erlassen.

Die land- und forstwirtschaftlichen Einheitswerte oder Grundsteuermessbescheide sind Grundlage bzw. sind maßgebend für

- ▶ Grundsteuer
- ▶ Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben
- ▶ Beiträge zur Unfallversicherung (Zuschlag)
- ▶ Beiträge zum Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen
- ▶ Landwirtschaftskammerumlage
- ▶ Berechnung der Einkünfte nicht buchführender Land- und Forstwirte (Einkommensteuer-Pauschalierungen, EW-Grenzen)

- ▶ Pauschale Beitragsgrundlage bei der Sozialversicherung der Bauern
- ▶ Buchführungspflicht bei land- und forstwirtschaftlichen Betrieben (EW-Grenze nach der BAO)
- ▶ Grunderwerbsteuer bei Betriebsübergaben und unentgeltlichen Erwerben
- ▶ Arbeitslosengeld bei Nebenerwerbslandwirten (EW-Grenze)
- ▶ Höhe der Schul- und Studienbeihilfe
- ▶ Höhe des Kirchenbeitrages nach den Kirchenbeitragsordnungen

Einheitswerte sind in einem gesonderten Verfahren mittels Bescheid festgestellte Werte wirt-

Einheitswerte sind in einem gesonderten Verfahren mittels Bescheid festgestellte Werte wirtschaftlicher Einheiten ...

schaftlicher Einheiten des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens, des Grundvermögens und der wirtschaftlichen Unter-einheit Betriebsgrundstück. Der Spruch von Einheitswertbescheiden enthält folgende Feststellungen:

- ▶ die Art des Bewertungsgegenstandes der wirtschaftlichen Einheit, z. B. Landwirtschaftlicher Betrieb, Gärtnerischer Betrieb, Betriebsgrundstück – Forstwirtschaftlicher Betrieb,
- ▶ den Stichtag für die Wertermittlung,
- ▶ die Höhe des Einheitswertes sowie
- ▶ die Zurechnung (Eigentumsverhältnisse). Bei Miteigentum ist festzuhalten, wie sich der festgestellte Betrag auf die einzelnen Miteigentümer aufteilt.

Fact-Box II

Arten von Fortschreibungen

Zurechnungsfortschreibung:

Eine wirtschaftliche Einheit wird einem neuen Eigentümer steuerlich zugerechnet, zum Beispiel auf Grund einer Betriebsübergabe, eines Kaufes, einer Erbschaft oder Schenkung einer wirtschaftlichen Einheit oder eines (ideellen) Teiles davon. Der Wert und die Art des Bewertungsgegenstandes werden bei der Zurechnungsfortschreibung nicht neu festgestellt.

Wertfortschreibung:

Ein neuer Feststellungsbescheid ergeht, wenn sich durch die Änderung von Bewertungsgrundlagen, wie zum Beispiel Flächenausmaß

heitswertes zu. Diese gesetzliche Regelung dient insbesondere der Verwaltungsökonomie.

Artfortschreibung: Diese Fortschreibung ergeht, wenn sich die Art (Unterart) der wirtschaftlichen Einheit ändert; zum Beispiel ein landwirtschaftlicher Betrieb wird durch Aufforstung der Flächen zu einem forstwirtschaftlichen Betrieb.

Nachfeststellung

Eine Nachfeststellung ist vorzunehmen, wenn nach dem Hauptfeststellungszeitpunkt eine neue wirtschaftliche Einheit



Ein neuer Feststellungsbescheid ergeht, wenn sich der Einheitswert entweder um mehr als fünf Prozent, jedoch mindestens um 200 Euro oder um mehr als 3650 Euro ändert.

durch Zu- oder Verkauf, neue aktuelle Bodenschätzungsergebnisse (Bodenklimazahl), das sind die natürlichen Ertragsbedingungen, oder geänderte wirtschaftliche Ertragsbedingungen (äußere und innere Verkehrslage, Betriebsgröße) der ermittelte Einheitswert entweder um mehr als fünf Prozent, jedoch mindestens um 200 Euro oder um mehr als 3650 Euro ändert. Dies bedeutet, dass bestimmte relative und absolute Wertgrenzen erreicht werden müssen, um einen derartigen Feststellungsbescheid auszulösen. Dies trifft sowohl auf Verminderungen als auch auf Erhöhungen des Ein-

gegründet wird. Dies ist beispielsweise dann der Fall, wenn durch Betriebsteilung und Eigentumsübertragung aus einer wirtschaftlichen Einheit eine weitere wirtschaftliche Einheit entsteht.

Auswirkungen im Bereich der Grundsteuervorschriften:

In den zuvor beschriebenen Fällen sind von den Gemeinden nach den Bestimmungen des Grundsteuergesetzes auf Grundlage der geänderten Grundsteuerermessbescheide (Fortschreibungs- und Nachveranlagungen) neue Grundsteuerbescheide zu erlassen.



Die Weitergeltung der Einheitswerte ist im Hinblick auf die Verwaltungsökonomie sinnvoll und zweckmäßig.

Ministerialrätin Mag. Adelheid Dunst ist im Finanzministerium in der Abteilung IV/5 für Bewertung und Grundsteuer zuständig.

tungskosten spart.

Fortschreibung und Nachfeststellung

Die laufende Führung der Einheitswerte innerhalb einer Hauptfeststellungsperiode erfolgt durch Fortschreibungen und Nachfeststellungen. Ändern sich die Eigentumsverhältnisse oder die bewertungsrechtlich relevanten Grundlagendaten, wie zum Beispiel das Flächenausmaß, die Nutzungsart, die Art des Bewertungsgegenstandes oder entsteht eine neue wirtschaftliche Einheit, so ist dies mit dem nächstfolgenden 1. Jänner bei der Einheitswertermittlung zu berücksichtigen. Jährlich sind davon mehr als zehn Prozent der Einheitswertakten betroffen. Das Bewertungsgesetz sieht diesbezüglich Fortschreibungen (Art-, Wert- und Zurechnungsfortschreibungen) und Nachfeststellungen der betroffenen Einheitswerte vor (§§ 21 und 22 BewG 1955), wobei die Wertverhältnisse des letzten Hauptfeststellungszeitpunktes maßgeblich sind.

Die laufende Führung der Einheitswerte innerhalb einer Hauptfeststellungsperiode erfolgt durch Fortschreibungen und Nachfeststellungen.

Jetzt anmelden: Im Februar geht www.gemeindetag.at online!



Foto: Internet/Kitzbühel Tourismus

Kitzbühel hat viel mehr als den Winter und die Streif, als die Tenne und den Hahnenkamm. Im Sommer ist Kitzbühel ein herrliches Stück Tiroler Alpen mit einer atemberaubenden Landschaft.

58. Österreichischer Gemeindetag, 9. und 10. Juni 2011, Tirol

Kitzbühel im Sommer und 2000 Bürgermeister

Wie jeder Gemeindetag beginnt die Arbeit für den Bundesvorstand des Österreichischen Gemeindebundes bereits am **Mittwoch, 8. Juni 2011**, einen Tag vor Eintreffen der Delegierten. Vormittags finden Fraktionssitzungen statt, nachmittags die Bundesvorstandssitzung. Am **Donnerstag, 9. Juni 2011**, findet um 11.30 Uhr die feierliche Eröffnung des 58. Österreichischen Gemeindetages am Stadtplatz Kitzbühel mit Eröffnungsfest statt. Die Eröffnung erfolgt traditionell durch Bgm. Helmut **Mödlhammer**, den Präsidenten des Österreichischen Gemeindebundes, Bgm. Mag. Ernst **Schöpf**, Präsident des Tiroler Gemeindeverbandes,

und durch Kitzbühels Bgm.

Dr. Klaus **Winkler**.

Um 14.00 Uhr finden eine Fachtagung zu den Themen „Pflege“ und „Freiwilligenarbeit“ mit Impulsreferat – Bundesminister Rudolf **Hundstorfer** hat zugesagt – und Podiumsdiskussion statt. Um 19.00 Uhr Gala-Abend mit Unterhaltung und Abendessen.

Der Gemeindetag

Die Festveranstaltung 58. Österreichischer Gemeindetag beginnt am **Freitag, 10. Juni 2011** um 9.00 Uhr mit einem Platzkonzert der Musikkapelle Kitzbühel und einem landesüblichen Empfang des Herrn Bundespräsidenten mit Schützen. Zwi-

Wie gewohnt wird es auf der Homepage www.gemeindetag.at eine Online-Registrierung geben. Die Homepage wird ab Anfang Februar freigeschalten.

schen 9.30 und 12.00 Uhr findet die Haupttagung statt. Begrüßen werden Helmut Mödlhammer, Bgm. Dr. Klaus Winkler, Tirols LH Günther **Platter** und Bundespräsident Dr. Heinz **Fischer**. Für das Hauptreferat wurde Bundeskanzler Werner **Faymann** angefragt.

In Kürze gibt es mehr auf www.gemeindebund.at

Stand: Anfang Jänner 2011

2011, das europäische Jahr der Freiwilligen

Vereinsarbeit gehört belohnt und vor den Vorhang

2011 ist das europäische Jahr der Freiwilligen. In Österreich werden von den Freiwilligen jede Woche rund 15 Millionen Arbeitsstunden unentgeltlich geleistet.

Tag für Tag setzen sich Frauen und Männer ehrenamtlich im humanitären, sozialen, kulturellen, politischen, sportlichen und im Umweltbereich in vorbildlicher Weise ein. Für Innenministerin Dr. Maria Fekter als „Vereinsministerin“ ist Freiwilligenengagement ein besonders wichtiger Beitrag für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Diese Arbeit bietet den Menschen, die sie leisten, Sinnerfüllung und Selbstverwirklichung. Das gilt im besonderen Maße für die Jugend und für ältere Menschen, die sich schon im Ruhestand befinden. Freiwilligenarbeit trägt wesentlich zur gesellschaftlichen Wertschöpfung bei und stärkt den sozialen Frieden. Freiwilligenarbeit ist heute viel professioneller geworden. Hinter ihr stehen Organisationen, die den Vergleich mit Professionellen nicht zu scheuen brauchen. Es geht in dieser Sparte schon lange nicht mehr um Improvisation, denn sowohl Ausbildung



Es geht in dieser Sparte schon lange nicht mehr um Improvisation, denn sowohl Ausbildung als auch Ausrüstung sind auf Topniveau.

lenken, die 365 Tage im Jahr rund um die Uhr im Rahmen des Zivil- und Katastrophenschutzes für uns alle bereit stehen, um zu helfen und zu retten, wo immer es notwendig ist. Der Zivilschutz und die Katastrophenhilfe sind zwar behördlich zu organisieren, aber in der Praxis von den in jeder Gemeinde einsatzbereit zur Verfügung stehenden Hilfs- und

Rettungsorganisationen zu tragen“, betont Fekter. Das Verlangen der Bevölkerung nach Sicherheit ist angesichts der großen Katastrophenereignisse der letzten Jahre gestiegen. Fekter: „Umso erfreulicher ist es daher, dass wir gerade in Österreich – und das zeichnet uns tatsächlich von vielen anderen europäischen Staaten aus – immer mehr Menschen motivieren können, einen aktiven Beitrag zum Schutz ihrer Mitmenschen zu leisten.“

Es sind vor allem die Gemeinden, die durch die Besorgung

der örtlichen Feuer- und Gefahrenpolizei sowie des örtlichen Rettungswesens die Masse unserer Ressourcen im Katastrophenmanagement beisteuern und so die solide Basis des Katastrophenschutzes bilden. Es sind die freiwilligen Einsatzorganisationen und deren Mitglieder, die die Vielzahl der Einsatzkräfte stellen, die unser System gerade bei der Bekämpfung der Naturkatastrophen so effizient machen. Dieses Zusammenwirken, das sich von der Gemeindeebene bis auf die Ebene des staatlichen Krisen- und Katastrophenschutzmanagements fortsetzt, ist das Rückgrat unseres Katastrophenschutzes.

Das Innenministerium ist die zentrale Servicestelle für alle Vereinsfragen und bietet rasche, unbürokratische und kompetente Unterstützung an. 2011 wird das Innenministerium eine Reihe von Konferenzen, Workshops, Fachtagungen und Studien für das Vereinswesen in Österreich anbieten. Ziel ist es, die Rahmenbedingungen für Vereins- und Freiwilligentätigkeit zu verbessern und die zahlreichen Kooperationen mit dem BMI auszubauen und zu intensivieren. Dadurch soll die öffentliche Anerkennung der Freiwilligenarbeit, die in vielfältiger Weise in den rund 116.500 Vereinen in Österreich erbracht wird, betont und gesteigert werden. Denn die Vereinsarbeit gehört vor den Vorhang geholt und muss auch anerkannt werden!

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Innenressorts stehen für Vereinsanliegen unter der Telefonnummer 01/531 26-3031 (Mo. bis Fr. von 9.00 bis 15.00 Uhr) oder unter vereinservice@bmi.gv.at gerne zur Verfügung. Weitere Informationen zum Thema Vereine finden Sie auch unter www.bmi.gv.at/vereinswesen



Ich möchte das Augenmerk gerne auf jene Organisationen lenken, die 365 Tage im Jahr rund um die Uhr für uns alle bereit stehen.

Innenministerin Dr. Maria Fekter

als auch Ausrüstung sind auf Topniveau.

Die Betätigungsfelder dieser Organisationen sind vielfältig und groß. „Als Innenministerin möchte ich aber das Augenmerk gerne auf jene Organisationen

Bedeutung und Nutzen des Audit *familienfreundlichegemeinde* 2011

Warum ein europäisches Jahr der Freiwilligentätigkeit?

Vieles in den Gemeinden wäre ohne die Mitwirkung tausender freiwilliger Helferinnen und Helfer nicht möglich. Auch das Audit *familienfreundlichegemeinde* könnte sich ohne diese Menschen nicht in dieser Form entfalten.

Die Bedeutung des „Jahres der Freiwilligen“ liegt in der Anerkennung der „Freiwilligentätigkeit als Beitrag zum wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt“. Die Mitgliedstaaten, lokale und regionale Behörden sowie die Zivilgesellschaft erhalten Unterstützung bei

- ▶ der Schaffung günstiger Rahmenbedingungen für Freiwilligentätigkeit,
- ▶ der Stärkung der Organisationen zur Verbesserung der Qualität der Freiwilligentätigkeit,
- ▶ der Anerkennung von Freiwilligentätigkeiten und
- ▶ der Sensibilisierung für den Wert und die Bedeutung von Freiwilligentätigkeit.

Nähere Informationen, u. a. auch über Fördermöglichkeiten, erfahren Sie unter der Webseite www.freiwilligenweb.at

Welchen Stellenwert hat die Freiwilligentätigkeit in der Gemeinde?

Ehrenamtlich und freiwillig geleistete Arbeit spielt in den Gemeinden eine Schlüsselrolle für gelebte Solidarität, für die Verbundenheit der Generationen, für Kultur und interkulturellen Dialog, für Hilfe und Dienstleistung, für Katastropheneinsatz und ...

Was trägt das Audit *familienfreundlichegemeinde* zur Stärkung der Freiwilligentätigkeit in der Gemeinde bei?



Ehrenamtlich und freiwillig geleistete Arbeit spielt in den Gemeinden eine Schlüsselrolle für gelebte Solidarität, für die Verbundenheit der Generationen und vieles mehr.

Das Audit *familienfreundlichegemeinde* ist in diesem Sinne ein wertvolles Instrument, da es alle Generationen und Freiwilligenorganisationen der Gemeinde erfasst und einbezieht, um gemeinsam den Stand der Dinge zu erheben und die Zukunft bedarfsgerecht zu gestalten.

Die vielen, unbezahlbaren Stunden des ehrenamtlichen Engagements werden im Rahmen der Audit-Dokumentation „öffentlich“ gemacht, und mit der Zertifizierung der Gemeinde und ihrer Bürger/innen wird ein

sichtbares Zeichen der Anerkennung nach innen und außen gesetzt.

Das Audit *familienfreundlichegemeinde* bietet sich als geeignetes Evaluierungskonzept an, um das beträchtliche Ausmaß an Freiwilligenarbeit vor Ort zu dokumentieren, visualisieren, stützen und stärken.

Frauen erbringen, bezogen auf die wöchentlichen Arbeitsstunden, 64 Prozent (4,4 Stunden) mehr informelle Freiwilligenarbeit (nicht in Vereinen stattfindende Freiwilligenarbeit) als Männer mit 2,7 Wochenstunden bzw. 36 Prozent. Insgesamt verteilt sich das Volumen von Freiwilligenarbeit zu 53 Prozent auf Männer und 47 Prozent auf Frauen (1. Freiwilligenbericht, BMSAK, S. 97, Abbildung 55). Wir haben daher im Rahmen des Audit *familienfreundlichegemeinde* bewusst die Schwerpunkte Öffentlichkeit & Anerkennung des Ehrenamtes und die Leistungen der Frauen in der Gemeinde als Schwerpunkte einer zweitägigen Fachtagung im Mai in Kärnten gewählt.

Audittermine 2011 im Überblick

1. Auditseminar in Linz	14. Februar
2. Auditseminar in Eisenstadt	16. März
3. Auditseminar in St. Pölten	4. April
Bürgermeister/innenkonferenz Netzwerktreffen Auditgemeinden, Fachtagung und 4. Auditseminar Pörtlach/Wörthersee	13./14. Mai
5. Auditseminar in Graz	20. Juni
6. Auditseminar in Vorarlberg und Tirol, Innsbruck	15. September
Zertifikatsverleihung	Ende September

Information

Familie & Beruf
Management GmbH



Ansprechpartnerinnen:
Heike Trammer
heike.trammer@familieundberuf.at



Tel.: 01/218 50 70
Web: www.familieundberuf.at

Österreichischer
Gemeindebund

Tel.: 01/512 14 80-20
Ansprechpartnerin:
Mag. Anna Nödl-Ellenbogen
anna.noedl-ellenbogen@gemeindebund.gv.at
Web: www.gemeindebund.at

Schwarzarbeit: Rückgang nach der Krise

Eine Million Österreicher pfuschen

Rund eine Million Österreicher pfuschen. Das heißt, sie sind sogenannte Nebenwerbepfuschen, die in ihrer Freizeit schwarzarbeiten. Immerhin 100.000 bis 200.000 Personen sind Vollzeitpfuschen, meistens Arbeitslose, Frühpensionisten oder illegale Ausländer, so Professor Friedrich Schneider von der Johannes-Kepler-Universität Linz. Mit dem Einsetzen des Aufschwungs gehe die Schwarzarbeit aber wieder zurück. Nach dem Anstieg im Krisenjahr 2009 um 2,9 Prozent auf 20,50 Milliarden Euro nahm die dunkle Seite der Wirtschaft 2010 um 1,22 Prozent auf 20,25

Milliarden ab und wird heute geringfügig auf 20,2 Milliarden (minus 0,25 Prozent) oder 8,01 Prozent des offiziellen BIP sinken. Grund für den Rückgang sei der Wirtschaftsaufschwung und damit verbunden die Entspannung am Arbeitsmarkt. Mit der besseren Beschäftigungslage bleibe weniger Zeit für Schwarzarbeit. Außerdem müssen immer weniger Personen Einkommensverluste durch Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit mit illegaler Arbeit wettmachen. Der Druck, schwarz zu arbeiten, lasse im Aufschwung nach, so Schneider. Am meisten gefpuscht wird



Die meiste Schwarzarbeit gibt es traditionell im Baugewerbe.

traditionell am Bau und im Baunebengewerbe. 7,676 Milliarden Euro, die in Österreich 2011 schwarz erwirtschaftet werden, kommen aus den Bereichen Baugewerbe und dem Handwerk inklusive Reparaturen. Regional ist die

Schattenwirtschaft in Österreich am bedeutendsten in Wien mit einem Volumen von 5,57 Milliarden, gefolgt von Oberösterreich mit 3,37 Milliarden und Niederösterreich mit 3,27 Milliarden Euro.

Oö. Landespreis für Umwelt und Natur: 30 Preisträger ausgezeichnet

Vom Naturparadies bis zur Kläranlage

Ende November 2010 verliehen LH Josef Pühringer, LR Rudi Anschober und Naturschutzlandesrat Manfred Haimbuchner 30mal den Landespreis für Umwelt und Natur bei einem feierlichen Festakt im Linzer Schlossmuseum. „Die prämierten Projekte zeichnen

sich durch überdurchschnittliches Engagement, Innovation und Kreativität im Umwelt- und Naturschutz aus“, so die Politiker unisono. Gemeinsam mit DI Wolfgang Rescheneder, dem Leiter der Oö. Akademie für Umwelt und Natur, überreichten sie auf der Bühne

die Urkunden. Projekte einreichen konnten Gemeinden, Betriebe, Schulen und Bildungseinrichtungen, Vereine und Gruppen sowie Einzelpersonen. Zusätzlich gab es Preise in der Sonderkategorie „Erhaltung der biologischen Vielfalt“. In der Sonderkategorie befand die unabhängige Jury beispielsweise ein Projekt der Welser Kieswerke Treul für preiswürdig, wo das Sandabbaugebiet Prambachkirchen dank zahlreicher Renaturierungsmaßnahmen auf dem besten Weg ist, ein Naturparadies zu werden. Die Preisträgerinnen und Preisträger freuen sich über Urkunden und insgesamt 30.000 Euro Preisgeld. Das vollständige Preisträgerverzeichnis 2010 ist abrufbar unter www.umweltakademie.at

Energie: Neue Region

Ein Ziel für acht Gemeinden

Die Energieregion „Vorderwald“ ist ein Zusammenschluss der acht Vorarlberger Gemeinden Doren, Hittisau, Krumbach, Langenegg, Lingenau, Riefensberg, Sibratsgfall und Sulzberg mit dem Ziel, gemeinsam den Weg in eine zukunftsfähige Klima- und Energiepolitik zu gehen. Dazu wurde für die nächsten zwei Jahre ein umfangreiches Maßnahmenpaket geschnürt. Die regionale Energiebeauftragte Monika Forster koordiniert die Aktivitäten zu Energieeffizienz, vermehrtem Einsatz von erneuerbarer Energie, umweltfreundlicher Mobilität und zur Bewusstseinsbildung. Unterstützt wird das Projekt vom Klima- und Energiefonds.



Landeshauptmann Josef Pühringer verleiht den oö. Landespreis für Umwelt und Natur 2010.

Innovation: Outdoor-Internet-Terminal

Das Gipfelbuch hat ausgedient ...

Fünf Partnerunternehmen des Mechatronik-Clusters haben einen wetterfesten, bedienerfreundlichen Outdoor-Internet-Information- und Werbeterminal entwickelt. Eingesetzt werden kann dieser bei Gemeindeämtern, Tourismusverbänden oder etwa bei Sehenswürdigkeiten, gibt Öö. Wirtschafts-Landesrat Viktor Sigl bekannt. Indoor-Internet-Terminals gibt es schon länger. Auch



Österreichs erster wetterfester Internet-Terminal.

Outdoor-Information-Terminals sind keine Seltenheit mehr. Aber die Kombination Internetzugang und wetterfestes Outdoorgerät erschließt neue Anwendungsmöglichkeiten. Friedrich Neussl, Projektkoordinator,

berichtet: „Interessant sind die Terminals auch für Hotels, Banken oder Schulen, überall, wo Wartezeiten für Kundinnen und Kunden unvermeidbar sind.“ Mehr auf www.land-oberoesterreich.gv.at

Foto: Neussl GmbH

NÖ: Unbürokratisch

Zu laut: Sirene verlegt

Die Feuerwehrsirene in der Mühlhofstraße in Krems-Rehberg hatte für heftige Beschwerden gesorgt. Als unbürokratische Lösung wurde die Sirene probeweise am Seilerweg aufgestellt. Nach der ersten Testphase zeigen sich alle Beteiligten zufrieden. Und da der neue Standort auch die Möglichkeit einer Notstromversorgung hat, kann die Aktion als Beispiel einer unbürokratischen Lösung gelten.

aws: Investitionen steigen

Kleinkredite

Die Förderbank Austria Wirtschaftsservice GmbH (aws) registriert deutliche Anzeichen für eine zunehmende Investitionstätigkeit heimischer Unternehmen. Vor allem kleinere Firmen nützen derzeit die Möglichkeit, ihren Betrieb mit den günstigen ERP-Kleinkrediten zwischen 10.000 und 100.000 Euro fit zu machen.

Europäische Union: Neues Programm

E-Government-Aktionsplan

Die Europäische Kommission hat mit dem E-Government-Aktionsplan ein ehrgeiziges Programm vorgestellt, um die E-Government-Services der Mitgliedstaaten auszuweiten und deren Nutzung zu verbessern. Der Aktionsplan enthält 40 konkrete Maßnahmen für die nächsten fünf Jahre, mit denen die Bürger und Unternehmen in die Lage versetzt werden sollen, Online-Dienstleistungen in Anspruch zu nehmen. Dabei geht es beispielsweise um

die Gründung eines Unternehmens, die Beantragung von Sozialversicherungs- und Gesundheitsleistungen oder die Einschreibung an Universitäten. Kommissarin Neelie Kroes, die zuständige Vizepräsidentin der EU-Kommission, erklärte: „Dieser E-Government-Aktionsplan wird den Behörden helfen, durch Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien bessere Dienstleistungen zu niedrigeren Kosten zu erbringen.“

Neue Online-Jobbörse

Jobs für Behinderte

Menschen mit Behinderungen sind in vielen Bereichen einsetzbar und stellen für Firmen und Behörden ein großes und bisher nicht optimal genutztes Potenzial dar. Das Projekt Career Moves unterstützt die große Zahl an Jobsuchern mit körperlichen Einschränkungen (Bewegung, Gehör, Sehen). www.careermoves.at

Förderung: 5000 Euro für Homepage

Gemeinden gehen jetzt online

Mit einer Förderaktion will der LEADER-Verein Nordburgenland plus seinen Mitgliedern auf die Sprünge helfen. Jede Gemeinde, die eine Homepage gestaltet, wird finanziell unterstützt. „Und das sind in den Bezirken Mattersburg, Neusiedl und Eisenstadt immerhin 69 Mitgliedsgemeinden“, so Vereinsobmann Christian Il-

Neue Bekanntheit

Vinzenz has gone facebook

Seit 1. Jänner 2011, pünktlich zu seinem 24.ten Geburtstag, hat „Blechpolizist“ Vinzenz eine eigene Facebook-Präsenz bekommen. Mittlerweile versieht Vinzenz bereits in vierter Generation seinen Dienst. Autofahrer reagieren auf ihn als Warnsignal besser als auf herkömmliche Geschwindigkeitsbeschränkungen und -anzeigen. In einer Vielzahl österreichischer Gemeinden ist Vinzenz aus dem Straßenbild nicht mehr wegzudenken. Kein Wunder also, dass er jetzt auch im Internet seine Aufgaben wahrnimmt. Neben allgemeinen Sicherheitsratschlägen setzt sich Vinzenz besonders für das Thema Kindersicherheit im Straßenverkehr ein. Unterstützen Sie ihn und setzen Sie ein Zeichen, indem Sie Vinzenz zu Ihrer Freundesliste hinzufügen.

www.facebook.com/polizist.vinzenz



ledits. Konkret gibt es 5000 Euro pro Gemeinde, die sich an der Aktion beteiligt.



„e“ wie entscheidend, erneuerbar, Energie, Entwicklung, Erfolg

Der E-Faktor

Saubere Luft und Ruhe sind ein knappes Gut geworden, besonders in städtischen Ballungszentren, vor allem aber auch in Kommunen, die mit starkem Durchzugsverkehr konfrontiert sind. Eine der Ursachen ist der Individualverkehr. Mobilität wird als ein Grundrecht des Menschen begriffen. Eine Mobilität, die bislang nahezu beängstigend vom Rohstoff Öl abhängt. Die Tatsache, dass das Öl quasi auf den Straßen verbrannt wird und dabei auch noch massiv die Umwelt belastet, lässt uns branchenübergreifend fieberhaft nach Lösungen forschen. Eine Lösung dafür bietet die Elektromobilität. Elektrofahrzeuge sind mindestens dreifach so energieeffizient unterwegs wie Fahrzeuge



Siemens ist vor Monaten ins elektromobile Zeitalter gestartet ...

mit Verbrennungsmotoren. Durch den Betrieb von E-Mobilen werden nicht nur CO₂-Emissionen reduziert. Es ist die E-Mobilität, die zum Erreichen der Klimaschutz-Ziele einen beachtlichen Beitrag leisten kann: Bis 2020 soll der Anteil der erneuerbaren Energien um ein Fünftel erhöht werden und die CO₂-Emissionen um 20 Prozent reduziert. Der gleiche Prozentsatz steht ebenso als Ziel der

Erhöhung der Energieeffizienz. Bis 2020 wird mit etwa 210.000 Elektrofahrzeugen auf Österreichs Straßen gerechnet.

Über Austrian Mobile Power

Neben Siemens, Magna und VERBUND arbeiten im Rahmen von Austrian Mobile Power die wesentlichen österreichischen Technologieunternehmen zusam-

men, um die Basis für eine rasche Umsetzung der Elektromobilität in Österreich zu schaffen. Die Plattform ist als Verein organisiert und umfasst Spitzenrepräsentanten aus den Bereichen Fahrzeugentwicklung, Systementwicklung und Infrastruktur.

Information

Siemens Energy Sector

Dr. Peter Tschulik
Tel.: 051707/29092
E-Mail: peter.tschulik@siemens.com
Web: www.siemens.at/elektromobilitaet

Austrian Mobile Power,
Mag. Gerlinde Gänsdorfer
Tel.: 051707 33783
Mobil: 0664 80117 33783
E-Mail: gerlinde.gaensdorfer@austrian-mobile-power.at
Web: www.austrian-mobile-power.at

E.E.



WHERE THE NEW EUROPE IS BUILT.
24 – 26 MAY 2011, MESSE WIEN, VIENNA

WWW.REALVIENNA.COM

REAL VIENNA

THE REAL ESTATE AND INVESTMENT FAIR FOCUSED ON CENTRAL & EASTERN EUROPE

REGISTER
NOW

REAL VIENNA – where the real estate industry meets

Die **REAL VIENNA** ist DIE Plattform für Geschäfte und Networking bei branchen- und länderübergreifenden Projekten, Investitionen und Finanzierungen mit Fokus auf Zentral- und Osteuropa. Sie bringt die führenden Developer und Entscheidungsträger aus allen relevanten Immobilienbereichen sowie Vertreter der wichtigsten Städte und Regionen aus Zentral- und Osteuropa zusammen.

Stellen Sie Ihr Unternehmen ins Rampenlicht, laden Sie gezielt Interessenten und potentielle Partner ein. Führen Sie Gespräche in angenehmer Atmosphäre; Mehrwert durch ein umfangreiches Rahmenprogramm und Networking auf höchstem Niveau inklusive!

REAL VIENNA 2011 – Ihr unverzichtbarer CEE-Immobilientreffpunkt

- ✓ Sie treffen Delegationen und Abordnungen von Hauptstädten und Metropolen sowie führende Developer und Entscheidungsträger
- ✓ Sie sprechen mit potenziellen Investoren/ Fonds sowie Mietern die nach geeigneten Projekten suchen
- ✓ Sie profitieren von der hohen Qualität der Fachbesucher
- ✓ Sie partizipieren an erstklassigen „Property Talks“ und side events

WWW.REALVIENNA.COM

Investitionen in den Klimaschutz machen sich mehrfach bezahlt

Belebt Wirtschaft und bringt Jobs

Im KOMMUNAL-Interview betont Umweltminister Niki Berlakovich die Bedeutung der klimafreundlichen Mobilität und lobt die Gemeinden für deren vorbildliche Wirkung bei Klimaschutz generell.

Herr Umweltminister, die Klimakonferenz in Cancun zeigt, dass es Bewegung beim Klimaschutz gibt, und laut jüngstem Treibhausgasbericht können wir national einen sinkenden Trend bei den Emissionen verzeichnen. Was können Gemeinden – speziell im Verkehrsbereich – für den Klimaschutz tun?

Berlakovich: Die Devise im Klimaschutz heißt „think global, act local“. Hier sind besonders unsere Gemeinden gefragt. Der Verkehrssektor emittiert die meisten Treibhausgase, das hat die aktuelle Treibhausgasbilanz bestätigt. Durch den Einsatz der Biokraftstoffe, der NOVA-Spreizung und dem Engagement des Lebensministeriums können zwar einen gewissen Rückgang verzeichnen, darauf können wir uns aber nicht ausruhen. Wir

Wir unterstützen unsere engagierten Gemeinden mit verschiedensten Programmen und Förderungen über klima:aktiv mobil.

unterstützen mit Förderprogrammen und unserem klima:aktiv-Programm die Zusammenarbeit mit Gemeinden bei der Umstellung des Fuhrparks auf alternative Antriebe, der Einrichtung von Gemeindebusse und Mobilitätszentralen, der Radverkehrsförderung und bei der Bewusstseinsbildung zu einer spritsparenden Fahrweise.



Foto: BMLFUW/Strasser

Umweltminister Niki Berlakovich

185 klima:aktiv mobil-Gemeindeprojekte sparen mit Ihren Maßnahmen bereits 85.000 Tonnen CO₂ jährlich ein.

Investitionen in den Klimaschutz kosten Geld. Ist Umweltschutz angesichts der prekären Finanzsituation vieler Gemeinden nicht Luxus oder gibt es eine finanzielle Unterstützung?

Klimaschutzmaßnahmen sind eine finanzielle Herausforderung, aber sie bringen auch viel, denn diese Investitionen haben Mehrfacheffekte: sie beleben die Wirtschaft und schaffen Green Jobs. Darüber hinaus helfen sie, Geld zu sparen. So kann mit Spritspartrainings der Verbrauch um bis zu zehn Prozent reduziert werden. Wir unterstützen unsere engagierten Gemeinden

Mein Ziel ist es, bis 2020 250.000 Elektrofahrzeuge auf Österreichs Straßen zu bringen und damit 430.000 Tonnen CO₂ zu sparen.

mit verschiedensten Programmen und Förderungen über klima:aktiv mobil. Insgesamt hat das Lebensministerium in den letzten Jahren 39 Millionen Euro bereitgestellt und damit Investitionen von 240 Millionen ausgelöst, 2700 Green Jobs geschaffen und die Lebensqualität der BürgerInnen in den Gemeinden erhöht.

Elektromobilität ist ein Schlagwort für die Mobilität der Zukunft. Es gibt bereits erfolgreiche Modellregionen. Wie soll es österreichweit in den kommenden Jahren weitergehen? Wie viele E-Autos sollen fahren, wie viele Stromtankstellen sind geplant?

Mein Ziel ist es, bis 2020 250.000 Elektrofahrzeuge auf Österreichs Straßen zu bringen und damit 430.000 Tonnen CO₂ zu sparen. Die Modellregionen spielen dabei eine ganz wesentliche Rolle und sind wichtige Schrittmacher auf diesem Weg. Die aktuelle Treibhausgasbilanz weist aus, dass wir zwar einen großen Schritt näher zum Kioto-Ziel gemacht haben, aber noch viel zu tun ist. Gerade im Verkehrssektor kann durch mehr Elektromobilität eine positive Entwicklung erreicht und damit viel Geld gespart werden. Wir haben in Österreich genug Strompotenzial aus erneuerbarer Energie, um diese angestrebten 250.000 Elektrofahrzeuge zu versorgen. Beim Stromtankstellennetz ist realistisch, dass es bis 2020 4000 öffentlichen Ladestationen gibt. Dafür brauchen wir ein Investitionsvolumen von 150 Millionen Euro. Demgegenüber stehen aber für die Volkswirtschaft positive Nettoeffekte von 300 Millionen Euro und die Schaffung und Sicherung von tausenden Green Jobs. Das zeigt deutlich, dass aktiver Klimaschutz ein ganz wesentlicher wirtschaftlicher, aber auch arbeitsmarktpolitischer Faktor der Zukunft ist.

Österreichs Gemeinden sind beispielgebend

Klimaschonende Mobilität: Es führt kein Weg daran vorbei!

Gemeinden spielen eine entscheidende Rolle im Klimaschutz. Gerade im Verkehrsbereich können mit teils einfachen Mitteln viele grundlegende Klimaschutzmaßnahmen gesetzt werden. KOMMUNAL holt die Gemeinden vor den Vorhang, die sich als besonders vorbildhaft erwiesen haben, und stellt einige der Erfolgsmodelle vor.

Schnuppertickets und mehr in Ottensheim

Seit Jänner 2007 gibt es in der oberösterreichischen Gemeinde Ottensheim das Schnupperticket für Bus und Bahn. Das Schnupperticket ist eine übertragbare Verkehrsverbund-Monatskarte, die von der Gemeinde gekauft wird und dann von den Gemeindegewerbetreibenden im Gemeindeamt tageweise um einen Euro entliehen werden kann. Mit dem Schnupperticket können die Ottensheimer BürgerInnen den Bus und die Bahn zwischen Ottensheim und Linz und alle öffentlichen Verkehrsmittel im Linzer Stadtgebiet um nur einen Euro nutzen.

Foto: Gemeinde Ottensheim



Wir bemühen uns sehr, die meisten Wege mit den öffentlichen Verkehrsmitteln durchzuführen.

Ulrike Böker, Bürgermeisterin von Ottensheim

Ziel dieses Angebots ist es, das Ausprobieren des öffentlichen Verkehrs auch für AutonutzerInnen attraktiv zu machen und neue Fahrgäste für Bus und Bahn zu gewinnen. Anfangs wurde mit drei Monatsstreckenkarten begonnen, mittlerweile wurde auf fünf ÖV-Tickets aufgestockt. Vom Start weg wurde dieses neue BürgerInnen-Service



Foto: Gemeinde Ottensheim

Fundräder und Haltestellen werden in Ottensheim in den Gemeindefarben gestrichen.

gut angenommen. Die durchschnittliche Kartenauslastung liegt bei 85 Prozent, an zwei Drittel der Tage sind alle Karten vergeben. Besonders am Wochenende ist die Nachfrage nach den Schnuppertickets groß.

Bürgermeisterin Ulrike Böker: „Wir wollen Impulse zu einem ressourcenschonenden Umgang mit den Gütern dieser Erde setzen und dabei selbst Vorbild sein. Viele Gemeindegewerbetreibenden, aber auch politische VertreterInnen nutzen das Fahrrad für die kurzen Alltagswege. Wir bemühen uns auch sehr, die meisten weiteren Wege mit den öffentlichen Verkehrsmitteln durchzuführen. Die Menschen im Arbeitskreis Klimabündnis und in der Energiewerkstatt setzen hier wichtige Aktivitäten!“

Erfolgreiche Gemeindebusse in der Neusiedlersee-Region

In den burgenländischen Neu-

siedlersee-Gemeinden Purbach, Breitenbrunn und Mörbisch am See wurde 2006 ein innovatives Gemeindebusssystem erfolgreich eingeführt. Die Umsetzung dieses Systems – der sogenannten „GMOA-Busse“ – erfolgte als Teil des von den Ministerien für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, dem für Verkehr, Innovation und Technologie und dem für Wirtschaft und Arbeit sowie vom Land Burgenland initiierten und finanzierten österreichisch-ungarisch-slowakischen Schirmprojektes „Nachhaltig umweltfreundlicher Verkehr und Tourismus in sensiblen Gebieten – Region Neusiedler See/Fertő-tó“ und wurde durch die Gemeinschaftsinitiative INTERREG des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) gefördert. Informationen unter www.sensiblegebiete.at

Die Gemeindebusse verkehren weitgehend frei von zeitlichen und räumlichen Bindungen (also ohne fixe Fahrpläne und Hal-



Foto: Stadtgemeinde Purbach

Der GMOA-Bus hat sich innerhalb kürzester Zeit zu einer fixen Einrichtung der Stadtgemeinde Purbach und in vielen Familien zu einem festen Bestandteil des täglichen Lebens entwickelt.

Ing. Richard Hermann,
Bürgermeister von Purbach



Gegenseitige Rücksichtnahme im Straßenverkehr ist in Bischofshofen ein wichtiges Thema.

testellen). Für den Fahrgast bedeutet das, dass er – nach einer telefonischen Voranmeldung – von der Haustür abgeholt und direkt bis ans Ziel transportiert wird. Die Anmeldezeit ist dabei in der Regel kurz (zehn bis 15 Minuten) und damit sehr kundenfreundlich. Außerhalb der Betriebszeiten kann der Gemeindebus bei speziellen Anlässen nach Bedarf eingesetzt werden. Der Bus erreicht einen Kostendeckungsgrad (Betriebskosten) von über 38 Prozent. In Purbach wurden vier Halbtagsarbeitsplätze geschaffen. Ein in allen drei Gemeinden einheitliches Marketingkonzept sorgt für einen hohen Bekanntheitsgrad der Gemeindebusse. Bürgermeister Ing. Richard Hermann: „Der GMOA-Bus hat sich innerhalb kürzester Zeit zu einer fixen Einrichtung der Stadtgemeinde Purbach und in vielen Familien zu einem festen Bestandteil des täglichen Lebens entwickelt. Die Anzahl der verkauften Fahrkarten und der täglich beförderten Personen zeigen, dass die im Rahmen der Projektumsetzung genannten Schlagwörter wie erhöhte Mobilität und Steigerung der Lebensqualität keine leeren Wortmeldungen sind. Die Gemeinde Purbach ist sich ihrer Verantwortung im Bereich Klimaschutz bewusst und leistet mit dieser Einrichtung einen Beitrag zur Reduktion des Schadstoffausstoßes.“

Partnerschaftliche Verkehrslösungen in Bischofshofen

Die Verkehrsströme in der Innenstadt von Bischofshofen

wurden in den vergangenen Jahren neu geregelt. Voraussetzung für die Neugestaltung waren der Bau einer Ortskernumfahrung und die Umgestaltung des Bahnhofes. Die Durchzugsstraße wurde in eine Parallelstraße entlang der Bahnstrecke verlegt. Das Zentrum wurde baulich attraktiv gestaltet. In der Innenstadt entstand eine verkehrsberuhigte Zone mit breiten Gehbereichen und einer Einbahnregelung. Zudem wurden städtebauliche Akzente gesetzt und ein Parkhaus in unmittelbarer Nähe des Zentrums errichtet. Dadurch konnte eine Begegnungszone in der Innenstadt entstehen, die auch zu Fuß bequem erreicht werden kann. Nahezu flächendeckend wurde im Zentralraum von Bischofshofen Tempo 30 verordnet. Auch das Angebot der öffentlichen Verkehrsmittel ist attraktiv gestaltet. Der Citybus fährt im 30-Minuten-Takt und wird sehr gut angenommen. Um vor allem älteren Menschen den Weg zum höher gelegenen Friedhof zu erleichtern, startet einmal täglich ein Zubringerdienst vom Bahnhof aus. Mit der Einrichtung von Kreisverkehren wurde die Sicherheit auf der Durchzugsstraße wesentlich erhöht. „Gegenseitige Rücksichtnahme im Straßenverkehr ist in Bischofshofen ein wichtiges Thema. Daher wurden in den vergangenen Jahren zahlreiche Maßnahmen – von der flächendeckenden Verordnung von Tempo 30 bis hin zu attraktiven

Angeboten im öffentlichen Verkehr – gesetzt. Die modernen Verkehrslösungen erhöhen die Attraktivität des Ortes und die Lebensqualität. Die neuen Regelungen haben sich bisher sehr gut bewährt. Diese erfordern allerdings auch ein Umdenken. Voraussetzung ist ein partnerschaftliches Verhalten aller VerkehrsteilnehmerInnen. Um ein entsprechendes Bewusstsein zu schaffen, wurde und wird die Umsetzung der Maßnahmen daher von einer intensiven Öffentlichkeitsarbeit begleitet. Mit diesen zukunftsweisenden Entscheidungen hat die Gemeindevertretung von Bischofshofen einen weiteren wichtigen Schritt in Richtung Wohlfühlgemeinde ermöglicht. Das geplante Radverkehrs-

Die modernen Verkehrslösungen erhöhen die Attraktivität des Ortes und die Lebensqualität.

Jakob Rohrmoser, Bürgermeister von Bischofshofen



Foto: Atelier Wolf

konzept wird zudem wichtige Impulse und Perspektiven für dieses umweltfreundliche Verkehrsmittel bringen.“

KOMMUNAL wird in den kommenden Ausgaben weitere Beispiele klimafreundlicher Mobilität vorstellen.

Weitere Infos

klima:aktiv mobil Dachmanagement – Österreichische Energieagentur
DI Willy Raimund
Mariahilfer Str. 136
1150 Wien
klimaaktivmobil@energyagency.at
Links für weitere Informationen:
www.klimaaktivmobil.at
www.radfahren.klimaaktiv.at
www.spritspar.at

Oberösterreich setzt auf den kommunalen Online-Formularservice amtsweg.gv.at

1100 Gemeinden haben Zugriff auf hunderte Formulare

Dank einer Kooperation der RIS GmbH und der Gemdat Oberösterreich mit IT-Kommunal, Betreiber von „amtsweg.gv.at“, dem führenden österreichischen E-Government-Service für kommunalspezifische Onlineformulare, wird die bewährte Formularlösung künftig auch allen oberösterreichischen Gemeinden angeboten.

Gemeinsam wird überdies am Aufbau einer standardisierten, an den Bedarf der Gemeinden angepassten „Oberösterreich-Formularsammlung“ gearbeitet, welche schon in Kürze zur Verfügung stehen soll. Bundeslandformularsammlungen stehen auch bereits in Niederösterreich, in der Steiermark und in Kärnten zur Verfügung.



Für Kunden der RIS GmbH, Marktführer bei kommunalem Content-Management mit dem Produkt „RIS Kommunal“, welches von rund 1100 Gemeinden genutzt wird, werden die E-Formulare von amtsweg.gv.at künftig „out of the box“, also direkt aus dem Redaktionssystem heraus, zur Verfügung stehen. Damit können die RIS-Kunden auf rund 100 standardisierte kommunale Formulare und mehr als 350 Formularblöcke zugreifen. Der mit dem Amtsmanager der WKO prämierte Formularservice „amtsweg.gv.at“ ist im Rahmen eines interkommunalen Kooperationsprojekts mehrerer Städte und Gemeinden mit Unterstützung



durch den Österreichischen Städtebund entstanden. Ein wesentliches Merkmal von amtsweg.gv.at ist, dass jede teilnehmende Gemeinde oder Region die zur Verfügung gestellten Standardformulare beliebig anpassen und mit den bestehenden Formularblöcken und -feldern eine unlimitierte Anzahl weiterer Formulare umsetzen kann.

Im Rahmen einer Nutzungsvereinbarung mit der Gemdat Oberösterreich oder auch direkt mit IT-Kommunal kann jede Gemeinde innerhalb der Bundesland-Formularsammlung kostengünstig E-For-

mulare in ihrem offiziellen Layout umsetzen. Darüber hinaus erhält sie ein oder mehrere Antragspostfächer zur elektronischen Übermittlung der Antragsdaten. Auf Knopfdruck können auch die E-Anträge von help.gv.at, dem Amtshelfer des Bundes, in das Antragspostfach von amtsweg.gv.at umgeleitet werden, womit das Abrufen weiterer Postfächer für E-Formulare entfällt.

Über eine bundesweit standardisierte Schnittstelle können die elektronisch vorliegenden Antragsdaten überdies von beliebigen Systemen der Gemeinde abgeholt und direkt weiter verarbeitet werden.

Künftig werden aus den Onlineformularen auf Knopfdruck auch optisch ansprechende Papierformulare generiert werden können. Damit ist eine stärkere Einheitlichkeit im Formularwesen gewährleistet, da aktuell Online- und Papierformulare häufig stark voneinander abweichen.

Geplant ist weiters eine „Formularmappe“, mit der ein Basisformular sowie weitere ergänzende Formulare zur Verfügung stehen. Der Vorteil liegt darin, dass Daten (z. B. die Angaben zur Person des Bauwerbers) im Basisformular nur einmal eingegeben und im weiteren Verfahren nicht immer wieder von Neuem erfasst werden müssen.

Ein wesentliches Merkmal von amtsweg.gv.at ist, dass jede teilnehmende Gemeinde oder Region die zur Verfügung gestellten Standardformulare beliebig anpassen ... kann.



Information

www.it-kommunal.at/
amtsweg-gv.at
 RiS GmbH
 Ing.-Kaplan-Gasse 1,
 A-4400 Steyr
 Tel.: 07252/861 8610
 Fax: 07252/861 8633
 E-Mail: office@ris.at
 Web: www.ris.at

„Real Vienna“ hat wichtige Impulsfunktion - Vorbereitungen für sechste Ausgabe im Mai 2011

An die 7.000 Teilnehmer und 50.000 Kontakte

Vom 24. bis 26. Mai 2011 geht die bereits sechste Edition der „Real Vienna“ in der Messe Wien über die Bühne. „Wir haben die Messe analysiert und das Ergebnis war ein deutliches Votum der Branche für die Veranstaltung in ihrer bisherigen Form“, berichtet DI Matthias Limbeck, Geschäftsführer von Reed Exhibitions Messe Wien. „Das ist insofern nicht überraschend, als sich die Markterholung, von der wir für 2011 ausgehen, bereits bei der diesjährigen ‚Real Vienna‘ abgezeichnet hat.“ Die 2006 erstmals organisierte internationale Fachmesse für Gewerbe- und Industrieimmobilien mit besonderem Schwerpunkt auf die Länder in den CEE/SEE-Regionen (Zentral-, Südost- und Osteuropa) stellt all-

Foto: Reed Exhibitions Messe Wien



DI Matthias Limbeck, Geschäftsführer Reed Messe Wien.

jährlich mit einem klassischen Ausstellungsbereich, einem umfangreichen Fach- und Rahmenprogramm und mit topaktuellen Themenschwerpunkten die neuesten Entwicklungen und Trends

in der Immobilienbranche dar. An der „Real Vienna 2010“ nahmen 220 Aussteller und 6.822 Participants teil. Insgesamt wurden bei der Veranstaltung mehr als 50.000 erfolgreiche Kontaktab-

handlungen generiert.

Für den kleineren Messeauftritt

Für Unternehmen, die mit geringem Aufwand Präsenz bei der „Real Vienna“ zeigen wollen, hält Reed Exhibitions ein spezielles Einsteiger-Offert bereit: den „Property Circle“. Dabei handelt es sich um einen 80 Quadratmeter großen Gemeinschaftsmessestand für rund zehn Aussteller.

Information

„Real Vienna“, Fachmesse für Industrie- und Gewerbeimmobilien mit Fokus auf die CEE-Regionen 24. bis 26. Mai 2011, Messe Wien
www.realvienna.at

E.F.



Der neue Bramac MONTERO
Schau: So hart und rau!



Montero Gewinnspiel:
Jetzt mitmachen und ein neues Bramac MONTE RO Dach gewinnen!* Mehr dazu bei Ihrem Bramac Dachdecker oder Fachhändler.

Österreichs Klima ist rau – der Montero kontert mit Härte: An seiner rauen Oberfläche bleibt Schnee erst haften und schmilzt dann langsam ab. Die schwere Schneelast trägt er mit Leichtigkeit – er ist um die Hälfte härter als die Norm! Der Bramac Montero bietet den Protector 5-fach Schutz und zeigt ein sehr sympathisches symmetrisches Profil. Und zwar gleich in 5 ansprechenden Farben! *Machen Sie mit und gewinnen Sie bis zu 2.000,- € beim Einkauf des neuen Bramac MONTERO! Weitere Informationen erhalten Sie bei Ihrem Bramac Dachdecker, Fachhändler oder unter www.bramac.at

SAG' BRAMAC ZUM DACH. **BRAMAC**

Strategische Planung bei der Instandhaltung von öffentlichen Gebäuden

Verfallen die Gemeindeämter?

So gut wie nirgends liegen detaillierte Aussagen über die Anzahl und die Ausmaße der Objekte, Bestandsalter, Erhaltungszustand, Restlebensdauer, Anzahl und Umfang bisher durchgeführter Zu-, Um- und Erweiterungsbauten, Sanierungen und laufenden Instandhaltungsmaßnahmen vor.

Während die Ausgaben und Belastungen für die Kommunen ständig ansteigen, sinken die Einnahmen und Ausgleichszahlungen. Dazu kommt ein ins Alter gekommener Immobilienbestand, für dessen Erhalt keine finanziellen Mittel vorhanden sind. KOMMUNAL zeigt auf, dass der allgemeine Zustand öffentlicher Bestandsobjekte oft als desaströs zu bezeichnen ist.

Dies ist kein singuläres Phänomen eines bestimmten Bundeslandes, sondern vielmehr ein sich europaweit abzeichnender Immobilientrend, wie auch der Bericht von Wüst & Partner, Zürich, aktuell darlegt – Der Unterhalt von vielen Immobilien lässt zu wünschen übrig, sie wurden jahrzehntelang vernachlässigt und bedürfen dringend einer Instandsetzung, Sanierung oder Umnutzung.¹

Politische und finanzielle Situation

Allein das zweitgrößte Bundesland Österreichs, die Steiermark, verwaltet und betreibt rund 4500 Hochbauobjekte mit unterschiedlichsten Funktionen (Gemeindeämter, Schulen, Kindergärten, Feuerwehrhäuser u. dgl.). Detaillierte Aussagen über die Anzahl und die Ausmaße (z. B.: Flächen, Rauminhalte) der Objekte, das Bestandsalter, den Erhaltungszustand und die zu erwartende technische und wirtschaftliche Restlebensdauer, die Anzahl und den Umfang bisher durchgeführter Zu-, Um- und Erweiterungsbauten, Sanierungen und laufenden Instandhaltungsmaßnahmen sowie den kurz- bis langfristigen baulichen Bedarf, den Wert und über die laufenden Kosten aller kommunaler Hochbauobjekte – also die wesentlichen In-

halte eines Objektmanagements – liegen jedoch nicht vor.²

Um nun dieses Defizit zu beseitigen und Bewusstseinsbildung für notwendige Reformen zu schaffen, erarbeitet die in der Landesregierung dafür zuständigen Stellen Strategiepapiere, die in den Leitbildern der Landes Steiermark einfließen.

Leitbilder

Die Steiermark war das erste Bundesland in Österreich, das das Thema Bauen in baupolitische Leitsätze zusammengefasst hat. Diese Leitsätze sind nicht nur ein Leitbild und ein Handlungsleitfaden für die steirische Politik und Verwaltung, sondern sollen auch als Ratgeber für diverse Fragestellungen, die sich mit dem Thema Bauen beschäftigen, dienen.

Der Begriff der Baukultur wird in diesem Fall als „Herstellung von und der Umgang mit gestalteter Umwelt“³ verstanden und umfasst nicht nur die Architektur, sondern alles Gebaute mit samt den dazwischen liegenden Freiräumen. Sie unterliegt dabei einem ständigen und permanenten Prozess. Baukultur umfasst aber auch einen „verantwortungsvollen und ressourcenschonenden Einsatz von Grund und Boden sowie von Rohstoffen und Energie“⁴ und muss interdisziplinär und gesamtheit-

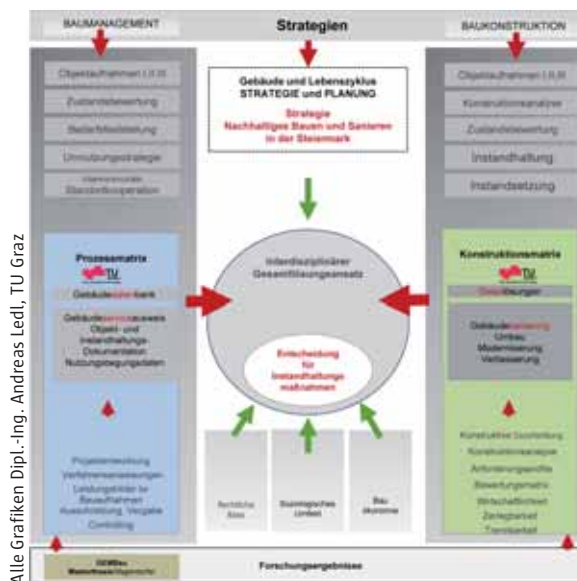
lich wahrgenommen werden. Nach einigen Initiativen seitens der EU sowie nationalen Bestrebungen, kam es zu einer Entwicklung von konkreten Handlungsweisen auf Landesebene. Dabei entscheidende Begriffe sind etwa Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit. In der Steiermark wurde dabei im Rahmen diverser Projekte das Thema „Nachhaltiges Bauen und Sanieren“ erarbeitet und behandelt. Diese Strategie, die von der steirischen Landesregierung im März 2006 beschlossen wurde, soll die Visionen der Steiermark für eine nachhaltige Baukultur vermitteln und legt gleichzeitig Maßnahmenpakete vor, wie diese Visionen und Ziele Schritt für Schritt bis zum Jahr 2015 umgesetzt werden können.

Der Stand der Dinge

Immer komplexer werden die Aufgaben der Kommunen, die sich in den Projekten widerspiegeln. Die Gemeinde – als selbstständig sich verwaltende politische Einheit mit eigenem und übertragendem Wirkungsbereich – ist ohne äußere Hilfe selten in der Lage, die gestellten Bauaufgaben zu bewältigen. Den Problemen der Instandhaltung stehen mittlerweile auch schon unzyklische, in ständiger Veränderung befindliche kommunal- und landespolitische Einflüsse gegenüber. Längerfristige konzipierte Lösungen sind derzeit nur punktuell und in besonderen Anlässen finanzierbar, was bedeutet, dass nach der Strategie des kompletten Ausfalles gehandelt wird. Dies bringt nun für die Kommunen als Eigentümer der Objekte aber auch die steigende Gefahr der Haftungsansprüche durch Schäden an Personen, die durch unsachgemäße oder fehlende Instandhaltung ausgelöst werden. Hierzu gibt es bereits obergerichtliche Entscheidungen. Der Liegenschaftseigentümer hat dafür zu sorgen, daß die baulichen Anlagen in gutem Zustand erhalten werden.⁵ Bei oberflächlicher Betrachtung liegt die Vermutung nahe, dass die Einhaltung aller für die Gebäude bestehenden öffentlich-rechtlichen Bestimmungen, (z. B.



Grundlegender Ansatz: Die dargestellten Abläufe in den Handlungsfeldern werden zwar ansatzweise durchgespielt, Kompetenz in den sachlichen Notwendigkeiten ist strukturell vorhanden, was aber fehlt, ist ein landesweites, von allen Beteiligten getragenes Instandhaltungsprogramm.



Alle Grafiken Dipl.-Ing. Andreas Ledl, TU Graz

Vernetzung von Arbeitsgebieten, Entscheidungsebenen und Prozessfeldern. Die dargestellte notwendige Vernetzung zwischen dem Baumanagement und der Hochbaukonstruktion führte zur Zusammenarbeit zweier Institute der Technischen Universität Graz.

Bauvorschriften) im Falle eines Schadens bereits eine ausreichende haftungsrechtliche Absicherung stellen. Der Haftungsmaßstab richtet sich jedoch nach dem jeweiligen Stand der Technik.⁶

... jeder Eigentümer eines Hauses verpflichtet, alle Gänge, Treppen und Teile des Hause, die zu dessen ordnungsgemäßer Benützung erforderlich sind, in einem für den Dritten verkehrssicheren und gefahrlosen Zustand zu erhalten hat.⁷

Dieses betrifft nun im Besonderen Kindergärten und Schulen, die im Verwaltungsbereich der Kommunen liegen und für die der Bürgermeister haftungsrechtlich die Verantwortung übernimmt. Mangelnde Instand-

haltung und fehlende Dokumentation der Wartung bringt den Leiter der Kommune immer öfter in Beweisnotstand.

Abseits bestehender Schuldverhältnisse ist die Haftung des Liegenschaftseigentümers gegenüber Formen der deliktischen Haftung ebenfalls insoweit verschärft, als auch im Rahmen der sogenannten Verkehrssicherungspflicht des Liegenschaftseigentümers hinsichtlich des Verschuldens eine Beweislastumkehr vorgesehen ist. Der Liegenschaftseigentümer hat im Falle eines eingetretenen Schadens zu belegen, dass er alle notwendigen und zumutbaren Vorkehrungen zur Abwendung der Gefahr getroffen hat.⁸

► **Grundlegender Ansatz:** Zur Einleitung der erforderlichen Veränderungsprozesse und dem notwendigen Zusammenwirken verschiedenster Dienststellen müssen auf Sphären- wie auf Sachebene Rahmenbedingungen definiert werden. Drei dieser Bedingungen, die sich aufeinander beziehen, wären ein Problembewusstsein, eine Phasen- und Prozessorientierung, sowie die Projektkultur als Grundlage der Kommunikation und des Konfliktmanagements.⁹

► **Lösungsansatz:** Um die Probleme und daraus resultierende Aufgaben überhaupt ausreichend und greifbar definieren zu können, bedarf es zuallererst einer flächendeckenden Objektdatenbank, um die notwendigen Maßnahmen erfassen, eingrenzen und darstellen zu können. Auf diese Datenbank aufbauend steht ein strukturiertes Instandhaltungs- und Instandsetzungsprogramm mit Entscheidungshilfen für die Entwicklung auf Gemeinde- und Regionalebene. Dazu eine Planungs- und Beratungsleistung durch Projektsteuerer als Prozessbegleitung und eventuell notwendiger Mediation im Rahmen eines Servicepaketes des Landes.

Objektaufnahme und Zustandserhebung

Als ein Ergebnis der Ausarbeitung von „Leitlinien für die Instandhaltung – Bestandserhal-

tung vor Neubau“ entstanden zur Koordination und Qualitätssicherung Abläufe als zusammenhängender und durchgängiger Teil des Gesamtprozesses „Instandhaltung – Aufnahme und Bewertung“, der es ermöglicht, die Notwendigkeiten effizient zu organisieren und zielorientiert zu steuern. Auf Basis der Ergebnisse aus den Objektaufnahmen und Auswertungen der Daten sollen gezielt Bewertungen der Hochbaukonstruktionen möglich werden, die in einer wirtschaftlichen Betrachtung die Grundlagen für die strategischen Entscheidungen der Kommunen darstellen. Als Grundlage werden Objektstammdaten erhoben, um einen ersten Überblick über die Anzahl der Gebäude, geordnet nach Verwendung, zu gewinnen (Objektaufnahme I). Dies sollte im einfachsten Falle von den Kommunen selbstständig getätigt werden. Mit einer Objektbegehung und augenscheinlichen Aufnahme von weiteren Daten (Objektaufnahme II) entsteht ein aussagekräftigeres Bild und die Möglichkeit, (dringliche) Maßnahmen zu benennen. Bei dieser Begehung, unter Beziehung des fachkundigen Bestands der Bezirksbauleitung, werden akute Instandsetzungs- und Verbesserungsmaßnahmen aufgenommen. Daraus abgeleitet entsteht der Maßnahmenplan 1, bezogen auf Brandschutzmaßnahmen bzw. Gefahr im Verzug, in dem unverzüglich zu tätigen Handlungen festgelegt werden. Darauf folgt die Zusammenstellung und Aufbereitung der Aufnahmen und der notwendigen Maßnahmen für eine weitere Entscheidung. Dies beinhaltet eine erste Zustandsbewertung mit Akutmaßnahmen, der Beschreibung und Empfehlung weiterer, vertiefender Objektdatenaufnahmen sowie einer Einschätzung der Entwicklungs- und Verwertungsmöglichkeit des Objektes in seiner jetzigen Form. Mit diesen ersten Einschätzungen werden nun auf einer ersten kommunalen Entscheidungsebene, mit fachlicher Unterstützung, die weiteren Schritte besprochen. Die Entscheidung für eine einfache Instandsetzung oder ei-

nen Betrieb bis zum Ausfall mit Neubau hin, richtet sich nun nach den übergeordneten regionalen und überregionalen Instandhaltungsinteressen. Für die vertiefte Aufnahme, die auch eine intensive Betrachtung und Bewertung der Tragfähigkeit und des statischen Gebäudezustandes umfasst, ist eine Reihe von weiteren Leistungen notwendig. Diese können z. B. bei der Öffnung von Gebäudeteilen oder Grabungen zur Feststellung von Gebäudeabdichtung oder Leitungsführungen notwendig werden, die im einzelnen definiert und mit Leistungsbeschreibungen benannt werden müssen.

Objektvergleich – Bewertungsmatrix

Aus der Notwendigkeit heraus, die bestehenden Ressourcen im Sinne der „Strategie Nachhaltiges Bauen und Sanieren in der Steiermark¹⁰⁴“ geplanter und zielgerichteter nutzen zu können, entstand die Bestrebung, einzelne Gemeinden in Form von Kleinregionen kooperieren zu lassen. Dies bedeutet auch, bei Bedarf von Räumen und Flächen nicht sofort an einen Neubau zu denken, sondern die bestehenden Objekte auf die Möglichkeit ihrer Funktionsanpassung bzw. Flächennutzung hin zu untersuchen. Im Besonderen trifft es diejenigen Gebäude, deren Erhaltung für Kleingemeinden nicht mehr finanzierbar ist und die in einem übergeordneten, regionalen System zusammenge-

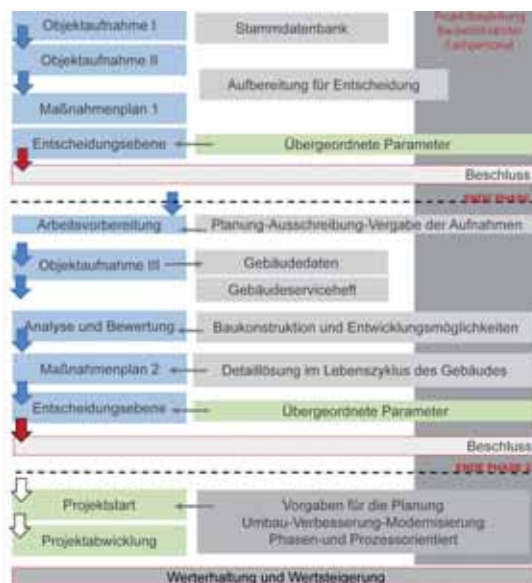
legt werden könnten. Um nun die Auswahl der Objekte, die für eine strategische Weiterentwicklung in Frage kommen könnten, nachvollziehbar darzustellen, wurde eine Bewertungsmatrix entwickelt. Diese Matrix umfasst derzeit ca. 80 einzelne Parameter und läuft als begleitender Versuch in einem realen regionalen Entwick-

Die Gemeinde ... ist ohne äußere Hilfe selten in der Lage, die gestellten Bauaufgaben zu bewältigen.

lungsprozess. Betrachtet werden unter anderem Grundstück und Lage, Infrastruktur und Gebäude, Erweiterbarkeit, Sanierbarkeit und dergleichen.

Resümee

Die bestehenden Organisationsstrukturen für Regionalentwicklungen auf politischer und wirtschaftlicher Ebene unterstützen die temporäre Instandhaltung ohne geplante Strategien der Bewirtschaftung öffentlicher Gebäude auf Landesebene. Ansätze einer Vorschau auf Instandhaltungskosten – nach Beurteilung von Zustand und Alter der Bauteile eines Objekts – zur Findung von Entwicklungsszenarien sind de facto nicht vorhanden. Überhastete Eingriffe und Adhoc-Entscheidungen sind keine geeigneten Lösungen und verschleiern nur kurzfristig das Kernproblem. Die Gemeinde – als selbstständig sich verwaltende politische Einheit mit eigenem und übertragenem Wirkungskreis – ist ohne äußere Hilfe selten in der Lage, die gestellten Bauaufgaben zu bewältigen. Um die „Strategien für die Zukunft“ umsetzen zu können und um die Durchgängigkeit bei strategischen Entscheidungen von der Landesverwaltung über die Bezirksbehörden bis zur Gemeinde hin sicherzustellen, erfordert es einheitliche und landesweit gültige Leitlinien mit konkreten Prozessstrukturen, Handlungsabläufen und nachvollziehbaren Entscheidungsmatrizen. Eine dieser Aufgaben ist die

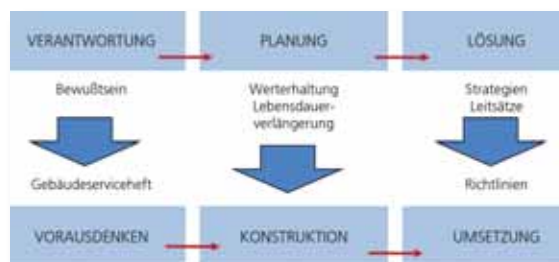


Schematische Darstellung des Workflows.

flächendeckende Erhebung und Bewertung für eine eventuelle Zusammenlegbarkeit von Gebäuden und Funktionen in Kleinregionen, um die Bestandsobjekte besser nutzen zu können. Diese Überlegungen können aber auch bis zum Auflösen von Liegenschaften (Vermietung – Verkauf – Baufreimachung) gehen, um das Budget der Kommunen zu stabilisieren und Ausgaben zu vermeiden.

Mit einem Handlungskorsett, das sich an die Leitlinien und Strategien anschließt, diese erweitert, können die Kommunen Investitionsentscheidungen bewusster und gesteuerter treffen. Die Prozesse und Entscheidungen sind transparent darstellbar und so für die beteiligten Bürger verständlicher.

Ziel dieser dringend notwendigen Reform der Abläufe und Verhaltensmuster ist es, im Rahmen interdisziplinärer Zusammenarbeit aller Beteiligten und im Rahmen eines landesweit einheitlich strukturierten Programms zur Erhaltung, Sanie-



Verantwortung und Umsetzung schematisch dargestellt.

rung und Neuplanung von Gemeindehochbauten die Nutzung der Objekte zu optimieren. Entscheidend für die Durchführung mit der notwendigen gebührenden Aufmerksamkeit und Bearbeitungsintensität ist aber auch die kommunenseitige Willenserklärung für eine auskömmliche Vergütung der Berater, Planer und Projektbegleiter. Nachhaltigkeit als Begriff, im Sinne von langfristig wirksam, bedeutet auch einen längerfristig gedachten Prozess, denn nur ein solcher kann schlussendlich auch zu Veränderungen im Denken der Bevölkerung (Nutzer) und eine Veränderung in der Nutzung und Instandhaltung bewirken.

- 1 Wüest & Partner, Zürich, Immo-Monitoring 2010/2, Immobilienbusiness Mai 2010, Seite 53
- 2 Ing. Wagendorfer, Robert : PM BAU Abschlussarbeiten-Selbstbeschreibung, Baukulturreport, 2007, Graz
- 3 Baupolitische Leitsätze des Landes Steiermark, Landesbaudirektion, Graz 2009
- 4 Baupolitische Leitsätze des Landes Steiermark, Landesbaudirektion, Graz 2009
- 5 Entscheidung OGH 13.7.1994, Ob 179/99y,
- 6 Kothbauer, Christoph OIZ 10/08, Wien, Seite 25
- 7 Entscheidung OGH 21.4.1998, 110s 35/98
- 8 Kothbauer, Christoph OIZ 10/08, Wien, Seite 26
- 9 Schille, Heinz und Wagendorfer, Robert: Netzwerk Bau Nr. 06-006, Graz 2006
- 10 Land Steiermark: Planungsleitlinien zur Umsetzung der Strategie Nachhaltiges Bauen und Sanieren in der Steiermark Teil 1 Projektentwicklung, 2008, Graz

Dieser Beitrag stellt einen Auszug aus der Dissertation von Dipl.-Ing. Andreas Ledl an der Technischen Universität Graz – Institut für Baubetrieb und Bauwirtschaft dar.
E-Mail: andreas.ledl@TUGraz.at
Tel.: 0316/873 6254



www.hyponoe.at

WIR FINANZIEREN AUTOS. UND DIE STRASSEN, AUF DENEN SIE FAHREN.

Als Spezialist für Finanzierungen der öffentlichen Hand bietet die **HYPO NOE GRUPPE** maßgeschneiderte und individuelle Lösungen. Der ganzheitliche Ansatz für öffentliche Auftraggeber beginnt bei einer umfassenden Bedarfsanalyse mit kompetenter Beratung und reicht bis zur **professionellen Abwicklung inklusive zuverlässiger Projektrealisation**.

Über effektive Finanzierungskonzepte aus einer Hand – für die öffentliche Hand – informiert Sie der Leiter Public Finance & Corporates Austria, DI Wolfgang Viehauser, unter +43(0)5 90 910-1551, wolfgang.viehauser@hyponoe.at



**HYPO NOE
GRUPPE**

Wohnbau und Gebäudesanierung als Wirtschafts- und Klima-Turbo

Grüne fordern Unterstützung der Regierung für Gemeinden

Bei einer gemeinsamen Pressekonferenz von Dr. Wolfgang Amann und Dr. Gabriela Moser, Abgeordnete zum Nationalrat von den Grünen, wurde festgehalten, dass die derzeitige Lage im Bereich der Wohnbau-sanierungsförderung nur äußerst unzureichend geregelt ist.

„Während die Heizölpreise stetig steigen und für den Einzelnen die Betriebskosten immer höher werden, stottert die Förderung der thermischen Sanierung“, erklärte Abg. z. NR Dr. Gabriela Moser einleitend. Der Sanierungsscheck der Regierung sei dabei nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Die Sanierung alter Gebäude hätte einen vielseitigen Nutzen. Derweil könnte die Sanierung, wie Moser beschreibt, als „Joker für die Wirtschaft verwendet werden, der zusätzlich Ersparnisse für Private bringt.“ Würden die Forderungen der Grünen umgesetzt, könnte sich ein durchschnittlicher Haushalt rund 40 Euro im Monat an Heizkosten ersparen. Unterstützung für die Forderungen bekam sie von Wohnbau-Experte FH-Doz. Dr. Wolfgang Amann, der eine Studie zu diesem Thema erstellte. „Trotz vielfältiger Möglichkeiten und einer großen Bandbreite an Möglichkeiten bei der thermischen Sanierung stockt der Gesetzgeber bei der Umsetzung“, so Amann. Die derzeitige Energiestrategie sei zwar ein Schritt in die richtige Richtung, doch die Themen

Im Grunde sind nahezu 100 Prozent der Gemeindegebäude sanierungsbedürftig. Vor allem die Hallenbäder der 70er- oder 80er-Jahre sind reine „Energieschleudern“ und müssten dringend modernisiert werden.

Dr. Wolfgang Amann, Institut für Immobilien, Bauen und Wohnen GmbH

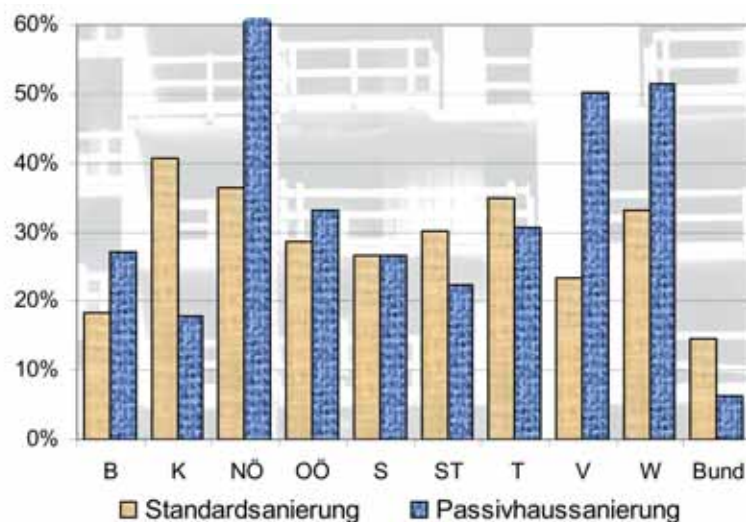
seien wenig innovativ und nicht am Stand der Diskussion. Die zur Zeit vorherrschende Sanierungsrate in Österreich liegt bei rund einem Prozent. „Benötigt würde aber eine Quote von rund drei Prozent. Dazu sei geschlos-

senes Handeln notwendig und die richtige Förderung von Seiten des Staates“, so Amann. Bei vielen Details, wie zum Beispiel einer Lüftungsanlage bei einem Passivhaus, sei rechtlich nicht erfasst, ob sie förderungsfähig sind oder nicht. Dieser Zustand führt zu Komplikationen und Verwirrung derer, die in diesem Bereich etwas umsetzen wollen.

Kommunale Gebäude mit hohem Sanierungsbedarf

Moser hob den Sanierungsbedarf bei kommunalen Gebäuden hervor. „Leider ist der besonders hoch, denn es obliegt der Möglichkeiten eines Bürgermeisters, ob ein Gemeindegebäude saniert wird oder nicht“, so die Abgeordnete. Aufgrund der engen finanziellen Lage der Kommunen schaut es gerade im Bezug auf Sanierung eher schlecht aus. Sie forderte eine Unterstützung von Seiten der Regierung. Auch Doz. Amann wies darauf hin, dass im Grunde „nahezu 100 Prozent der Gemeindegebäude“ sanierungsbedürftig seien. Ein Beispiel seien für Amann die öffentlichen Hallenbäder aus den 70er- oder 80er-Jahren, diese seien reine „Energieschleudern“ und müssten dringend modernisiert werden. Mit geringem Aufwand könnten beispielsweise Kindergärten oder Gemeindeämter thermisch wesentlich verbessert werden. So könnten die laufenden Kosten niedrig gehalten und zusätzlich Arbeitsplätze geschaffen werden.

Barwerte der Förderung umfassender energetischer Sanierungen und Sanierungen im Passivhausstandard (Stand: April 2009)



Berechnung der Förderbarwerte siehe Amann/Weiler (2009), die Förderung des Bundes ist additiv einsetzbar

Quelle: Länderförderungsstellen, Lebensministerium, IBIW

Julya Pollak

Gut gedämmt ist doppelt gespart – nachhaltig saniert am besten

Bramac haucht neues Leben in alte Dächer

Im Zuge einer Dachsanierung gilt es zunächst, sämtliche Wärmebrücken so gut wie möglich zu schließen. Ein besonders innovatives Beispiel dafür liefert Bramac mit DivoDämm. Basis dafür ist ein kompakter diffusionsfähiger Hochleistungs-Dämmstoff, der Wärmeverluste bis zu 75 Prozent reduzieren kann. Wertvolle Dienste in Sachen Energieeffizienz leisten auch Vordeckbahnen, die Wärmestrahlung reflektieren. So spart man doppelt Energie: Im Winter fürs Heizen und im Sommer fürs Kühlen. Ein Dach, das zukunftsfähig sein will, schützt nicht nur die Bewohner, sondern idealerweise auch unser Klima: Im direkten Vergleich der beliebtesten Bedachungsmaterialien empfiehlt sich der Dachstein als besonders



Eine Investition in das Projekt „Neu-Dach“ macht sich in vielen Fällen rasch bezahlt.

klimafreundliche Wahl. Sein CO₂-Fußabdruck fällt um bis zu 60 Prozent kleiner aus als jener von anderen verbreiteten Eindachungen. Das jüngste Beispiel für eine Oberflächentechnologie, die dem Dach eine völlig neue Zusatzfunktion ermöglicht, liefert der Bramac Classic AirCare. Durch eine spezielle Beschichtung wirkt dieser Dachstein wie ein Katalysator. Schädliche Stickoxide

aus der Luft werden mit Hilfe von Sonnenstrahlen zu harmlosem Nitrat umgewandelt und mit dem Regenwasser vom Dach gespült. Laut Untersuchungen ist ein derartiges Dach mit einer Fläche von 200 m² in der Lage, jene Menge von Stickstoffen zu zersetzen, die ein Pkw durchschnittlich auf 17.000 Kilometer erzeugt.

In Zeiten des Klimawandels

ist mit der Zunahme extremer Unwetter zu rechnen. Wer dabei auf Nummer Sicher gehen will, findet bei Bramac eine breite Dachstein-Palette mit hervorragenden Festigkeitswerten. Der neue Bramac Montero übertrifft die geforderte Festigkeit der strengen Materialnorm noch einmal um 50 Prozent.

Information

BRAMAC Dachsysteme
International GmbH
Bramacstraße 9
3380 Pöchlarn
Tel.: 02757/4010 DW 326
Fax: 02757/4010 DW 207
E-Mail: evelyn.uebl@bramac.com
Web: www.bramac.com

EL

Das Komplett-Paket für Bauherren.

Bauprojekte sind komplexe Herausforderungen. Von der professionellen Planung für größtmögliche Effizienz über die Auswahl der richtigen Professionisten bis hin zur eigentlichen Durchführung gibt es unzählige Aspekte, die beachtet werden müssen. Gut, wenn man da einen Partner hat, der sich kompetent um alles kümmert. Ihre Salzburger Baumeister.

www.salzburger-baumeister.at

**Die Salzburger
BAUMEISTER**

Kompetenz - Qualität - Individualität - Flexibilität

Mehr dazu auf der **bauen+wohnen** Halle 14, Stand 311

Das Kommunalwirtschaftsforum: Öffentliche Hand und Wirtschaft gemeinsam

Eine Partnerschaft mit Zukunft

Die Bewältigung der kommunalen Aufgaben ist in den letzten Jahren zunehmend schwieriger geworden. Neben der offensichtlichen Finanzknappheit sind Fragen der Kompetenzverteilung, der Infrastrukturentwicklung, der Energieplanung, der Priorisierung und der Umwelt- und Sozialverträglichkeit zu klären.

All dies erfordert ein interdisziplinäres Zusammenwirken von öffentlicher Hand und Privatwirtschaft. Neue Formen der Finanzierungen sind zu entwickeln, um eine Vielzahl von oft unterschiedlichen Zielen auszubalancieren und zahlreichen Restriktionen Rechnung zu tragen.

Aus diesem Grund haben sich PORR Solutions, Raiffeisen-Leasing, Siemens und VASKO+PARTNER zusammen-

Kommunalwirtschaftsforum Krets 2011 wird aktuelle Themen der öffentlichen Hand in den Mittelpunkt stellen ... und Erfolgsbeispiele präsentieren.

geschlossen und die Initiative für das Kommunalwirtschaftsforum ergriffen. Die vier Gesellschaften der Initiatorengruppe sind bereits seit vielen Jahren national und international tätig und konnten in ihren jeweiligen Geschäftsfeldern umfassendes Know-how aufbauen.

Es ist gelungen, eine namhafte und international renommierte Referentengruppe für das Kommunalwirtschaftsforum Krets 2011 zu begeistern. Diese wird aktuelle Themen der öffentlichen Hand in den Mittelpunkt stellen, ihre Erfahrungen im Kontext des österreichischen Marktes diskutieren und ihre Erfolgsbeispiele präsentieren. Auch Finanzminister DI Josef Pröll hat seine Teilnahme zugesagt.

Das Kommunalwirtschaftsforum

soll daher eine Plattform bilden, bei der diese Erfahrungen sowie Best Practice-Beispiele vorgestellt und Antworten auf die Bedürfnisse der öffentlichen Hand nach innovativen Modellen diskutiert werden können. Mit diesem Forum soll weiters eine jährliche Veranstaltungsreihe installiert werden, die nachhaltig dem Erfahrungsaustausch, Know-how-Transfer und Networking dient. Damit soll ein wichtiger Beitrag für die langfristige Zukunftsentwicklung kommunaler Strukturen geleistet werden.

Inhalte des zweitägigen Programms:

- ▶ Übergeordnete Rahmenbedingungen
- ▶ Ausgliederungen und ihre Folgen
- ▶ Umgesetzte Beispiele und ihre Wirkungen für Folgeprojekte
- ▶ Lebenszyklus, Kontrolle und Beihilfen
- ▶ Podiumsdiskussion „Zukunft und Lösungen“
- ▶ Wirtschaftspolitische und steuerrechtliche Betrachtung
- ▶ Stabile Finanzen auf allen Ebenen des Staates
- ▶ Podiumsdiskussion „Partnerschaft mit Zukunft“
- ▶ Workshop „Smart Cities and Regions“

Information

Informationen und Anmeldung unter:
www.kommunalwirtschaftsforum.at

Die KOMMUNAL-Kolumne von PwC

Das Geld liegt auf der Straße, aber wie hebt man es auf?

Über die Schwierigkeiten, an Fördergelder der EU zu kommen, und wie es gehen könnte.



Die EU überprüft die ordnungsmäßige Verwendung zugeteilter Mittel sowie die korrekte Ausschüttung sehr genau.

Was hält viele Städte und Gemeinden, aber auch andere dem öffentlichen Sektor nahestehende Institutionen davon ab, häufiger Fördergelder der EU in Anspruch zu nehmen, um geeignete Projekte zu finanzieren?

Nehmen wir zum Beispiel das 7. Rahmenprogramm für Forschung und Innovation der EU, über das im Zeitraum von 2007 bis 2013 rund 54 Milliarden Euro an die jeweiligen Fördernehmer ausgeschüttet wurden und werden. In den Schwerpunktbereichen

„Zusammenarbeit“, „Ideen“, „Menschen“ und „Kapazität“ können noch bis 2013 Projekte eingereicht werden.

Aber Achtung! Hier handelt es sich um Fördergelder und nicht um Geldgeschenke der EU, die offene Lücken in verschiedenen Haushalten stopfen können. Die EU überprüft die ordnungsmäßige Verwendung der zugeteilten Mittel sehr genau und fordert auch die Erbringung von selbst-finanzierten Eigenleistungen

Es sind Fördergelder und keine Geldgeschenke der EU.

gen in den geförderten Projekten. Aus diesem Grund ist es günstig, erfahrene Partner von Beginn an beizuziehen bzw. vorab auszuloten, welches Projekt das geeignete für den jeweiligen Förderwerber ist.

PwC berät Sie gerne und kompetent bei der Identifizierung eines geeigneten Projektes, bei der Suche geeigneter Projektpartner und auch bei Projektentwicklung und -management.

E.E.

Ihr Ansprechpartner



Mag. Rudolf Hoscher
Manager Öffentlicher Sektor
PwC PricewaterhouseCoopers
Erdbergstraße 200,
1030 Wien
Tel.: +43 1 50188 2957
E-Mail:
rudolf.hoscher@at.pwc.com
Web: www.pwc.at



Beispiel einer mechatronischen Beschlagslösung für Rohrrahmentüren: Statt über einen Schließzylinder wird die Schließrosette mit einem Chipmedium geöffnet.

Thomas Müllner

Um Zugang zu erhalten, muss mit einer Vielzahl unterschiedlicher Schlüssel hantiert werden, manche Räume dürfen nur zu bestimmten Zeiten zugänglich sein und müssen daher auch rechtzeitig wieder gesperrt werden. Wenn nun ein Schlüssel verloren geht, wird der dazugehörige Schließzylinder ausgetauscht – weil man sich doch nie wirklich sicher sein kann, in welche Hände der Schlüssel gelangt ist. Das alles zeichnet das Bild eines unflexiblen, rigiden Systems, das den klobigen, komplizierten Schlüsselbund wieder vor dem inneren Auge wachruft. Zeitgemäß und auf dem Stand der aktuellen Technologie sind solche Lösungen auf jeden Fall nicht mehr. Der aktuelle Trend geht vielmehr in Richtung einer elektronischen Schließanlage, denn gerade diese Variante zeichnet sich durch ihre unvergleichliche Flexibilität aus. Anstelle des Schlüsselbundes wird lediglich ein kleiner Schlüsselanhänger, ein sogenanntes „Medium“, verwendet. Der dort eingebaute RFID-Chip wird von der Tür erkannt und entriegelt diese. Wer wozu Zugang erhält, regelt sich über individuelle Berechtigungen: So können Personen für einzelne

Der Schlüsselbund ist out, die elektronische Schließanlage kommt

Ein Schlüssel reicht für die ganze Gemeinde

Besonders in kleinen Gemeinden, deren Angestellte für mehrere Bereiche zuständig sind, kennt man das Problem: Das Gemeindegebäude, der gemeindeeigene Sportplatz, die Veranstaltungsräume – all diese Bereiche sind separat abgesichert und versperrt.

Türen oder eine ganze Gruppe von Türen berechtigt werden. Auch der Zeitraum des Zutritts kann vorher definiert werden, wie z. B. automatische Öffnungs- und Schließzeiten für Büros mit Parteienverkehr. Darüber hinaus kann dieses Medium auch für andere Funktionen, wie z. B. für die Nutzung von Kaffeeautomaten oder sogar für Zeiterfassung zur Lohnabrechnung, verwendet werden. Im Falle von Schlüsselverlust kann in kürzester Zeit einer neuer Schlüssel ausgegeben werden. Das spart Zeit, Geld und die Montage eines neuen Schließzylinders. Der von der Gemeinde beauftragte Schließanlagenverwalter muss dafür einfach in der Software ein neues Medium anlegen, das den alten Schlüssel ersetzt. Auch die Veränderung von Berechtigungen, egal ob bezüglich Zeit oder Ort, ist im Nachhinein kein Pro-



Thomas Müllner ist Sachverständiger für Schließanlagen, Verschluss- und Zutrittskontrollen

blem. Interessant ist auch die Flexibilität in Verbindung mit anderen elektronischen Meldegeräten. So können zum Beispiel Feuerwehrhäuser ohne großen Aufwand an die Alarmierungsanlage angeschlossen werden, so dass in einem Ernstfall die Türe eigenständig öffnet, während im Alltagsbetrieb jedoch nur mit einem Medium bzw. E-Schlüssel geöffnet werden kann. Da eine Gemeinde ja meistens ein historisch gewachsenes Gebäudeensemble ist und kein Neubau auf der grünen Wiese, wie z. B. ein Industriekomplex, ist das Thema Nachrüstung von Schließanlagen im Renovierungsfall auch ein großes The-

ma. Es gibt Hersteller von Schließanlagen, die hier auch die Möglichkeit zur Nachrüstung ohne umständliche Verkabelung anbieten. Allerdings sollte bei Türen mit Sicherheitsfunktionen – wie Brandschutz, Panikvorbeugung oder Einbruchschutz – die geplante Umrüstung mit Fachleuten vorher abgeklärt werden. Zum Abschluss möchte ich noch erwähnen, dass auch das Thema Transparenz und Kontrolle mit

Über ein elektronisches Protokoll kann der Zutritt auch im Nachhinein rekonstruiert werden. Vielleicht wäre das ja ein Anreiz für die verschiedenen Nutzer, etwas sorgfältiger mit den gemeindeeigenen Räumen und deren Inventar umzugehen?

diesem Typ Schließanlage neu definiert wird. Denn über ein elektronisches Protokoll kann der Zutritt von Personen auch im Nachhinein rekonstruiert werden. Vielleicht wäre das ja ein Anreiz für die unterschiedlichen Nutzer, etwas sorgfältiger mit den gemeindeeigenen Räumen und deren Inventar umzugehen?

Vier gute Gründe für Schließsysteme aus dem Hause Grundmann Beschlagtechnik:

- Wahlweise in Mifare® oder Legic®-Technologie
- Kombinierbar mit geprüften Objektbeschlägen
- Individuelle Lösungen für Renovierungen
- Schließkompetenz made in Austria

Info: 02764 / 2202-232 | tac@grundmann.com
www.grundmann.com





Das neue Veranstaltungszentrum Multiversum in Schwechat.

Multifunktionelle Veranstaltungshalle setzt neue Maßstäbe

Multiversum – eine Halle für alle

Schwechat ist zu Recht als Sportstadt bekannt. Davon zeugt auch der Bau des Multiversums, ein hochmoderner Veranstaltungskomplex, der künftig dank eines flexiblen Raumaufteilungskonzepts und optimaler Infrastruktur nationalen sowie internationalen Größen aus den Bereichen Sport und Kultur auf 27.000 m² Raum bietet.

In zentraler Lage und unmittelbarer Nähe zum Bahnhof Schwechat und Flughafen Wien öffnete nach nur zwei Jahren Bauzeit Anfang Jänner 2011 das Multiversum Schwechat – ein einzigartiges, multifunktionales Veranstaltungszentrum – seine Türen.

Federführend verantwortlich für die Realisierung des Projektes ist die Immoconsult Herkules Leasinggesellschaft mbH, ein auf gewerbliche und kommunale Immobilien spezialisiertes Unternehmen. Den Betrieb des Veranstaltungszentrums übernimmt die hierfür eigens gegründete Betriebsgesellschaft – die Veranstaltungshalle Schwechat Betriebs GmbH –, an der die Stadtgemeinde Schwechat zu 49 Prozent beteiligt ist.

Optimale Strukturen

Als Nachfolger der renommierten „Körnerhalle“ wird die neue Multifunktionshalle zur „Halle für alle“: sowohl Heimstätte für zahlreiche Spitzenvereine der Umgebung als auch Austragungsort für kulturelle und sportliche Großveranstaltungen.



Foto: Kreiner

Mit einer feierlichen Banddurchtrennung eröffneten Sportminister Norbert Darabos, Bürgermeister Hannes Fazekas, Landesrätin Petra Bohuslav sowie Tischtennis-Weltmeister Werner Schlager das Multiversum.

Herzstück ist die Werner Schlager Academy (kurz WSA), ein einzigartiges Tischtennis-Kompetenzzentrum unter der Leitung von Weltmeister und Tischtennis-Ass Werner Schlager. Nationale und internationale Wettkämpfe (darunter die Tischtennis-EM 2013) wie etwa mit den Tischtennisstars der SVS NÖ, den Topvolleyballerinnen von SVS Post oder auch den SVS Flying Foxes, der heimischen Nummer 1 im Damenbasketball, sind garantierte Zuschauermagneten. Abgerundet wird das Angebot von Besprechungs- und Büroräumlichkeiten sowie Gastronomiebetrieben, die ebenso auf

dem Gelände des Multiversums für Besucher zur Verfügung stehen.

Finanzierungspartner Kommunalkredit

Für den öffentlichkeitsnahen Teil der Finanzierung des insgesamt 41 Millionen Euro schweren Vorhabens wurde mit der Kommunalkredit Austria ein erfahrener Partner ins Boot geholt. Als Österreichs Bank für Infrastruktur ist die Kommunalkredit insbesondere auch auf Projekte aus dem Bereich des öffentlichen Hochbaus spezialisiert und bietet hierfür maßgeschneiderte Finanzierungslösungen an. So erfolgte im Falle des Veranstaltungskomplexes Schwechat die Refinanzierung partiell durch die Europäische Investitionsbank (EIB), wodurch im Speziellen der Werner Schlager Academy als Bildungsstätte langfristige und attraktive Mittel zur Verfügung gestellt werden konnten.

Ein optimales Trainings- und Wettkampfumfeld für Spitzen- wie Breitensportler ist garantiert.

Information

Kommunalkredit Austria
Türkenstraße 9, 1092 Wien
www.kommunalkredit.at

Claudia Wieser, Teamleiterin
Soziale Infrastruktur
c.wieser@kommunalkredit.at
Tel.: 01/31 6 31-125

Web-Link: www.multiversum-schwechat.at

Rechtsbuch

Pferdehaltung

Ziel dieses Buches ist es, die öffentlich-rechtlichen Vorschriften für die Pferdehaltung darzustellen. Dazu gehören insbesondere die Bereiche Tierschutz, Raumordnung, Wasserrecht, Forstrecht, Naturschutzrecht, Verkehrsrecht und Abfallrecht. Großen Raum nimmt die Darstel-



lung der Haltungsvorgaben des Tierchutzgesetzes und der Anforderungen aus dem

Tiertransportrecht ein, wobei der diesbezügliche Textteil durch die Wiedergabe der wesentlichen Rechtsvorschriften ergänzt wird. Einen Schwerpunkt bilden auch die raumordnungsrechtlichen Rahmenbedingungen anhand der Judikatur des Verwaltungsgerichtshofs. Den Abschluss stellen die abfallrechtliche Beurteilung von Pferdemit und dessen rechtlich richtige Ausbringung dar.

Das Buch

Sabine Prichenfried;
„Pferdehaltung“, Rechtliche Rahmenbedingungen
ISBN: 978-3-7083-0728-2,
Erscheinungsjahr 2010
126 Seiten, broschiert,
19,80 Euro
Neuer Wissenschaftlicher Verlag, Argentinierstraße
42/6, A-1040 Wien
Tel.: 01/535 61 03-24
E-Mail: office@nwv.at

Kommentar

Finanzstrafgesetz-Novelle 2010

In diesem SWK Spezial schildern vier ausgewiesene Experten auf dem Gebiet des Finanzstrafrechts, Rainer Brandl, Roman Leitner, Norbert Schrottmeyer und Gerald Toifl, jeweils kurz die Ausgangssituation vor der FinStr-Novelle 2010 und gehen dann auf Zweck und Interpretation der Neuregelung, den Anwendungsbereich in der Praxis sowie – wenn bedeutsam – auf Aspekte des Inkrafttretens, der Rückwirkung und des Gültigkeitsvergleichs ein.

Völlig neue Bestimmungen (wie etwa Abgabebetrag nach § 39 FinStrG) werden vertiefend erläutert und ausführlich dargestellt. Als zusätzlicher Service werden die Änderungen im jeweiligen Paragraphen fettgedruckt hervorgehoben und Streichungen gezeigt. Das Blättern im Gesetz bzw. die Gesetzestext-Gegenüberstellung kann damit weitgehend vermieden werden.



Das Buch

Brandl/Leitner/Schrottmeyer/Toifl, „Die Finanzstrafgesetz-Novelle 2010 Vollständige Erstkommentierung“
152 Seiten, 27,50 Euro
ISBN 978-3-7073-1803-6
Linde Verlag, 2010
Scheydgasse 24
1210 Wien
Tel.: 01/24 630-30
Fax: 01/24 630-53
office@lindeverlag.at
www.lindeverlag.at

Für effiziente Zusammenarbeit in der Gemeinde

Eine effizientere Verwaltung und die Optimierung von Arbeitsprozessen rücken verstärkt in den Fokus der Öffentlichkeit. Verwaltungen selbst stehen vor der Herausforderung, Konzepte zur Optimierung und Kostenreduktion zu entwickeln. Microsoft bietet mit SharePoint Server 2010 eine Business-Plattform-Lösung, bei der Intranet, Extranet sowie der Internet-Auftritt einfach umgesetzt werden können. Dabei reduziert die einheitliche Infrastruktur nicht nur die anfallenden Kosten, auch die Kooperation von Projektteams wird dadurch optimiert. Zudem kann SharePoint 2010 umgehend erweitert werden, um auf geänderte Anforderungen für das Unternehmen schnell zu reagieren. Die verstärkte Integration neuer Office 2010-Anwendungen erleichtert sowohl Nutzern als auch Administratoren und IT-Profis ihre Arbeit. Zusätzlich vereinfachen neu implementierte Suchtechnologien das Auffinden von Informationen und Personen; das steigert insbesondere die Produktivität der Anwender. Wie eine optimierte Zusammenarbeit auf Basis von SharePoint 2010 erfolgreich umgesetzt werden kann, zeigt das Beispiel eines neuen MitarbeiterInnen-Portals für die Bediensteten des Magistrats der Stadt Graz (www.microsoft.com/austria/referenzen und einfach nach „Graz“ suchen). Dieser zentrale Einstiegspunkt in Inter- und Intranet wurde erst kürzlich realisiert und in Betrieb genommen. Bereits nach kurzer Gewöhnungsphase sind die Vorteile klar ersichtlich: effiziente verwaltungsübergreifende Zusammenarbeit ohne Medienbruch, die Verkürzung der Durchlaufzeiten bei der Aktenbearbeitung sowie leichtere Einbindung nachgeordneter Dienststellen. Das sind jene Eckpunkte, die eine Entwicklung hin zu einer effizienten und zeitgemäßen Verwaltung unterstützen.



Christian Beyrl,
Microsoft Österreich GmbH
cbeyrl@microsoft.com

Kärnten: Gefährden neue Sprengelgrenzen Kleinstschulen?

Umdenken ist im Gang

KLAGENFURT

Laut einem Bericht in der „Kleinen Zeitung“ von Mitte Jänner werden die Pläne von Landesseite, die Grenzen für Schulsprengel für Volksschulen so zu ändern, dass die Gemeindegrenze gleichzeitig auch die Sprengelgrenze ist (und damit eine Kommune nicht mehr aus mehreren Sprengeln besteht), vom Kärntner Gemeindebund als Interessenvertretung grundsätzlich zustimmend bewertet. „Die Gemeinden sind ja Schulerhalter, müssen die Kosten für Bau, Betrieb und Sanie-

rung tragen. In Einzelfällen wird es aber leichte Abänderungen geben müssen“, sagt Gemeindebund-Geschäftsführer Stefan Primosch in dem Bericht. „Dass mit der Neuregelung, die laut Schulreferent Uwe Scheuch mit dem nächsten Schuljahr gelten soll, Kleinstschulen unterm Strich weg sind, ist nicht auszuschließen“, so Primosch. Ob der sinkenden Schülerzahlen gebe es unter den Bürgermeistern in der Schulstandorte-Frage nun ein Umdenken. Kritischer betrachtet wird



Auch in Kärnten stellt sich die Frage: Wer ist Schulerhalter?

Scheuchs Ansatz, in einem Modellversuch die Schulsprengelgrenze auf Bezirksgröße auszuweiten. Da komme dann die Frage des Schülertransportes und wer zahlt? dazu. Mit den Neuen Mittelschu-

len und deren Ausbau stellt sich laut Primosch für die Gemeinden eine noch ungelöste Frage: Wer ist Schulerhalter? Bleiben es die Gemeinden, kommt die Verlagerung zum Land oder Bund?



Foto: Land OÖ/Linschinger

LR Hermann Kepplinger, Bgm. Anton Silber und Chefinspektor Karl Hochrathner mit Kindern der Volksschule Christkindl.

Geschwindigkeit: Temporäre Anlage in Betrieb

Tempo 30 vor Volksschule Christkindl

GARSTEN

„Die Volksschule Christkindl liegt unmittelbar an der Saaßer Landesstraße in einem Kreuzungsbereich. Zum besseren Schutz der Kinder auf dem Schulweg haben wir den Prototyp einer temporären Geschwindigkeitsbeschränkung installiert“, schildert Verkehrs-Landesrat Hermann Kepplinger in Beisein

vom Garstner Bürgermeister Mag. Anton Silber, in dessen Gemeindegebiet sich die Schule befindet. Der Prototyp ermöglicht es, an Schultagen für einige Stunden eine Tempo-30-Beschränkung zu verhängen. Derzeit ist die Anlage so programmiert, dass morgens und mittags der „30er“ aktiviert ist. Mehr auf www.land-oberoesterreich.gv.at

Landestankstellen

Warten auf Urteil

EISENSTADT

Ob es die günstigen Landestankstellen auch in Zukunft noch geben wird, ist unklar. Die Wirtschaftskammer vermutet unlauteren Wettbewerb und hat geklagt. Jetzt wartet man auf das Urteil des OGH. An den fünf Landestankstellen und drei Partner-Tankstellen ist Diesel (kein Benzin) derzeit um rund 20 Cent billiger als bei privaten Anbietern. Bezahlt werden muss bar.

200 Meter: Höher als der Stephansdom

Protest gegen Windkraftanlage

SIERNDORF

Im Gebiet von Oberhautzentel, Unterhautzentel und Unterparaschenbrunn, drei Katastralgemeinden von Sierndorf (Bezirk Korneuburg) sollen sechs neue Windkraftanlagen entstehen. Die Windräder



sollen über 200 Meter hoch werden. Nun hat sich eine Bürgerinitiative gegen das Projekt formiert. Es gehe vor allem um das Landschaftsbild, erklärte Helmut Hochfelsner von der Bürgerinitiative Oberhautzentel.

Freiwilligenarbeit

Senioren gesucht

INNSBRUCK

Um im heurigen Freiwilligenjahr mehr Senioren für die Freiwilligenarbeit zu gewinnen, hat die Caritas das sogenannte „Tirol Jahr“ gestartet. „Wir bieten an, dass sich ältere Menschen zwölf Monate lang für mindestens zehn Stunden pro Woche in eine soziale Einrichtung begeben“, erklärt Martin Lesky, Leiter des Freiwilligenzentrums Tirol. www.freiwillige-tirol.at

Burgenland

Kinderbetreuung

EISENSTADT

Das Burgenland belegt bei der Kinderbetreuung einen Spitzenplatz. Seit das Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz vor zwei Jahren eingeführt wurde, liegt die Betreuungsquote der Dreis- bis Fünfjährigen bei 99,5 Prozent. Im Burgenland sind derzeit rund 970 Kindergartenpädagoginnen und 400 Helferinnen im Einsatz.

Gesucht: Auftakt zum Internationalen Jahr des Waldes 2011

Österreich sucht die „sieben Waldwunder“

WIEN

2011 haben die Vereinten Nationen zum Internationalen Jahr des Waldes erklärt. Als Auftakt rufen die Österreichischen Bundesforste (ÖBf) unter www.waldwunder.at zur Wahl der sieben Waldwunder Österreichs auf. Insgesamt 23 Wälder von den Donau-Auen bis zu den Ötztaler Alpen sind als „Waldwunder“ nominiert. „Wir nehmen“, so Georg Erbacher, Vorstandssprecher der Österreichischen Bundesforste, „das Motto des Internationalen Jahres des Waldes – ‚Forests for People‘ – wörtlich. Mit der Wahl

Jeder Wald ist ein Wunder der Natur, das es für die nächsten Generationen zu erhalten gilt.

der sieben österreichischen Waldwunder bringen wir den Menschen die Natur und ihre einzigartigen Waldjuwelen näher.“ Wälder sind in vielfacher Hinsicht bewundernswert, sie beeindrucken nicht nur durch ihre landschaftliche Schönheit, sondern auch durch ihre Vielzahl an Leistungen. Sie stellen nicht nur den nachhaltigen Rohstoff Holz zur Verfügung, sondern rei-

nigen die Luft, filtern das Wasser, regulieren das Klima und schützen vor Naturgefahren wie Lawinen, Steinschlag oder Erosion. Für den Vorstandssprecher keine Selbstverständlichkeit: „Jeder Wald ist ein Wunder der Natur, das es im Sinne der Nachhaltigkeit zu schützen, nützen und für die nächsten Generationen zu erhalten gilt.“

Energyglobe: Energie-Oskar geht nach Salzburg

Volksschule ausgezeichnet

KOPPL

Für die energieautarke Volksschule in Koppl erhielt die Gemeinde die begehrte Auszeichnung des weltweit verliehenen Energyglobe in der Kategorie Erde bei der Salzburger Energie-Gala Ende Oktober 2010. Der Energy Globe Award prä-

sentierte vorbildliche Projekte aus den Bereichen erneuerbare Energie, Energieeffizienz, Umwelt- und Klimaschutz und wird auf regionaler, nationaler, kontinentaler und internationaler Ebene verliehen. Mehr Infos auf www.energyglobe.com

Nichtraucherchutz: Nichtraucher gehen öfter in Lokale

Drei Viertel sind zufrieden

Laut einer Umfrage der Wirtschaftskammer sind drei Viertel der Befragten mit dem derzeit geltenden Nichtraucherschutz in Lokalen zufrieden. Nichtraucher gehen jetzt häufiger in Lokale, Raucher weniger. Laut Helmut Hinterleitner, Obmann des Fachverbandes Gastronomie in der Wirtschaftskammer, musste kein Lokal wegen des seit 1. Juli gültigen Tabakgesetzes schließen.



Umsatzeinbußen gab es in Bars und Diskotheken.

NÖ-Kanalgebühren

Kosten zu hoch

ST. PÖLTEN

Hohe Wellen schlug ein „Krone“-Bericht über gestiegenen Kanalgebühren in Niederösterreich. So berichten Senioren, dass sie sich die Kosten nicht mehr leisten können. Ärger herrscht auch über die Berechnungsmethode: „Ein Wirtshaus mit hundert Gästen am Tag zahlt genau so viel wie ich“, klagt ein Pensionist.

Internationales Jahr des Waldes

Werden Sie Partnergemeinde

Für das Jahr 2011 hat die UNO das Internationale Jahr des Waldes unter dem Motto: „Wälder für die Menschen“ ausgerufen. Um der breiten Öffentlichkeit die wichtige Rolle des heimischen Waldes näher zu bringen, ruft wald.zeit Österreich im Auftrag des Lebensministeriums alle Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in Österreich auf: „Melden Sie Ihre Gemeinde als Partnergemeinde des Internationalen Jahr des Waldes an!“



Veranstalten Sie in Ihrer Gemeinde Aktivitäten zum Thema Wald und teilen Sie uns diese mit!

Information

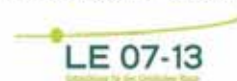


Schreiben Sie ein Mail an: partnergemeinde@waldzeit.at
Speziell alle Gemeinden mit Wald, Holz oder Forst im Gemeinamen sind eingeladen, ihr „Waldpaket“ (Waldtafeln, Wald-Elmayer für die Schulbibliothek und vieles mehr) abzuholen.
Kommen Sie am **10. Juli 2011** nach **Schloss Waldreichs** und seien Sie dabei, wenn bei einem national übertragenen Frühschoppen von Radio NÖ einzelne Partnergemeinden vorgestellt werden.

GEFÖRDERT AUS MITTELN DER EU, DES BUNDES UND DER LÄNDER



Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes: Hier investiert Europa in die ländlichen Gebiete.



Die Gemeindebund-Pilgerreise ins Heilige Land

Wo Orte keine Worte brauchen

Fotos: Julia Pollak

Israel: Seit mehr als zweitausend Jahren beeinflusst die politische und menschliche Situation Israels nahezu den gesamten westlichen Kulturkreis. Anfang Dezember pilgerte eine 17-köpfige Gruppe des Gemeindebundes entlang der Spuren des Neuen Testaments in das gelobte Land. Es präsentierte sich offen, modern und doch behaftet mit Auseinandersetzungen, die für Mitteleuropäer nur schwer nachvollziehbar sind.

Julia Pollak

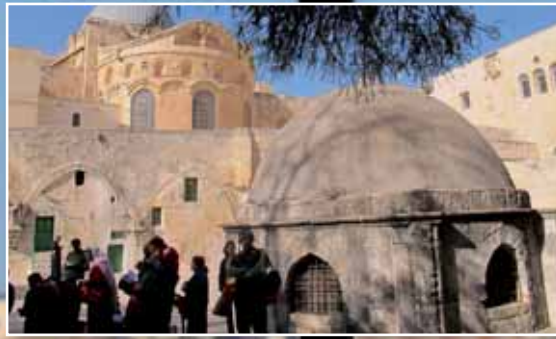
Anfang Dezember, überall Blumen, Sonne, an die 25 Grad Celsius und ein Frühstück, welches keine Wünsche offen lässt – die ersten Eindrücke nach der Ankunft der Pilgergruppe in Israel. Ausgangspunkt für die Besichtigungen im nördlichen Teil Israels war der Kibbutz Ginosar direkt am See Genezareth. Der Kibbutz versteht sich als Gemeinde, die sich selbst versorgt. Haupteinkommensquellen heutzutage sind in Ginosar der Tourismus und die Landwirtschaft. Ausgestattet mit Reiseleiterin Karin Sailer, Reisebus mit Chauffeur Adel Abu Sued und einem vollen Terminkalender begann das Programm mit einer heiligen Messe in der Verkündigungskirche in Nazareth. Der

17-köpfigen Gruppe, unter ihnen Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer mit Gattin Irmgard, Gemeindebund-Generalsekretär Robert Hink mit Gattin Herta, Zisterzienser-Pater Charbel Schubert und einer heiteren Pilgerschar stand ein umfangreiches christliches wie weltliches Besichtigungsprogramm

bevor. In der Ortschaft Ibellin besuchte die Gruppe eine vom israelitisch-arabisch, melkitisch griechisch-katholischen Erzbischof Elias Chacour gegründete Schule, wo rund 3500 Schüler aller Glaubensrichtungen lernen und wachsen. Das zu mehr als der Hälfte vom Staat Israel finanzierte Ausbildungshaus hat sich seit Beginn in den 60er-Jahren zu einem modernen christlich organisierten Schulhaus entwickelt. Rund um den See Genezareth wurde keine Pilgerstätte ausgelassen, der Berg der Seligpreisungen, das Panorama während einer Bootsfahrt auf dem See oder die Ausgrabungen von Kapernaum, um nur einige zu nennen. Abgerundet wurde der Besuch dieses Teils Israels mit einer Weinverkostung auf



Die Gemeindebund-Gruppe. Im Hintergrund Jerusalem mit der Kuppel des Felsendoms.



den Golanhöhen. Dort zeigte sich deutlich, dass die Grenzen des Landes zu Syrien und dem Libanon bis heute ein umkämpftes Gebiet sind. Israelische Jugendliche, Mädchen wie Burschen, müssen einen zwei- beziehungsweise vierjährigen Wehrdienst ableisten. Soldatinnen und Soldaten sind in Israel allgegenwärtig. Durch das Jordantal mit Besichtigung der beeindruckenden römischen Ausgrabungen von Bet Shean wurde die Reise in Richtung Jerusalem fortgesetzt. Das flexible Programm wurde spontan um einen Besuch der österreichischen Botschaft in Tel Aviv erweitert. Der Empfang bot Gelegenheit, mit Botschafter Mag. Michael Rendi und dem österreichischen Konsul Gerhard Lutz aktuelle Themen und die allgemeinen Beziehungen zwischen Österreich und Israel unter die Lupe zu nehmen. Hauptaugenmerk der Arbeit der Botschaft sei der laufende Friedensprozess und der Kontakt zu den heute rund 6000 österreichisch-israelischen Staatsbürgern, die seit dem Jahr 1938 in den Nahen Osten kamen. Allgemein sprach Botschafter Rendi trotz der guten Beziehungen aber von einem „taff neighbourhood“ in Israel.

Ganz oben: Die Grabeskirche, von den Kreuzrittern erbaut, teilen sich heute sechs verschiedene Konfessionen die Stätte, wo einst Jesus gekreuzigt wurde. Mitte oben: Botschafter Mag. Michael Rendi mit Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer und Generalsekretär Robert Hink beim Empfang in der österreichischen Botschaft in Tel Aviv. Oben: Qumran, in dieser Höhle wurde 1947 ein Teil der zahlreichen Schriftrollen vom Toten Meer gefunden.

Von Ölberg über Geburtskirche bis Qumran

Jerusalem, der zweite Ausgangspunkt für Besichtigungen und Besuche, zeigte sich von Beginn an von seiner sonnigen Seite. Frühmorgens bot der Ölberg den Reisenden einen atemberaubenden Blick auf die Altstadt mit der goldenen Kuppel des Felsendomes. Nach einem Besuch im Rathaus des Bürgermeisters von Jerusalem, Nir Bakat, stand die Besichtigung der Klagemauer und der Altstadt auf dem Programm. Die Mauern, die das heutige Bild des historischen Kernes prägen, stammen großteils aus dem 15. Jahrhundert. Doch die zahlreichen Ausgrabungen und Fundstücke lassen auch für Laien sofort auf die tausende Jahre alte Geschichte der Stadt erkennen. Anhand der Steingröße an der Westmauer (Klagemauer) des

Tempelberges lassen sich die unterschiedlichen Bauperioden sehr gut erkennen: Je höher die Steine positioniert, desto kleiner – jünger – sind sie. Der Besuch des österreichischen Hospizes mit „Wiener Kaffeehaus“ blieb den Gemeindebund-Pilgern in guter Erinnerung (Bericht Seite 54). Bereits gegen Ende der achttägigen Rundreise fuhr der Pilgerbus nach Bethlehem ins Westjordanland. Neben dem Gaza-Streifen ist es eine autonome Palästinenser-Region. Der Staat Israel begann im Jahr 2003 rund um das Gebiet eine acht bis zehn Meter hohe, höchst umstrittene Mauer zu bauen. Die Ein- und Ausreise ist für Palästinenser wie Israelis nur mit Ausnahmegenehmigung erlaubt. In Bethlehem befindet sich die Geburtskirche, welche eine der ältesten christlichen Goteshäuser des Landes ist. In der Kreuzfahrergrotte mit dem Geburtsstein stimmten die Reisenden „Stille Nacht“ an. Auch der Besuch des Caritas-Kinderspitals stand auf dem Programm. Diese Einrichtung ist besonders wichtig, da die medizinische Versorgung im Westjordanland bislang bei weitem nicht ausreichend ist. Der Ölberg in Jerusalem wird auch als die Wetterscheide be-

Das österreichische Hospiz in Jerusalem

155 Jahre Magnet für Pilger und Reisende

Seit dem Jahr 1855 ist das österreichische Hospiz inmitten der Altstadt Jerusalems ein Magnet für Pilger und Reisende aus der ganzen Welt. Dieses Jahr wurden die umfangreichen Renovierungsarbeiten abgeschlossen und das Gebäude erweitert.



Die Kapelle des Hospizes ist ein beliebter Ort des Glaubens.



Rektor Markus St. Bugnyar mit Gemeinbund-Generalsekretär Robert Hink beim Empfang im Wiener Kaffeehaus.

„Wier sind ein Gästehaus für Heilige-Land-Pilger und keine Fünf-Sterne-Einrichtung“, erklärt der junge Rektor des Hauses, Markus St. Bugnyar. Er ist seit 2009 der Leiter des Hauses; dank seiner Initiative wurde das Haus zu einer modernen und weltoffenen

Herberge. In dem geschichtsträchtigen Haus nächstigten bereits Kaiser Franz Joseph und alle Mitglieder der Familie Habsburg. Ein beliebter Treffpunkt in der Jerusalemer Altstadt ist das Wiener Kaffeehaus im Hospiz. Mit seiner einladenden Terrasse, dem Garten und einer echten „Wiener Melange“ werden die Gäste verwöhnt.

„Von unserem Apfelstrudel schwärmen die Menschen aus der ganzen Welt. Ein Rabbiner behauptete sogar, dass die Süßspeise kosher sei, nur weil sie ihm so gut schmeckte“, weiß Rektor Bugnyar aus eigener Erfahrung. Die Küche im Haus ist, anders als im Hauptteil des Landes, nicht rein kosher. Gekocht wird traditionell mit Wiener Schnitzel, Gulasch, Käsespätzle und verschiedenen Tagesgerichten. Dank der Mitarbeit zahlreicher Volontäre und Zivildieners und Schwester Bernadette, die seit 12 Jahren in Jerusalem lebt, wurde das Hospiz mittlerweile weit über die Stadtgrenzen hinaus bekannt. Sowohl die Einrichtungsgegenstände als auch die Gestaltung sind typisch österreichisch. Auch eine kunstvoll gestaltete Kapelle befindet sich im Hospiz. Atemberaubend ist der Blick von der Dachterrasse auf die labyrinthartige Altstadt mit ihren zahlreichen Gässchen und Plätzen und die goldene Kuppel des Felsendomes.

Neben den Pilgern kommen auch regelmäßig Delegationen aus Österreich zu Besuch. Der junge Rektor ist ihnen ein ehrlicher Gastgeber, der das Heilige Land in all seinen Facetten zu seiner zweiten Heimat machte.

„Die christlichen Kirchen im Land haben viele Köpfe, doch einen dünnen Körper“, so Bugnyar über die heutige Situation der Christen in Israel. Trotzdem gibt es eine stabile Gruppe, die einmal wöchentlich zum Gottesdienst kommt.



Zum Abschluss wurde in der Grabeskirche eine kurze Andacht gehalten. Pater Charbel freute sich besonders über dieses Ereignis, da es sehr schwierig ist, in dieser Kirche einen Termin zu bekommen.

zeichnet. Hinter der Erhöhung fällt das Gelände steil ab und geht in die Wüste über, bis rund 400 Meter unter den Meeresspiegel und dem Toten Meer. Am Ende der kargen Felslandschaft befinden sich die berühmten Höhlen von Qumran. Dort wurden 1947 die knapp zweitausend Jahre alten Schriftrollen gefunden, sie sind die ältesten bekannten Handschriften der Bibel. Die Reisegruppe war sofort fasziniert von diesem Ort, der damals von den „Essenern“ bewohnt wurde. Zur Bewässerung wurden riesige Zisternen geschaffen, die Regenwasser für viele Monate aufbewahren konnten. Bevor dann die salzigen Fluten des Toten Meeres für Entspannung sorgten, ging es für die Gruppe noch einmal bergauf zur Festung Masada, dem tragische Schauplatz des letzten Widerstands der Juden gegen die Römer. Die Mauerreste auf dem Plateau des Massivs ließen die einstige Pracht mit beeindruckender Aussicht auf das Tote Meer erahnen.

Zum Abschluss der Reise besuchte die Gruppe nochmals die Grabeskirche für eine kurze Andacht. Während der Busfahrt zum Flughafen fasste Reiseleiter Franz Schodritz die Reise-Erlebnisse in folgenden Worten zusammen: „Wir haben gesehen, dass die Menschen mit und ohne Grenzen leben können.“

Helmut Mödlhammer bedankte sich für die „herzliche Gemeinsamkeit“ dieser besonderen Gruppe und für die Beharrlichkeit seines „Generals“ Robert Hink, der ihn dazu bewog, die Reise zu machen, auch wenn der Terminkalender vor Weihnachten für Politiker kaum Spielraum lässt. Besonderer Dank ging auch an die hervorragende Reiseleiterin vor Ort, Karin Sailer, sie beantwortete jede Frage, „war sie auch noch so naiv, mit einer umfangreichen, fundierten Antwort“.

IKW-Schriftenreihe Nr. 119 – Haushaltsreform aus der Sicht der Gemeinden

„Eine Reform nur um der Reform willen wäre unsinnig“

Das Thema ist in der heutigen Zeit der globalen Finanz- und darauf folgenden öffentlichen Haushaltskrisen besonders aktuell. Geht es doch um die zentralen Fragen des finanziellen Haushaltsausgleichs sowie um die Bewältigung der ständig steigenden Defizite und der die Gemeinden drückenden Schuldenlast.

Der Österreichische Gemeindebund und der Städtebund beauftragten das Linzer Institut für Kommunalwissenschaften – IKW mit der Erstellung einer Expertise über die Reform des kommunalen Haushaltswesens. Ob eine Kombination des Kameralrechnungswesens und des kaufmännischen Rechnungswesens bzw. ein kompletter „Systemwechsel“ die gegenwärtigen Probleme lösen kann, ist aber mehr als fraglich – im Gegenteil: eine Umstellung würde vor allem im kommunalen Bereich derzeit mehr Fragen und Probleme aufwerfen, als Lösungen bereitzustellen. Entsprechend kritisch äußerte sich Präsident Bgm. Helmut Mödlhammer anlässlich der Buchpräsentation Ende 2010 in Linz zur „verordneten“ Umsetzung derartiger Modelle in den Gemeindehaushalten. Mödlhammer betonte, dass durchaus Reformbedarf im Bereich der öffentlichen Haushalte und ihrer Strukturen besteht. Eine Reform um der Reform willen wäre aber unsinnig. Es wäre blauäugig, davon auszugehen, dass allein durch die parallele Einführung/Umstellung auf die Doppik nachhaltige Effizienz- und Effektivitätssteigernde Auswirkungen zu erwarten sind. Vielmehr wird durch die Umstellung ein enormer Aufwand im Bereich IT, Schulungswesen und externer Beratungsleistungen ausgelöst: diesen Aufwand zu beziffern, eine



Gemeinden sind keine Kaufleute, es besteht kein Anlass, von der Kameralistik abzugehen.

OSR Univ.-Doz. FH Prof. Dr. Friedrich Klug,
Herausgeber der Publikation

klare Kosten-Nutzen-Rechnung in einer realistischen Zeitachse anzustellen, gehört zu den einfachen Hausaufgaben, allein: gerade diese Hausaufgaben wurden vom Bund bei weitem nicht in der Sorgfalt erledigt, die wir uns als Gemeinden erwarten. Der Bund würde sich auch täuschen, wenn er davon ausgehe, den Gemeinden bestimmte Elemente einer „Verwaltungsreform“ gesetzlich zu verordnen – noch dazu, wenn diese Elemente für unsere Ebene zu kompliziert und nicht praxistauglich sind.

„Österreich verfügt über ein einheitliches Haushaltswesen auf Basis öffentlichen Rechts, das

die zwingende Einführung der Doppik nicht vorsieht. Das Rechnungsziel ist nicht der Gewinn, sondern die Wohlfahrt. Gemeinden sind keine Kaufleute, es besteht daher kein Anlass, von der Kameralistik abzugehen“, so der Herausgeber der Publikation, OSR Univ.-Doz. FH Prof. Dr. Friedrich Klug. Benötigt werde vielmehr eine mehrdimensionale, erweiterte Kameralistik, die finanz-, betriebs- und gesamtwirtschaftlichen Ansprüchen gerecht wird, weil diese den Anforderungen des öffentlichen Sektors besser entspricht als die Doppik, die komplizierte, aufwändige, aber wenig steuerungsrelevante Elemente enthält. Für die besonderen Bedürfnisse der Gemeinden, insbesondere der vielen kleineren Kommunen, sind praktikable, einfache, klare und maßgeschneiderte Lösungen zu finden.

Das Buch

Peter **Biwald**, Ulrike **Huemer**, Alexander **Maimer**, Dietmar **Pilz**, Bruno **Rossmann** und Christian **Schleritzko** (Autoren); „Haushaltsreform aus der Sicht der Städte und Gemeinden“

Institut für Kommunalwissenschaften – IKW-Schriftenreihe
Pfarrgasse 14, 4020 Linz
Tel.: 0732/771 670
Fax: 0732/7070 54 9243
E-Mail:
friedrich.klug@ikw.linz.at

Auf Grund einer Sonderaktion für die Mitgliedsgemeinden des Österreichischen Gemeindebundes besteht noch bis 15. März 2011 die Möglichkeit, die Publikation zum reduzierten Preis von **fünf Euro je Band** (zzgl. Versandkosten) zu erwerben.

Burgenland

Für die Mobilität und Sicherheit der Jugendlichen

Jugendtaxi auch im Südburgenland

DEUTSCH KALTENBRUNN
Die Gemeindeverantwortlichen entschieden sich Ende 2010, beim Verkehrssicherheits- und Mobilitätsprojekt „Jugendtaxi“ einzusteigen. Bei diesem Projekt werden ermäßigte Taxigutscheine von den Gemeinden an die Jugendlichen ausgegeben, um erstens deren Mobi-

litätsbedürfnis entgegenzukommen und zweitens, um die Sicherheit der Jugendlichen zu erhöhen. Die Gutscheine, die einen Grundwert von fünf Euro aufweisen, werden von den Gemeinden an die Jugendlichen ausgegeben und sind danach im gesamten Burgenland gültig.

Vorgezogene Wahl in zwei Gemeinden

Zwei Bürgermeister stehen zur Wahl

UNTERRABNITZ-SCHWENDGRABEN

Im Burgenland findet die nächste Bürgermeister- und Gemeinderatswahl im Jahr 2012 statt. In Unterrabnitz-Schwendgraben sowie in

Halbturn muss wegen Rücktritts der Bürgermeister aber bereits heuer gewählt werden. In Unterrabnitz-Schwendgraben steht der Wahltermin am 27. Februar bereits fest.



Herbert Herdits, Bgm. Gerhard Zapfl (Nickelsdorf), Bgm. Johann Fellingner (Zillingtal), Landesrätin Verena Dunst, Bgm. Herbert Wortschitz, Bgm. Helmut Zakall (Zagersdorf), Bgm. Kurt Fischer (Baumgarten), Martin Brasch (St. Andrä am Zicksee), Hannes Klein sowie Franziska Duskanits (Sigleß).

Auszeichnung für besonders engagierte Gemeinden

Dorferneuerung als größte Bürgerinitiative des Landes

EISENSTADT

„Dorferneuerungsgemeinde – Zukunft.Burgenland“, eine Auszeichnung für Gemeinden, die sich im Rahmen der Dorferneuerung herausragend engagieren, wurde Mitte Dezember 2010 in Eisenstadt von LR Verena Dunst an die Bürgermeister der Gemeinden Hornstein, Zagersdorf,

Baumgarten, Zillingtal, Sigleß, St. Andrä am Zicksee und Nickelsdorf überreicht. Schon bei der Ortseinfahrt wird künftig durch eine dementsprechende Zusatztafel sichtbar signalisiert, dass diese Gemeinde intensiv an der umfassenden Dorferneuerung arbeitet. Mehr auf www.gvvgld.at



Kärnten

Kinderbetreuungsgesetz: Gemeindebund lehnt Vorgangsweise des Landtages ab

Kein Gesetz ohne Begutachtung

KLAGENFURT

Der Landesvorstand des Kärntner Gemeindebundes hat einstimmig nachstehenden Beschluss gefasst: Der Kärntner Gemeindebund lehnt die wiederholte Vorgangsweise des Kärntner Landtages entschieden ab, wonach Gesetze, welche mit wesentlichen finanziellen Mehrbelastungen für die Kärntner Städte und Gemeinden verbunden sind, ohne vorheriges Begutachtungsverfahren beschlossen werden, entschieden ab. Die Kärntner Städte und Gemeinden bekennen sich zu einer Qualitätsverbesserung im Bereich der Kinderbetreuung. Es kann aber nicht sein, dass entsprechende

Maßnahmen – wie nunmehr im neuen Kärntner Kinderbetreuungsgesetz vorgesehen – ausschließlich zu Lasten der Gemeinden bzw. der Eltern gehen. Insbesondere angesichts der Verweigerung entsprechender Vorgespräche bzw. eines ord-



nungsgemäßen Begutachtungsverfahrens.

Im Sinne der Vereinbarung zwischen dem Bund, den Ländern und den Gemeinden über einen Konsultationsmechanismus und einen künftigen Stabilitätspakt der Gebietskörperschaften, BGBl. I Nr. 35/1999, wird der Kärntner Gemeindebund alle rechtlichen Maßnahmen treffen, um nach Inkrafttreten des Kärntner Kinderbetreuungsgesetzes die Städte und Gemeinden finanziell schadlos zu halten.

Hans Ferlitsch, Präsident des Kärntner Gemeindebundes: „Lehnen die Vorgangsweise der Landesregierung ab.“

Finanzlage wird besser

Gemeinden erholen sich

KLAGENFURT

Heuer sollen für die Kärntner Gemeinden 50 Millionen Euro mehr zur Verfügung stehen. Zur Hälfte ist dieses Geld durch Sparmaßnahmen selbst verdient, der Rest kommt vom Bund. Die Zahl der Abgangsgemeinden halbiert sich damit. Zur Hälfte hätten sich die Gemeinden die Erholung ihrer prekären Finanzlage selbst verdient, sagte Gemeindefeuerreferent Josef Martinz. Unter Anleitung der Gemeindeabteilung habe man Sparpotenziale gesucht und in den meisten Gemeinden auch gefunden.



Niederösterreich

Neujahrsempfang des GVV der VP NÖ

Sozialjahr für alle gefordert

ST. PÖLTEN

400 Gäste konnte der Gemeindevertreterverband der VP Niederösterreich bei seinem traditionellen Neujahrsempfang im St. Pöltner Landhaus begrüßen.

GVV-Präsident Alfred Riedl forderte ein verpflichtendes Sozialjahr für Männer und

Frauen. Landeshauptmann Erwin Pröll wies in seiner Rede auf die Bürgernähe der Gemeinden hin: „Es ist heutzutage modern, auf die Länder und die Gemeinden zu schimpfen. Wenn aber eine Hochwasserkatastrophe kommt, dann schaut die Welt wieder ganz anders aus.“



Die Spitzen des GVV der VP NÖ mit LH Erwin Pröll, Landesregierungsmitgliedern und VP-Klubobmann Klaus Schneeberger.

Neujahrsempfang des GVV der SP NÖ

Neue Mittelschule für alle

ST. PÖLTEN

Auch die Gemeindevertreter der Sozialdemokraten luden ihre Mitglieder zum Neujahrsempfang ein. Ehrengast war Bildungsministerin Claudia Schmied, die eine flächen-deckende Einführung der „Neuen Mittelschule“ forderte. Ins gleiche Horn blies auch

GVV-Präsident Rupert Dworak: „Mehr Bildung heißt mehr Zukunft, und genau das sind wir unserer Jugend schuldig!“ Die SP wolle keine Schulen schließen. „Schulen kann nur der Schulerhalter, also die Gemeinde, mit Zustimmung des Landesschulrates schließen.“



GVV-Direktor Ewald Buschenreiter, Bgm. Matthias Stadler, BM Claudia Schmied, GVV-Präsident Rupert Dworak.

Oberösterreich

Positiver Trend

Leichte Wirtschaftserholung

LINZ

Der andauernde positive Trend am Arbeitsmarkt hat sich bis zum Ende des Jahres 2010 fortgesetzt. Mit einer Arbeitslosenquote von 4,0 Prozent im November 2010 – was einem Rückgang um 0,7 Prozentpunkte gegenüber 2009 bedeutet – verfügt Oberösterreich mit deutlichem Abstand wieder über die niedrigste Arbeitslosenquote aller Bundesländer – vor Salzburg mit 5,4 Prozent und Steiermark mit 6,1 Prozent. Der Österreichschnitt liegt bei 6,7 Prozent. Mit einer Investquote von über 17 Prozent in den Jahren 2010 und 2011 setzt Oberösterreich einen klaren Schwerpunkt auf Investitionen, so LH Josef Pühringer.

Kundenbindungssystem sichert Nahversorgung

Rabatte sammeln mit der Schärding Card

SCHÄRDING

Mit der „Schärding Card“ hat der Verein „Schärding innovativ“ ein Bonussystem eingeführt, das den Kunden Rabatte und den Nahversorgern treue Kunden beschert.

Verwendet werden können die Karten in 31 Partnerbetrieben quer durch alle Branchen bis hin zu öffentlichen Einrichtungen. Für jeden Einkauf erhält der Kunde Bonuspunkte, die er in allen teilnehmenden Geschäften wieder einlösen kann. Jeder Kunde kann online seinen Bonuspunktstand abrufen und sich über bestehende Aktionen und Veranstaltungen informieren. Die Schärding Card



Foto: RMOÖ

Der Schärdingener Bürgermeister Franz Xaver Angerer, Brigitte Diepinger (Regionalmanagement OÖ) und Mathias Herrmann, Obmann des Vereins Schärding innovativ.

schafft damit einen Anreiz, mehr im Heimatort einzukaufen. Die Bonussätze sind von jedem Betrieb individuell gestaltet- und verwaltbar. Die regelmäßigen Einkäufe mit der Schärding Card sta-

bilisieren das Nahversorger-netz in Schärding und motivieren die Unternehmer, sich durch spezielle Angebote von den großen Einkaufszentren abzuheben.



Salzburg

Bonus für soziale Freiwilligenarbeit

Engagierte werden bevorzugt

ELIXHAUSEN

Die Salzburger Gemeinde Elixhausen belohnt Mitbürger, die ehrenamtlich soziale Aufgaben übernehmen. Elixhausen war 2003 eine von drei Pilotgemeinden, die das Projekt „Generationendorf“ umsetzte. Das Vorhaben, verstärkt Aufmerksamkeit für alle fleißigen freiwilligen Helfer zu erzeugen und neue Ehrenamtliche zu gewinnen, war von Anfang an ein voller Erfolg.

Mit dem 2006 ins Leben gerufenen „Sozialzeitausweis“ kann bei Bewerbungen belegt werden, dass man ehrenamtlich tätig ist. Viele Firmen in der Gemeinde, aber auch landesweit, bevorzugen Sozialzeitausweis-Besitzer.

Ein Jahr später wurde das Sozialzeitkonto eingeführt. Seine Wirkung zielt vor allem auf die kommunale Ebene ab. Indem am Jahresende immer ein Resümee der geleisteten Stunden gezogen wird, erkennen viele Bürger auch, welchen Sinn das Ehrenamt hat und wie fleißig die Freiwilligen sind.

Mit der Sozialzeitbilanz gesellt sich dann ein weiteres Maßinstrument zu den bereits bestehenden und ermöglicht, dass die Ehrenamtliche die gebührende Anerkennung erhält. Die Sozialzeitbilanz hat den Zweck, die Stunden der beiden anderen Instrumente zusammenzuzählen.



Zielgruppe des Projekts sind Schüler ab der zehnten Schulstufe.

Projekt „JA! Junge Paten“ für Schüler

Paten für ältere Menschen

SALZBURG

Beim Projekt „JA! Junge Paten“ geht es darum, junge Patinnen und Paten für ältere Menschen zu finden, die mit ihnen reden, lachen, aber auch von ihrer Erfahrung lernen. Zielgruppe sind Schüler ab der zehnten Schulstufe. Die Ausbildung zum Paten erfolgt im Rahmen des Schulunterrichts

von Praktikern aus der Seniorenarbeit. Die Schülerinnen und Schüler erhalten als Bonus einen Sozialzeitausweis, den sie bei Bewerbungen um Praktikantenstellen oder Arbeitsplätze vorlegen können.

www.gemeindeentwicklung.at



Steiermark

Landesstatistik: Bevölkerung wird weiter wachsen

Bevölkerungsprognose für steirische Gemeinden

GRAZ

„Die Gesamtbevölkerung der Steiermark wird durch internationale Zuwanderung in den Grazer Zentralraum weiter wachsen, die Obersteiermark und periphere Regionen verlieren aber deutlich.

Besonders markant ausfallen wird dieser Bevölkerungsschwund ab etwa 2020 bei Personen im Erwerbsalter. Außerdem hält die Tendenz zu immer kleineren Gemeinden weiterhin an“,



Foto: Stmk. Landespressdienst

Martin Mayer, Leiter der steirischen Landesstatistik.

fasst Martin Mayer, Leiter der steirischen Landesstatistik, die Ergebnisse der aktuellen Bevölkerungsprognose zusammen.

Insgesamt wird sich die Einwohnerzahl der Steiermark von derzeit rund 1,208.000 bis 2050 auf über 1,271.000 Personen kontinuierlich erhöhen, das sind um über fünf Prozent mehr. Der Anteil der Kinder und Jugendlichen (unter 20 Jahre) wird sich durch den anhaltenden Geburtenrückgang weiter verringern.

Erfahrener Sanierer führt Gemeinde

Regierungskommissär eingesetzt

FOHNSDORF

Bei der ersten Sitzung der Landesregierung im heurigen Jahr wurde die Einsetzung eines Regierungskommissärs für Fohnsdorf beschlossen. Für diese Position wurde der Leiter der Haushaltsabteilung

des Landes, Friedrich Zach, ausgewählt. Er gilt als erfahrener Sanierer und führte bereits die Gemeinde Trieben aus der Pleite. Zach fungiert ab sofort sozusagen als Bürgermeister und Gemeinderat in einer Person.

Umweltschutz: Biotoperhaltungsprogramm 2010

Die Bilanz zeigt den Erfolg auf

GRAZ

Der Schutz besonders artenreicher Biotope und wertvoller Wiesenflächen, die für den Weiterbestand vieler Pflanzen als unentbehrlich gelten, steht im Mittelpunkt des „Biotoperhaltungs- und Förderungsprogrammes 2010 (BEP)“. Die offizielle Bilanz

des „Biotoperhaltungs- und Förderungsprogramms 2010“ steht nun fest und wurde von LR Gerhard Kurzmann vorgelegt. Um den Schutz von Wiesenflächen im Ausmaß von rund 920 Hektar haben 682 Grundeigentümer angesucht.



Tirol

Kurioser Rechtsstreit um Baureifkosten

Gemeinde gegen Bürgermeister

JERZENS

Die Gemeinde Jerzens verlor gegen den eigenen Bürgermeister eine Klage auf Zahlung von 23.440 Euro Baureifkosten nach einer Grundumwidmung. Das Landesgericht sieht keine gesetzliche Grundlage. Die Gemeinde, sprich: Alt-Bürgermeister Sepp Reinstadler, hatte gegen den nunmehrigen Dorfchef Karl Raich geklagt, der laut Reinstadler rund 23.000 Euro an Baureifkosten abzuführen hätte. Raich hatte im Jahr 2002 einem Grundtausch zur Errichtung eines Jerzener Siedlungsgebiets zugestimmt. Zu 3400 Euro Kosten für den Tauschvertrag beschloss der Gemeinderat nach Umwidmung der

Flächen von Freiland in Siedlungsgebiet aber auch noch die zusätzliche Einforderung von 20 Euro pro m² für die Abgeltung von Baureifkosten der Gemeinde. Raich bezahlte 5000 Euro dieser Baureifkosten ein und verweigerte nach Unstimmigkeiten über eine Wegerichtung weitere Zahlungen. Für Raichs Anwalt Christian Schöffthaler sind derartige Zahlungen eine klassische Gemeindeabgabe ohne Gesetzesgrundlage: „Hier wurden Gemeindeglieder jahrelang im Irrtum belassen.“ In solchen Fällen kann jeder Geschädigte seine Zahlungen über einen Zeitraum von 30 Jahren zurückfordern.

Vergnügungssteuer kann kompensiert werden

Einigung über Spielautomaten

INNSBRUCK

Nach der Einigung mit dem Gemeindeverband hat Finanzlandesrat Christian Switak der Regierung das Tiroler Zuschlagsabgabengesetz zur Beschlussfassung vorgelegt. Mit der Glücksspielgesetz-Novelle 2010 wurde die Spielbankabgabe auf 30 Prozent reduziert und die Möglichkeit abgeschafft glücksspielrechtliche Konzessionäre mit Landes- und Gemeindeabgaben zu belasten. Die Länder können jedoch eine Zuschlagsabgabe von 15 Prozent zur Bundesautomatenabgabe einheben. Damit kann die Reduktion der Spielbankabgabe kompensiert sowie der Entfall der Vergnügungs-



Foto: Uwe Steinbrich/pixelio.de

steuer in den Gemeinden mit Videolotterie-Terminals ersetzt werden. Bei 250 Videolotterie-Terminals rechnet das Land mit Einnahmen von 2,2 Millionen Euro. 25 Prozent davon erhalten Gemeinden mit Videolotterie-Terminals.



Vorarlberg

Kindergarten: Weiterbildungsangebot

Schon über 120 Bewegungs-Kindergärtnerinnen

DORNBIRN

Seit 2009 bietet Vorarlberg eine eigens für Mitarbeiterinnen von Kindergärten und Kinderbetreuungseinrichtun-

gen entwickelte Weiterbildung zum Thema „Bewegungskindergarten“ an. Im Landessportzentrum in Dornbirn erhielten kürzlich



Foto: VLK/W. Michael

Erfolgreiche Weiterbildung für den Bewegungskindergarten: LR Stemer und Kindergarteninspektorin Margot Thoma überreichten 67 Kindergartenpädagoginnen ihre Zertifikate.

67 weitere Pädagoginnen, Erzieherinnen und Helferinnen ihre Zertifikate von Landesrat Siegi Stemer und Kindergarteninspektorin Margot Thoma. Insgesamt sind es schon über 120 Absolventinnen dieses Weiterbildungsangebotes.

Indexierung für 2011

Zweitwohnsitzabgabe

BREGENZ

Die Verordnungen der Gemeinden über die Erhebung einer Zweitwohnsitzabgabe sehen in der Regel eine Erhöhung der Abgabe nach dem Lebenshaltungskostenindex des Landes vor. Der durchschnittliche Lebenshal-

tungskostenindex des Jahres 2009 änderte sich gegenüber dem des Jahres 2000 um 18,8 Prozent. Die indexgebundene Abgabe erhöht sich für das Jahr 2011 deshalb um diesen Betrag.

Diesel ist in Deutschland billiger als in Österreich

Weniger Tanktouristen

HÖRBRANZ

Die seit Jänner geltende Erhöhung der Mineralölsteuer führt bei den grenznahen Tankstellen zu Umsatzeinbußen. Tankstellenbetreiber rechnen mit einem Umsatzeinbruch von etwa 20 Prozent. Durch die höhere Mineralölsteuer ist in Deutsch-

land Diesel mittlerweile billiger als in Österreich. Daher kommen immer weniger Tanktouristen. Bei Benzin hingegen ist der Preisvorteil gegenüber Deutschland noch ausreichend, um deutsche Kunden ins Ländle zu locken.



Todesfälle

Innsbrucks Ex-Bürgermeisterin ist tot

Trauer um Hilde Zach

Die Innsbrucker Altbürgermeisterin Hilde Zach verstarb am 16. Jänner nach langer Krankheit. Bereits im März 2010 hatte sich Zach aufgrund ihrer Krebserkrankung dazu ent-



Hilde Zach verstarb im Alter von 68 Jahren.

schlossen, den Rückzug aus der Politik anzutreten und ihrer Nachfolgerin Christine Oppitz-Plörer („Für Innsbruck“) den Bürgermeis-

tersessel zu übergeben. Mit Hilde Zach verliert nicht nur die Landeshauptstadt, sondern Tirol und auch Österreich eine der wohl herausragendsten Politikerinnen der letzten Jahrzehnte. Immerhin war Zach die erste Frau, die in Österreich an der Spitze einer Landeshauptstadt stand. Und das über die Dauer von fast acht Jahren. Mit der Bürgerbewegung „Für Innsbruck“ hatten Zach und ihr einstiger politischer Weggefährte Herwig van Staa die Landeshauptstadt nachhaltig geprägt. Neben einer Konsolidierung des Stadthaushaltes von Innsbruck waren es auch die zahlreichen Bau- und Kulturprojekte, mit denen Zach der Landeshauptstadt ihren Stempel aufzudrücken vermochte.

Mit Alois Mock „Eisernen Vorhang“ geöffnet

Prager Politik-Legende Jiří Dienstbier gestorben



Der frühere tschechische Dissident und tschechoslowakische Außenminister Jiří Dienstbier starb im Alter von 73 Jahren am 15. Jänner. Dienstbier zählte zu den Schlüsselfiguren der Demokratiebewegung in Tschechien. Seinen Platz in den Geschichtsbüchern fand der Weggefährte von Vaclav Havel, als er 1989 gemeinsam mit seinen damaligen österreichischen und deutschen Amtskollegen Mock den Stacheldraht des „Eisernen Vorhangs“ symbolisch zerschnitt.

Personalia Steiermark

Special Olympics Österreich und das Jahr der Freiwilligen

Hermann Kröll als Sonderbotschafter bestellt

WIEN/SCHLADMING

2011 ist das Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit. Es soll dazu beitragen, dass der Wert und die Bedeutung der freiwilligen



Das freiwillige Engagement der Menschen ist das Wichtigste für Hermann Kröll, hier bei einer Sportveranstaltung in Kapfenberg.

Tätigkeit unterstrichen werden. Hauptziel ist, das freiwillige Engagement in ganz Europa vor den Vorhang zu holen und durch eine Kampagne Wert und Bedeutung des freiwilligen Engagements sichtbar zu machen. Das Motto dazu lautet: „Freiwillig. Etwas bewegen! – Volunteer. Make a difference!“

Als Präsident von Special Olympics Österreich hat sich der Schladinger Altbürgermeister Hermann Kröll und langjährige Vizepräsident des Österreichischen Gemeindebundes für sein engagiertes Auftreten einen besonderen Ruf erworben. Aus diesem Grund wurde er von Sozialminister Rudolf Hundstorfer als Sonderbotschafter für das Europäische Freiwilligenjahr 2011 bestellt.

In memoriam



Im Beisein des Gemeinderats von Markt Piesting, angeführt von Bgm. Roland Braimeier (li.), legte Gemeindebund-General Robert Hink (3. v. l.) am 13. Jänner einen Kranz am Grab von Prof. Walter Zimper nieder. Gemeindebund-Vizepräsident und KOMMUNAL-Verleger Walter Zimper starb am 13. Jänner 2008 nach langer schwerer Krankheit.



Mit in der Abordnung Zimpers Sohn Michael (5. v. l.), Gemeinderat und Geschäftsführer des Kommunalverlages.



Gemeindebund-General Robert Hink (li.), Alfred Riedl, Staatssekretär Rudolf Ostermayer und Niederösterreichs Chef der SPÖ-Bürgermeister Rupert Dworak waren die ersten Gratulanten.

Berufstitelverleihung an Vizepräsident Alfred Riedl

Kommerzialrat und Chef der nÖ-Bürgermeister

WIEN

Dass ein Landes- und Gemeindepolitiker auch überaus erfolgreich als Unternehmer agieren kann, beweist Niederösterreichs Alfred Riedl seit Jahren. Nun wurde seine Arbeit auch in besonderer Form gewürdigt. Riedl ist jetzt nicht nur VP-Gemeindevertreter-Präsident von NÖ und Gemeindebund-Vizepräsident, sondern auch Kommerzialrat. Die Liste der Titel und Funktionen ist bei Alfred Riedl lang. Er ist seit vielen Jahren – genau seit 1998 – Abgeordneter zum niederösterreichischen Landtag, seit 2003 sogar stellvertretender Klubobmann. Seit 2001 ist er Präsident des Gemeindevertreterverbandes der Volkspartei Niederösterreichs und somit quasi Chef der ÖVP-Bürgermeister seines Heimatlandes. Begonnen hat seine erfolgreiche politische Karriere allerdings in seiner Heimatgemeinde Grafenwörth, der er seit 1990 als Bürgermeister vorsteht. Seit kurzem zählt jene Volksschule, die Riedl auch als Schüler selbst besucht hat, zu den Vorzeigeschulen des Bundeslandes (siehe KOMMUNAL 12/2010, Seite 68). Beim Österreichischen Ge-

meindebund ist Alfred Riedl als Vizepräsident von Helmut Mödlhammer eine der wichtigsten Stützen der Arbeit des Gemeindebundes auf Bundesebene, als Vorsitzender der Finanzausschusses prägt er maßgeblich den für die Gemeinden essentiell wichtigen Bereich.

Der Firmenchef

Was viele nicht wissen: Alfred Riedl ist auch Gründer und Chef einer der größten Steuerberatungskanzleien des Bundeslandes. Rund 60 Mitarbeiter arbeiten in seinem Unternehmen, das Partnerschaften mit weltweit agierenden Wirtschaftsberatern unterhält. Aufgebaut hat sich der Sohn eines Landwirtes alles selbst, ihm wurde nichts geschenkt oder in die Wiege gelegt. Sein Studium hat sich Riedl selbst finanziert, als Vertragslehrer an einer Handelsakademie. Die Auszeichnung fand im Bundeskanzleramt statt; viele Freunde und Weggefährten waren seiner Einladung gefolgt und freuten sich mit ihm. Die Liste an Titeln und Funktionen erweitert sich also ab sofort um ein Stück, denn Präsident LAbg. Bgm. Ing. Mag. Alfred Riedl ist nun auch Kommerzialrat.

Offenlegung

gemäß § 25, Abs. 1 – 4, Mediengesetz 2005 für die periodische Druckschrift „KOMMUNAL“

Herausgeber:

Österreichischer Gemeindebund, Löwelstraße 6, 1010 Wien
Tel.: 01/512 14 80

Präsident:

Bgm. Helmut Mödlhammer

Vizepräsidenten:

Bgm. Mag. Alfred Riedl,
Bgm. Ernst Schmid

Generalsekretär:

Hofrat Dr. Robert Hink

Medieninhaber und

Verleger:

Österreichischer Kommunal-Verlag GmbH., Löwelstraße 6, 1010 Wien,
Tel. 01/532 23 88,
Fax 01/532 23 88-22,
E-Mail:

kommunalverlag@

kommunal.at

Firmenbuch-Nr.: FN 95905 Wien
DVR: 0930 423
UID-ATU: 149 26 204

Geschäftsführung:

Mag. Michael Zimper

Unternehmensgegenstand:

Die Herstellung, der Verlag und Vertrieb von Druckschriften aller Art, insbesondere Fachzeitschriften. Der Handel mit Waren aller Art.

Organisation von Veranstaltungen.

Die grundlegende Haltung des KOMMUNAL ist die

Information der österreichischen Gemeinden (Bürgermeister, Vizebürgermeister, Stadt- und Gemeinderäte sowie leitende Beamte), sowie aller mit der Kommunalpolitik des Landes befassten Politiker des Bundes

und der Länder über alle relevanten kommunalpolitischen Probleme nach den objektiven Grundsätzen der überparteilichen, gesetzlichen Interessenvertretung der österreichischen Gemeinden, dem Österreichischen Gemeindebund.

KOMMUNAL ist das offizielle Organ des Österreichischen Gemeindebundes und erscheint monatlich. Es wird im Direktversand an folgende Personen- und Zielgruppen versandt:

- ▶ Alle Bürgermeister, Vizebürgermeister, Stadträte und Geschäftsführenden Gemeinderäte der Gemeinden Österreichs.

- ▶ Alle leitenden Gemeindebeamten und alle führenden Gemeindebediensteten sowie die Spitzenfunktionäre und Sachbearbeiter der österreichischen Wasser-, Abwasser-, Müll und Reinhaltverbände sowie der Freiwilligen Feuerwehren.

- ▶ Alle für die Kommunalpolitik relevanten Behördenvertreter und Beamten der Ministerien, Bundesstellen und der österreichischen Bundesländer.

- ▶ Alle politischen Mandatäre der im Parlament vertretenen Parteien auf Bundes-, Landes- und Bezirksebene.

- ▶ Wichtige Meinungsträger im Bereich anderer Behörden und Interessensvertretungen sowie der österreichischen Wirtschaft.

KOMMUNALER FUHRPARK

Vorschau auf Ausgabe 3/2011 (März):



Fuhrpark: Prestigeposten oder Einsparpotenzial

Einer der größten Ausgabenposten in den Gemeinden ist sicher der „Fuhrpark“.

GERÄTETECHNIK



Technik richtig eingesetzt spart Schweiß und Geld

Früher war's die Axt, heute die Motorsäge, früher schwang man den Besen, heute muss eine Kehrmaschine her.

Diese Beispiel könnte man noch lange fortsetzen, aber wozu? Tatsache ist, dass wie überall in den Gemeinden schon lange die Gerätetechnik Einzug gehalten hat. Diese Geräte im weitesten Sinn müssen auch bezahlt werden, sie müssen richtig eingesetzt werden und sie wollen auch gewartet werden. Was das für sparsame Gemeinden bedeutet, versuchen wir aufzuzeigen.

Und folgerichtig hört man immer mehr von Gemeinden, die ihre Fuhrparks, wenn schon nicht zusammenlegen, so doch durch Zusammenarbeit optimieren. Zusammenarbeit ist auch möglich durch gemeinsame Wartung der großen Geräte oder gemeinsamen Einkauf der Sommerreifen – zum Beispiel. Aber Zusammenarbeit muss auch möglich sein, wenn es darum geht, wo ein Fahrzeug zuerst sein soll. Nur wenig ist noch schädlicher als solche Eifersüchteleien bei einem gemeinsamen Fuhrpark. KOMMUNAL sieht sich an, wie die Zusammenarbeit bei den Fuhrparks praktiziert wird, wie sie funktioniert und wo es Fallen gibt.

KONTAKT

So erreichen Sie uns:

KOMMUNAL
Löwelstraße 6, 1010 Wien
Fax: 01/532 23 77
Web: www.kommunal.at

Mag. Sabine Brüggemann
Tel: 01/532 23 88 – 12
sabine.brueggemann@kommunal.at
Mag. Alexander Palaschke
Tel: 01/532 23 88 – 14
alexander.palashcke@kommunal.at

In dieser Ausgabe:

Fach- und Serviceinformationen für die öffentliche Hand

▶ Audit familienfreundl. Gemeinde	29
▶ BRAMAC Dachsysteme International GmbH	44
▶ Bundesministerium für Land und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft	33
▶ Bundesministerium für Finanzen	26
▶ Bundesministerium für Inneres	22
▶ Forum Mobilkommunikation	49
▶ Microsoft Österreich GmbH.	49
▶ PwC PricewaterhouseCoopers GmbH	46
▶ Reed Messe Wien GmbH	37
▶ RIS GmbH Internet-Lösungen und Dienstleistungen	36
▶ Siemens AG Österreich Energy Sector CEE	32
▶ SYMPOS Veranstaltungsmanagement GmbH	45
▶ wald.zeit Österreich	51

Vorschau auf Ausgabe 2/11 (Februar):

GRÜNFLÄCHEN - PLÄTZE - STRASSEN

▶ Die Gestaltung des Raums ist mehr als nur eine Stilfrage

Auf der Ebene räumlicher Entwicklungskonzepte und der Flächenwidmung setzen Gemeinden Ideen und Strategien der Siedlungsentwicklung fest. Das betrifft Entscheidungen für die Flächen „kommunalen Grüns“ genauso wie die Dimensionierung des Straßenraumes. Hintergrund des Ganzen ist die Schaffung des kommunalen Lebensraums „Gemeinde“, den die Bürgerinnen und Bürger mit Leben erfüllen. Und dieses Zusammenleben findet meist auf den Plätzen und Flächen, den Fußgängerzonen und auf den Grünflächen statt.

KOMMUNALE BELEUCHTUNG

▶ Drei Kriterien in „einer Fassung“

Kommunale Beleuchtung muss heutzutage drei Kriterien erfüllen: Erstens Sicherheit gewährleisten; zweitens Einsparung von Energie und Senkung der laufenden Kosten und des verursachten CO₂-Ausstoßes und drittens durch das verwendete Licht die Natur so wenig wie möglich stören. KOMMUNAL schaut, wie es wirklich ist.

Fahren wir in ein neues Zeitalter der Elektrizität?

austrian
mobile
power 

strom macht mobil

Siemens war schon 1905 Pionier bei Elektroautos – heute bereiten wir den Weg für Elektromobilität und das intelligente Stromnetz der Zukunft.

Wir arbeiten nicht erst seit heute an der Mobilität von morgen. Kein Wunder, dass Siemens schon jetzt zeigt, wie Autos ohne CO₂-Ausstoß unterwegs sein können. Mehr noch: Dank intelligenter Stromnetze wird das Auto der Zukunft zum mobilen Zwischenspeicher für Elektrizität aus schwankenden Energiequellen wie Wind und Sonne. Und trägt damit zu einer nachhaltigen Energieversorgung bei – auch wenn es in der Garage steht.

www.siemens.at/elektromobilitaet

SIEMENS

WAS TUT DIE KOMMUNALKREDIT FÜR ÖSTERREICH?

Infrastruktur ist die Basis für eine erfolgreiche Zukunft. Aus diesem Grund legt die Kommunalkredit ihren strategischen Fokus auf die Finanzierung von Infrastrukturprojekten, die einer breiten Öffentlichkeit zugänglich sind. **Schulen, Kindergärten, Krankenhäuser, Energieversorgung, Anlagen der Wasserwirtschaft** sowie **der Ausbau des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs** sind für die Allgemeinheit unerlässlich. Jeder hat einen Nutzen davon. Unser Know-how und unsere Erfahrung sind bedeutendes Kapital für **Städte und Gemeinden**, damit sie ihre Vorhaben erfolgreich umsetzen können. Investitionen in öffentliche Infrastruktur sind ein wichtiger Motor für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung und die Sicherung der Zukunft.



WASSERKRAFT
als sauberer Stromlieferant



NACHHALTIGE ENERGIE
ohne Umweltbelastung



MODERNE GESUNDHEITZENTREN
für Bürgerinnen und Bürger

DKH Schladming



KADERSCHMIEDEN
für unsere Jugend



SOZIALE INFRASTRUKTUR
für eine funktionierende Gesellschaft



VERKEHRSWEGE
für rasche und sichere Verbindungen

ÖSTERREICHS BANK FÜR INFRASTRUKTUR
www.kommunalkredit.at

**KOMMUNAL
KREDIT**